

Lagebild Extremismus und Migration: Fallstudien aus vier österreichischen Migrations-Communitys

Peter R. Neumann | Nicolas Stockhammer | Heiko Heinisch | Nina Scholz

Auftraggeber:
Bundeskanzleramt und Bundesministerium für Inneres, Österreich

© Panta Rhei Research Ltd., 2022
www.pantarhei.info

Lagebild Extremismus und Migration: Fallstudien aus vier österreichischen Migrations-Communitys

Peter R. Neumann | Nicolas Stockhammer | Heiko Heinisch | Nina Scholz

Inhalt

Executive Summary	7
1. Einleitung	11
1.1 Extremismus	14
1.2 Migration	19
2. Theorie	23
2.1 Erscheinungsformen des Extremismus	23
Tabelle 1: Erscheinungsformen des Extremismus	24
Box 1: Spielarten des islamistischen Extremismus	28
2.2 Vulnerabilitäten im Migrationsbereich	29
Tabelle 2: Push- und Pull-Faktoren	32
2.3 Fazit	38
3. Methodik	39
3.1 Fallauswahl	39
3.2 Datenerhebung	40
3.3 Datenauswertung	44
4. Lagebild	47
4.1 Türkei	47
4.1.1 Erscheinungsformen	48
4.1.2 Radikalisierungsdynamik	53
4.1.3 Fazit	56
4.2 Westbalkan	58
4.2.1 Erscheinungsformen	59
4.2.2 Radikalisierungsdynamik	61
4.2.3 Fazit	65
4.3 Arabischer Raum	67
4.3.1 Erscheinungsformen	68
4.3.2 Radikalisierungsdynamik	71
4.3.3 Fazit	74
4.4 Nordkaukasus	76
4.4.1 Erscheinungsformen	77
4.4.2 Radikalisierungsdynamik	80
4.4.3 Fazit	84
5. Schlussbetrachtung	85
Bibliographie	88

Executive Summary

- Diese Explorativstudie beantwortet zwei Fragen: Wie entsteht Extremismus bei Personen mit Migrationshintergrund? Und: Wie manifestiert sich dieser in österreichischen Migrations-Communitys?
- Hieraus ergibt sich ein sogenanntes „Lagebild“, das aktuelle Erscheinungsformen des Extremismus am Beispiel von vier österreichischen Migrations-Communitys beschreibt und einordnet: Türkei, Westbalkan, „arabischer Raum“ und Nordkaukasus.
- Das Projekt wurde vom österreichischen Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Inneres in Auftrag gegeben und im Laufe des Jahres 2021 durchgeführt. Die Interviews, die eine wichtige Grundlage für den empirischen Teil bilden, fanden zwischen März und Juli 2021 statt.

THEORIE

- Im theoretischen Teil konstruiert die Studie einen Werkzeugkasten, der zwei Instrumente enthält, die das Erkennen – und Verstehen – von Extremismus in Migrations-Communitys erleichtern sollen.
- Das erste „Werkzeug“ unterscheidet die verschiedenen Erscheinungsformen, in denen sich Extremismus manifestiert: Zusätzlich zu der weit verbreiteten Unterscheidung zwischen „gewaltbereitem“ und „aktivistischem“ Extremismus wird ein dritter Typus identifiziert, der „passive“ Extremismus, der Segregation und Bildung von gesonderten Strukturen kennzeichnet.
- Das zweite „Werkzeug“ fokussiert auf die „Vulnerabilitäten“. Hierbei wird zwischen spezifischen Ansprechbarkeits- oder Nachfragefaktoren (Einstellungen und Prägungen; Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen; Identitätskonflikte) sowie Angebotsfaktoren (Zugang zu extremistischen Ideen und Doktrinen; Vorhandensein extremistischer Akteure und Organisationen; Salienz ausländischer Konflikte) unterschieden, deren Existenz und Aufeinandertreffen das Extremismus- oder Radikalisierungs-Risiko erhöht.

METHODIK

- Der Methodik-Teil konzentriert sich auf [1] die Begründung der Fallauswahl, [2] Datenerhebung und [3] Datenauswertung. Bei jedem dieser Schritte wurde darauf geachtet, dass Entscheidungen sowohl zielgerichtet als auch nachvollziehbar und ethisch vertretbar waren.
- Berichtet werden die Ergebnisse einer qualitativen Analyse, die sich auf eine Reihe von Quellen stützt, die miteinander „trianguliert“ wurden. Hierzu gehörten insbesondere: relevante Sekundärliteratur, Medienberichte, öffentlich zugängliche Regierungsdokumente und Veröffentlichungen (zum Beispiel Verfassungsschutzberichte),

sowie 48 semi-strukturierte Interviews mit Experten und Mitgliedern der jeweiligen Communitys.

- Was die inhaltliche Auswertung betrifft, folgt der Bericht der Methodologie der sogenannten Cambridge School – einer intellektuellen Tradition, die von dem Ideenhistoriker Quentin Skinner Ende der 1960er Jahre an der Universität Cambridge ins Leben gerufen wurde und Prinzipien dafür formuliert, wie Aussagen von politischen und historischen Akteuren hermeneutisch zu verstehen und zu kontextualisieren sind.

FALLSTUDIE TÜRKEI

- Die Migrations-Community Türkei weist aktuell ein moderates Radikalisierungspotential auf. Dschihadistische Strömungen sind nicht erkennbar, aber es existiert ein weites Feld extremistischer Orientierungen sowie islamistischer und (ultra-)nationalistischer Akteure, das das Potential hat, negativ in die Gesamtgesellschaft hineinzuwirken.
- Dieser Extremismus richtet sich zunächst weniger gegen die Gesamtgesellschaft oder gegen den Staat und seine Institutionen, sondern vielmehr nach „innen“, das heißt, gegen Kurden, Armenier, Aleviten und politische Gegner der aktuellen türkischen Regierung.
- Zwar ist aktuell nicht davon auszugehen, dass sich Gewalttaten gegen den Staat, staatliche Institutionen oder die Mehrheitsbevölkerung richten, aber auch Gewalttaten zwischen verschiedenen Migrationsgruppen haben das Potential, eine Kettenreaktion auszulösen.

FALLSTUDIE WESTBALKAN

- Die Bevölkerung mit bosnischen und albanischen Wurzeln weist in Österreich eine bislang hohe Resilienz gegenüber Extremismus auf, die extremistischen Strömungen das Vordringen erschwert.
- Dennoch konnten sich seit den Zerfallskriegen Jugoslawiens auf dem Balkan extremistische, islamistische Akteure etablieren, deren Wirken nach Österreich ausstrahlt, auch wenn sie hier nur sehr kleine Gruppen erreichen.

FALLSTUDIE ARABISCHER RAUM

- Was die arabische Community angeht, so können aktivistische und – in geringerem Maße – gewaltsame und passive Formen des Extremismus beobachtet werden.
- Mit einer relativ großen Zahl junger, oftmals traumatisierter und sozio-ökonomisch relativ schlecht integrierter Männer, der Präsenz islamistischer Akteure, zum Teil problematischer Prägungen sowie dem nach wie vor starken Einfluss ausländischer Konflikte ist das Radikalisierungspotential erheblich.

- Viel hängt davon ab, ob die Integration der „Neuankömmlinge“ aus Syrien und dem Irak, die mittlerweile den zahlenmäßig größten Teil der arabisch-stämmigen Community ausmachen, nachhaltig gelingt.

FALLSTUDIE NORDKAUKASUS

- Ein nach wie vor vergleichsweise hohes Radikalisierungspotential hat unserer Einschätzung nach die Community Nordkaukasus, in der sich ein hohes Maß an Insularität mit Ausgrenzungserfahrungen und einer – in Teilen – gewaltaffinen Ehrkultur paaren.
- Positiv hervorzuheben sind indes existierende Bestrebungen und Initiativen innerhalb der Community, teilweise als Reaktion auf die schockierend hohe Anzahl an tschetschenisch-stämmigen „terroristischen Auslandskämpfern“ in Syrien, durch Bildungsangebote und Sozialprojekte diesem Impuls des Extremismus, sowohl auf der Unterstützungs- als auch auf der Durchführungsebene entgegenzuwirken.

SCHLUSSBETRACHTUNG

- In allen untersuchten Migrations-Communitys gibt es Anzeichen für Extremismus, obwohl die Erscheinungsformen unterschiedlich stark ausgeprägt sind und sich Radikalisierungs- und Gewaltpotenziale sowie die Stoßrichtung der verschiedenen Extremismen zum Teil sehr deutlich unterscheiden.
- Basierend auf unserer Studie empfehlen wir eine differenzierte Herangehensweise, die die jeweiligen Spezifika jeder Community einzeln zu erfassen versucht, Pauschalisierungen vermeidet und niemals der Versuchung erliegt, ganze Communitys unter Generalverdacht zu stellen.

1. Einleitung

Mit diesem Bericht legen wir ein erstes Lagebild zum Thema Extremismus im Migrationsbereich vor. Sowohl Extremismus als auch Migration haben in den letzten Jahren viel wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren, doch es gibt kaum Veröffentlichungen, die sich mit der Schnittmenge zwischen den beiden Themenbereichen beschäftigen. Die Konsequenz ist, dass öffentliche Debatten zumeist auf Spekulation und Einzelfällen beruhen, statt sich ernsthaft, differenziert und vor allem evidenzbasiert mit dem Thema auseinanderzusetzen. Diese Explorativstudie möchte einen Beitrag dazu leisten, dies zu ändern.

In diesem Bericht geht es *nicht* um migrationsbedingte gesellschaftliche Spannungen, allgemeine Integrationsprobleme oder „gewöhnliche“ Kriminalität. Solche Phänomene werden nur dann thematisiert, wenn sie für die Entstehung oder bestimmte Erscheinungsformen des Extremismus relevant und notwendig sind. Des Weiteren treffen wir *keine* quantitative Aussage darüber, ob es im Migrationsbereich – oder bestimmten Communitys – „viel“ oder „wenig“ Extremismus gibt und warnen explizit davor, solche Aussagen aus unseren Forschungsergebnissen abzuleiten. Dies ist eine qualitative Studie, die sich auf einzelne Mechanismen, Dynamiken und Erscheinungsformen konzentriert.

Natürlich ist uns bewusst, dass die Herangehensweise an das Thema Migration aufgrund der oftmals emotionalen und kontroversen öffentlichen Debatte besondere Sensibilität erfordert. Die Frage, wie sich Extremismus bei Personen mit Migrationshintergrund manifestiert und welche besonderen Dynamiken und Prozesse hierbei eine Rolle spielen, ist jedoch prinzipiell genauso legitim wie die Beschäftigung mit allen anderen Personengruppen, deren Hintergrund oder persönliche Erfahrung bestimmte „Vulnerabilitäten“ erzeugt oder einen anderweitigen Einfluss auf den Radikalisierungsprozess hat.¹ So gab es zum Beispiel in jüngster Zeit zahlreiche Studien, die sich mit Radikalisierung bei Frauen, Minderjährigen oder religiösen Konvertiten beschäftigt haben.² Menschen mit Migrationshintergrund (beziehungsweise Einwanderungshintergrund oder Einwanderungsgeschichte)³ sind lediglich eine weitere Gruppe, bei der naheliegt, dass

-
- 1 Uns ist bewusst, dass der Begriff „Vulnerabilität“, besonders im Zusammenhang mit Radikalisierung, umstritten ist. Siehe Naomi Bouhana und P. O. Wikstrom, „Al Qa’ida-Influenced Radicalisation: A Rapid Evidence Assessment Guided by Situational Action Theory“, *UK Home Office*, November 2011; Kate Brown, „Vulnerability: Handle with Care“, *Ethics and Social Welfare*, 5(3) [2011], S. 313–321. Siehe auch William Stephenson, Stijn Sieckelinck und Hans Boutellier, „Preventing Violent Extremism: A Review of the Literature“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 44(4) [2021], S. 346–61.
 - 2 Siehe etwa Joana Cook und Gina Vale, *From Daesh to Diaspora: Tracing the Women and Minors of the Islamic State* [London: ICSR, 2018]; David A. Jones and Lorne L. Dawson, „Re-examining the Explanation of Convert Radicalization in Salafi-Jihadist Terrorism with Evidence from Canada“, *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, Mai 2021.
 - 3 Siehe „Fachkommission Integrationsfähigkeit“, 2019; <https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/fk-int>.

bestimmte Erfahrungen – etwa durch die Migration selbst, die Aufnahme- oder Integrationserfahrung – den Radikalisierungsprozess verändern oder beeinflussen (siehe Kapitel 2).

Zudem ist gewiss, dass der Zusammenhang zwischen Extremismus und Migration vielschichtig ist. Extremismus ist nicht nur Konsequenz, sondern kann auch Ursache für Migration sein. Flüchtlinge aus Syrien oder Afghanistan, die in westlichen Gesellschaften unter „Extremismusverdacht“ stehen, sind häufig selbst vor extremistischen Organisationen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) oder den Taliban geflohen. Hinzu kommt, dass Menschen mit Migrationshintergrund vergleichsweise oft zu Opfern von (Rechts-)Extremismus werden. Dies zeigt sich nicht nur in derart motivierten terroristischen Attentaten, deren Zahl in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, sondern auch in Anschlägen auf Moscheen und Asylbewerberheime, Akten sogenannter „Hasskriminalität“ sowie Anfeindungen und Ausgrenzungserfahrungen im Alltag.⁴ Eine weitere Facette des Themas ist die „Migration“ von Europäern – mit und ohne Migrationshintergrund – nach Syrien, in den Irak oder andere Konfliktzonen, wo sie als „Auslandskämpfer“ zur Ausbreitung des Extremismus beitragen.⁵ Kurzum: Obwohl sich unser Bericht auf nur einen Aspekt konzentriert, beinhaltet dies kein Urteil über die Relevanz oder Wichtigkeit anderer Fragestellungen. Im Gegenteil: Wir sind davon überzeugt, dass sämtliche der oben genannten Zusammenhänge von wissenschaftlichem Interesse sind und ebenso erforscht werden sollten, und dass gerade in der Radikalisierungsforschung hierbei noch erhebliche Defizite bestehen.

Wir glauben nicht, dass aus Angst vor Stigmatisierung bestimmte Probleme innerhalb vulnerabler Gruppen nicht angesprochen werden sollten. Diese Haltung ist nicht nur wirklichkeitsfremd, sondern schadet den Menschen, die sie vorgibt zu schützen. Sie ist wirklichkeitsfremd, weil Migrations-Communitys bereits im hohen Maße stigmatisiert sind und die Abwesenheit evidenzbasierter Forschung bislang weder Politik noch Medien daran gehindert hat, Themen wie jenes des vorliegenden Berichts kontrovers zu diskutieren. Und sie schadet Personen mit Migrationshintergrund, weil sie den Pauschalurteilen, die solche Debatten oftmals dominieren, nichts entgegenzusetzen hat. In letzter Konsequenz ist es genau diese Haltung, die die Stigmatisierung vulnerabler Gruppen eher noch verstärkt.

Dass es innerhalb migrantischer Milieus Extremisten gibt, ist indes weder schockierend noch überraschend. Wie die Sozialwissenschaftler Erwin Scheuch und Hans-Dieter Klingemann bereits in den später 1960er Jahren konstatierten, ist Extremismus eine in

4 Siehe „Database 2012–2020 on Anti-Muslim Hatred“, *European Union Agency for Fundamental Rights*, <https://fra.europa.eu/en/databases/anti-muslim-hatred/home>; „European Union Terrorism Situation and Trend Report 2021“, *Europol*, <https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-2021-tesat>.

5 Siehe Lorne L. Dawson, „A Comparative Analysis of the Data on Western Foreign Fighters in Syria: Who Went and Why?“, *ICCT Research Paper*, February 2021; <https://icct.nl/app/uploads/2021/02/Dawson-Comparative-Analysis-FINAL-1.pdf>.

den meisten Gesellschaften „normale Pathologie“,⁶ und es gibt keinen Grund, weshalb migrantische Communitys hiervon ausgenommen sein sollten. Je besser diese „Pathologie“ verstanden wird, desto nachvollziehbarer wird es für Außenstehende, Extremisten vom Rest dieser Communitys zu unterscheiden, und desto geringer ist demzufolge das Risiko, dass Medien, Teile der Politik und Gesellschaft ganze Communitys als „extremistisch“ brandmarken. Eine differenzierte, aber realistische Wahrnehmung des Phänomens, die Probleme offen und möglichst objektiv beschreibt, nützt damit letztlich auch Personen mit Migrationshintergrund – zum einen, weil sie ihre Communitys vor Vorurteilen und Anfeindungen bewahrt und zum anderen, weil sie es ermöglicht, Migranten besser vor Extremisten innerhalb ihrer eigenen Communitys zu schützen.

Wie die Studie zeigt, gibt es innerhalb der vier untersuchten Communitys Hinweise auf passiven, aktivistischen und/oder gewaltsamen Extremismus, doch das jeweilige Radikalisierungspotential unterscheidet sich je nach Community. Die gute Nachricht ist, dass die Extremisten in keiner der untersuchten Communitys „repräsentativ“ für die jeweilige Gruppe sind, sondern stets eine kleine, aber laute Minderheit sind, die Integrationserfolge in Frage stellen und nicht selten in erster Linie eine Bedrohung für Mitglieder der eigenen Community darstellen.

Die Schlussfolgerungen, die sich aus diesem Bericht ergeben, richten sich nicht nur an Personen mit Migrationshintergrund, sondern auch an Staat und Zivilgesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass sowohl die Bekämpfung von Extremismus als auch der Einsatz für eine demokratische Gesellschaft in der Verantwortung der gesamten Gesellschaft liegen müssen. Schutz vor Extremismus – auch aus der eigenen Community – ist ein wichtiger Teil hiervon, denn Personen mit Migrationshintergrund haben das gleiche Recht auf freie Entfaltung wie alle anderen Menschen in Österreich auch. Wir hoffen, dass der Bericht hierzu einen kleinen Beitrag leistet.

Über diesen Bericht

Dieser Bericht beantwortet zwei Fragen: Wie entsteht Extremismus bei Personen mit Migrationshintergrund? Und: Wie manifestiert sich dieser in österreichischen Migrations-Communitys? Hieraus ergibt sich ein „Lagebild“, das aktuelle Erscheinungsformen des Extremismus am Beispiel von vier österreichischen Migrations-Communitys – Türkei, Westbalkan, „arabischer Raum“ und Nordkaukasus – beschreibt und konzeptuell einordnet.

Das Projekt wurde vom österreichischen Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Inneres in Auftrag gegeben und von Peter R. Neumann, Nicolas Stockhammer, Nina Scholz und Heiko Heinisch im Laufe des Jahres 2021 durchgeführt. Die Interviews fanden zwischen März und Juli 2021 statt.

6 Zitiert in Kai Arzheimer und Jürgen Falter, „Die Pathologie des Normalen: Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens“ in Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weßels (Hg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West* (Heidelberg: Springer, 2002), S. 85–107.

Wie das Methodik-Kapitel zeigt, haben wir – soweit wie möglich – international übliche wissenschaftliche Standards eingehalten. Hierzu gehören eine in allen Aspekten nachvollziehbare Beschreibung von Forschungsdesign und Methodik; der sorgfältige Umgang mit elektronischen Daten; die ethisch einwandfreie Durchführung von Interviews und ein der Veröffentlichung vorgeschalteter Prozess der „Peer Review“.⁷

Der hieraus resultierende Bericht besteht aus fünf Kapiteln. Im zweiten Kapitel konstruieren wir den theoretischen „Werkzeugkasten“, mit dem Extremismusphänomene in verschiedenen Migrations-Communitys erfasst werden können. Dieser „Werkzeugkasten“ besteht aus einer multidimensionalen Typologie, die verschiedene Formen des Extremismus nach ihrer Erscheinungsart kategorisiert; sowie einem theoretischen Modell, das migrationspezifische Angebots- und Nachfragefaktoren ableitet.

Im dritten Kapitel beschreiben wir, wie die Studie durchgeführt wurde (Methodik). Im Vordergrund stehen dabei das Forschungsdesign, die Auswahl der Fallstudien sowie der gesamte Interviewprozess, inklusive der Zusammenstellung des Interviewleitfadens, Vorkehrungen zum Schutz der Interviewteilnehmer und ihrer persönlichen Daten sowie die Auswertung ihrer Aussagen.

Das vierte Kapitel enthält das eigentliche „Lagebild“. Basierend auf der Typologie und dem Modell, das im zweiten Kapitel entwickelt wurde, beschreiben wir extremistische Aktivitäten, Erscheinungsformen, sowie Ansprechbarkeit für extremistische Ideen und Gruppierungen in vier österreichischen Migrations-Communitys (Türkei, Nordkaukasus, Westbalkan und arabische Länder).

Im fünften Kapitel fassen wir unsere Erkenntnisse zusammen. Zuerst soll jedoch erklärt werden, was Extremismus und Migration im Kontext dieses Berichts bedeuten.

1.1 Extremismus

Extremismus ist ein umstrittener Begriff. In der Wissenschaft gibt es vor allem drei Kritikpunkte, die bei der Entwicklung eines Begriffsverständnisses in Betracht gezogen werden sollten. Der erste (und vielleicht wichtigste) ist, dass die Bedeutung von Extremismus wandelbar ist und stets vom jeweiligen Kontext abhängt – konkret: davon, was in einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt als „moderat“ oder „mittig“ empfunden wird. Etymologisch steht das Extreme (von lat. *extremum*) für „das Äußerste“. Viele Definitionen folgen dieser Logik und beschreiben Extremismus als „am äußersten Rand ... angesiedelte, nach Zielen und Mitteln zum Äußersten neigende Ideologien, soziale Bewegungen oder Personengruppen“,⁸ ohne allerdings zu sagen, wodurch sich das Spektrum definiert und woraus der „äußerste Rand“ besteht. Es ist des-

⁷ In Absprache mit allen Beteiligten haben wir in vielen Fällen geschlechterneutrale Sprache verwendet und das generische Maskulinum reduziert.

⁸ Petra Bendel, „Extremismus“ in Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): *Lexikon der Politik*, Band 7 (München: C. H. Beck, 1998), S. 172.

halb vorstellbar, dass in einer autokratisch regierten Gesellschaft fundamentale Rechte – wie etwa Meinungs- oder Religionsfreiheit – als „Extremismus“ bezeichnet werden, oder dass politische Positionen, die heutzutage als „normal“ oder „moderat“ gelten, zu anderen Zeiten für „extrem“ gehalten wurden.⁹

Und in der Tat: Die Geschichtsbücher sind voll mit „Helden“ und „Freiheitskämpfern“, die zunächst – und zu ihrer jeweiligen Zeit – als „Extremisten“ galten. Hierzu gehören beispielsweise die „Abolitionisten“, die sich Anfang des 19. Jahrhunderts für die Abschaffung der Sklaverei einsetzten; die „Suffragetten“, die im frühen 20. Jahrhundert für die Einführung des Frauenwahlrechts kämpften; oder der Bürgerrechtler Martin Luther King Jr., der von der US-amerikanischen Bundespolizei jahrelang als „Subversiver“ verfolgt wurde.¹⁰ Der jeweilige Kontext ist deshalb bei jeder Definition entscheidend.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet, dass der klassische Extremismus-Begriff alle Formen des Extremismus „gleichsetzt“ und dadurch den Rechtsextremismus verharmlost. Dieser Vorwurf hat seinen Ursprung in der deutschen Debatte der 1970er und 1980er Jahre, als – bedingt durch den Kalten Krieg und die terroristische Kampagne der Roten Armee Fraktion (RAF) – die Bedrohung durch den Linksextremismus im Vordergrund stand. Viele, eher links orientierte Sozialwissenschaftler sahen sich und ihre politischen Standpunkte zu Unrecht diskreditiert und warfen dem Staat vor, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein.¹¹ Anfang der 1990er entbrannte – hierauf basierend – eine Debatte über den sogenannten „Extremismus der Mitte“, womit Wissenschaftler wie Hans-Martin Lohmann oder Wolf-Dieter Narr die Verbreitung rechtsextremer Ideen bis in weite Schichten der Bevölkerung beschrieben und damit nicht nur den ihrer Meinung nach tendenziösen – das heißt: gegen links gerichteten – Charakter des Extremismus-Begriffs kritisierten, sondern auch die ihm zugrunde liegende Annahme, dass Extremisten stets eine Minderheit an den „äußersten Rändern“ der Gesellschaft darstellten.¹²

Auch wenn diese Debatte mittlerweile abgeflaut ist, werden ähnliche Vorwürfe immer wieder artikuliert. So argumentiert der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer, dass Linksextremismus weniger problematisch sei als Rechtsextremismus, da die meisten Linksextremisten „nur“ das [kapitalistische] Wirtschaftssystem in Frage stellen würden, nicht aber die Demokratie als solche.¹³ Seine Kollegen Horst Meier und Claus

9 Peter R. Neumann, „The Trouble with Radicalization“, *International Affairs*, 89(4) [2013], S. 873–93.

10 Peter R. Neumann, „Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29–31 [2013], S. 3-10; <https://www.bpb.de/apuz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus>.

11 Siehe Barbara Dunkel, Christoph Gollasch und Kai Padberg (Hg.), *Nicht zu fassen: Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen* [Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, 2017], insbesondere die Einleitung und Teil 1 („Grundlagen“).

12 Siehe Hans-Martin Lohmann (Hg.), *Extremismus der Mitte: Vom rechten Verständnis deutscher Nation* [Frankfurt am Main: Fischer, 1994]; Wolf-Dieter Narr, „Vom Extremismus der Mitte“, *Politische Vierteljahresschrift*, 34(1) [1993], S. 106–13.

13 Gero Neugebauer, „Extremismus: Begriffsdefinitionen und Probleme“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 9. April 2008; <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33591/definitionen-und-probleme?p=all>.

Leggewie fordern gar die Abschaffung des Verfassungsschutzes und finden, staatliche Organe sollten sich auf die Bekämpfung von Gewaltphänomenen und Rechtsextremismus beschränken.¹⁴ Am weitesten gehen die Politikwissenschaftler Christoph Kopke und Lars Rensmann, die den Extremismusbegriff als „pseudowissenschaftliche Ideologie“ bezeichnen und seiner Verwendung die Schuld am Aufstieg rechtsextremer Kräfte geben.¹⁵ Viele dieser Beiträge sind offen polemisch und ignorieren den Unterschied zwischen „Vergleich“ und „Gleichsetzung“. Dennoch demonstrieren sie – nicht zuletzt durch ihre eigene, oftmals unverhohlene Parteinahme – wie unerlässlich es ist, eine robuste Definition des Begriffs zu entwickeln und diese konsequent auf sämtliche politischen Lager und ideologischen Ausprägungen anzuwenden.

Der dritte Einwand betont, dass sich das Extremismuskonzept nicht zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn eignen würde. Kritiker wie Neugebauer meinen, dass ein Begriff, der sich über seinen Abstand zur vermeintlichen „Mitte“ definiere, keine eigenständige Identität habe und die Phänomene, die er zu erklären versuche, zu unterschiedlich seien, um hierüber sinnvolle Erkenntnisse zu gewinnen.¹⁶ Diese Kritik ist zwar berechtigt, doch beschreibt sie ein epistemologisches Problem, das weit über den Extremismusbegriff hinausgeht. Bei jedweder Art von sozialwissenschaftlicher Forschung gilt: Je weiter der konzeptuelle „Bogen“, desto „größer“ die Schlüsse, die sich aus Beobachtungen gewinnen lassen, und desto größer das Risiko, dass die Unterschiedlichkeit der beobachteten Phänomene jegliche Form von Generalisierung unmöglich macht. Dies gilt für „Extremismus“ in gleicher Weise wie beispielsweise für Forschung in den Bereichen „Populismus“, „Radikalisierung“ oder „neue soziale Bewegungen“. In all diesen Feldern ergänzen sich Einzelfallstudien, vergleichende Betrachtungen innerhalb eines Teilbereichs (zum Beispiel: Rechtsextremismus) sowie übergreifende, oftmals theoretische Abhandlungen, die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Teilphänomenen verallgemeinern. Erkenntnisgewinn ist häufig mühsam und erfordert theoretische Präzision, doch gibt es keinen zwingenden Grund, weshalb dieser gerade beim Extremismus schwieriger oder weniger gut zu bewerkstelligen sein sollte.

Extremismus als Antipluralismus

Wie also lässt sich Extremismus definieren? Kritiker des Extremismusbegriffs behaupten, dass der Extremismusbegriff von Sicherheitsbehörden in den 1970er Jahren „erfunden“ wurde, um politische Gegner zu diskreditieren. „Extremismus“, so Leggewie, sei das Äquivalent einer „innerstaatlichen Feinderklärung“, mit dem politisch unliebsame

14 Horst Meier und Claus Leggewie, „Verfassungsschutz: Über das Ende eines deutschen Sonderwegs“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober 2012; <https://www.blaetter.de/ausgabe/2012/oktober/verfassungsschutz>.

15 Christoph Kopke und Lars Rensmann, „Die Extremismus-Formel: Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Dezember 2000; <https://www.blaetter.de/ausgabe/2000/dezember/die-extremismus-formel>.

16 Neugebauer, „Extremismus“, BpB.

Akteure vom Diskurs ausgeschlossen werden sollten.¹⁷ Doch in Wirklichkeit existiert der Begriff schon viel länger und hatte die meiste Zeit nichts mit staatlichen Behörden zu tun.¹⁸ Bereits im 19. Jahrhundert bürgerten sich im französischen Parlament die Bezeichnungen „extreme Rechte“ [„*extrême droite*“) und „extreme Linke“ [„*extrême gauche*“) für die jeweils militantesten Vertreter ihrer politischen Richtungen ein.¹⁹ Und in den Vereinigten Staaten popularisierte Daniel Webster, ein prominenter Senator, den Begriff als Bezeichnung für gewaltsame Verfechter der Sklavenhaltung während des Amerikanischen Bürgerkriegs. In den deutschsprachigen Raum wurde das Konzept nach dem Zweiten Weltkrieg von Emigranten wie Karl Loewenstein, Theodor Adorno und Hannah Arendt importiert, die sich aktiv an der amerikanischen Totalitarismus-Debatte beteiligt hatten. Schritt für Schritt setzte sich der Begriff deshalb auch in Deutschland und Österreich durch und verdrängte die bis dahin übliche Bezeichnung „Radikalismus“, die seit den 1970er Jahren ausschließlich für radikale, aber *verfassungskonforme* Akteure oder Ideologien eingesetzt wird und sich damit vom *system-feindlichen* „Extremismus“ unterscheidet.²⁰ Leggewie hat recht, wenn er argumentiert, dass „Extremismus“ im deutschsprachigen Raum erst seit dieser Zeit ausschließlich für systemfeindliche Akteure wurde, doch weder Begriff noch das dahinterstehende Konzept waren völlig neu oder Ergebnis einer wie auch immer gearteten staatlichen Verschwörung.

Basierend auf seiner umfangreichen Konzeptgeschichte sind (mindestens) drei Zugänge zum Extremismusbegriff möglich. Der erste – und im deutschsprachigen Raum populärste – ist der „normative“ Extremismusbegriff der Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse. Statt Extremismus, wie in der „räumlichen“ Definition, am Ende eines Spektrums zu lokalisieren, postulieren Backes und Jesse eine Art Mindestkonsens, dem sich – ihrer Meinung nach – alle Unterstützer einer demokratischen Gesellschaftsordnung, egal welcher politischen Couleur, anschließen sollten. Dieser Mindestkonsens kann, je nach Interpretation, beliebig erweitert werden, besteht aber – mehr oder weniger – aus den Werten (individuelle) Freiheit, (politische) Gleichheit und Demokratie (oder Volkssouveränität). Seit der Französischen Revolution sei dieser Wertekanon, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen und Gewichtungen, für alle Gesellschaften grundlegend, die sich als „liberale Demokratien“ identifizierten. Wer ihn ablehne oder bekämpfe, so Backes und Jesse, sei ein Extremist – egal, welche Mittel dabei eingesetzt würden; wie groß oder klein die Unterstützung sei; oder ob man sich in der Mitte oder am Rande der Gesellschaft verorte.²¹

17 Leggewie, „Verfassungsschutz“.

18 Astrid Bötticher, „Towards Academic Consensus Definitions of Radicalism and Extremism“, *Perspectives on Terrorism*, 11[4] (2017), S. 73–77.

19 Uwe Backes und Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1993), S. 36.

20 Bötticher, „Academic Consensus“, S. 73–4. Siehe auch Astrid Bötticher und Miroslav Mareš, *Extremismus: Theorien, Konzepte, Formen* (München: Oldenbourg, 2012), S. 56.

21 Backes, *Politischer Extremismus*, S. 29–46.

Während sich die „normative“ Perspektive darauf konzentriert, welche Ansichten Extremisten haben, interessiert sich der zweite, der „kognitive“ Ansatz vor allem dafür, wie solche Ansichten ausgedrückt werden. Der amerikanische Theologe Edgar Metzler formulierte bereits im Jahr 1968 eine Reihe von Eigenschaften, die – seiner Meinung nach – typisch für eine „extremistische Denkstruktur“ seien. Extremisten, so Metzler, seien Personen, deren Denkweise „geschlossen“ sei, was bedeute, dass sie unwillig seien, neue Informationen aufzunehmen, ihre eigenen Positionen zu ändern, oder zwischen Personen und den Ansichten, die sie vertreten, zu unterscheiden.²² Das Ergebnis sei „Starrheit im Denken, Dogmatismus, Widerstand gegen Veränderungen, eine autoritäre Einstellung und Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, die oftmals durch ethnische, nationale oder rassische Vorurteile verstärkt werden“.²³ Für Metzler war klar, dass es zwischen doktrinären Kommunisten und Anhängern des (rassistischen) Ku-Klux-Klan erhebliche Unterschiede gab. Doch ihre Denkweise, so Metzlers Beobachtung, war oftmals identisch: „Personen mit einem geschlossenen Geist finden sich sowohl im linken als auch im rechten Extrem ... [Ihre Ideen unterscheiden sich.] Aber in der Starrheit und dem Dogmatismus, mit dem sie diese Ideen vertreten, sind sie sich sehr ähnlich“.²⁴

Der dritte Zugang begreift Extremismus als sozialen Prozess. Grundlage hierfür ist die Erkenntnis, dass sich im Laufe von Radikalisierungsprozessen Identitäten schrittweise auf ein einziges Merkmal – etwa Religion, Nationalität oder eine bestimmte Ideologie – reduzieren und die eigene Umwelt immer stärker nach diesem Merkmal in Freunde und Feinde aufgeteilt wird. Der Ökonom Amartya Sen und der amerikanische Jurist und Verhaltensforscher Cass Sunstein argumentieren deshalb, dass Extremismus nicht bloß als Zustand, [fixe] Denkweise oder Kombination bestimmter [ideologischer] Überzeugungen verstanden werden dürfe.²⁵ Aus ihrer Sicht hat „Extremismus“ keinen genau bestimmbaren Anfangspunkt, sondern beschreibt Entwicklungen, die sich oftmals über lange Zeiträume erstrecken, in den meisten Fällen auf sozialer Interaktion beruhen und vielen unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt sind. Dieser Prozess – den Politikwissenschaftler auch als „Polarisierung“ beschreiben – resultiert in einer antagonistischen „wir gegen sie“-Mentalität, in der Kompromisse unmöglich werden und praktisch alle Mittel zur Verteidigung der eigenen Gruppe oder Identität gerechtfertigt scheinen. Der amerikanische Extremismusforscher J.M. Berger definiert Extremismus dementsprechend als Situation, in der „Feindschaft gegenüber einer Fremdgruppe“ zunehmend als Voraussetzung für das Wohlergehen, wenn nicht sogar Überleben, der „Eigengruppe“ wahrgenommen“ wird.²⁶

22 Edgar Metzler, *Let's Talk About Extremism* (Scottsdale, PA: Focal, 1968); <https://anabaptisthistorians.org/2021/01/07/edgar-metzlers-lets-talk-about-extremism-1968/>.

23 Ibid.

24 Ibid.

25 Siehe Amartya Sen, *Identity and Violence: The Illusion of Destiny* (London: Penguin, 2006), S. 18–39; Cass Sunstein, *Going to Extremes: How Like Minds Unite and Divide* (Oxford: Oxford University Press, 2009).

26 J. M. Berger, *Extremism* (Cambridge, MA: MIT Press, 2018), S. 82.

Obwohl auf den ersten Blick sehr unterschiedlich, lassen sich die drei Begriffsverständnisse – das normative; das kognitive; und das soziale – bei genauerer Betrachtung miteinander vereinbaren, denn sie beschreiben verschiedene Sichtweisen auf das, was der prominente Politikwissenschaftler und Soziologe Seymour Lipset bereits im Jahr 1970 als „Monismus“ oder „Antipluralismus“ beschrieben hat.²⁷ Eine pluralistische Gesellschaft, so Lipset, ist dadurch gekennzeichnet, dass sie die Existenz unabhängiger politischer, religiöser und weltanschaulicher Gruppen nicht nur toleriert, sondern schützt. Sie empfindet die Vielfalt von Ideen und Interessen nicht als störend, sondern begreift sie als Voraussetzung für positiven Wandel und friedliche Koexistenz. Extremismus hingegen ist – laut Lipset – das Gegenteil:

Extremismus beschreibt den Impuls, der einem Pluralismus von Interessen und Gruppen, einem System vieler ... Machtzentren und Privatbereiche feindlich gegenübersteht. Extremismus ist Antipluralismus oder – um einen nur etwas weniger umständlichen Begriff zu verwenden – Monismus. Das operative Herz des Extremismus ist die Unterdrückung von Unterschieden und Meinungsverschiedenheiten, die Schließung des Marktplatzes der Ideen. Mehr noch: Sein operatives Wesen ist die Tendenz, Unterschiede und Ambivalenz als illegitim zu begreifen.²⁸

Es ist genau dieser antipluralistische „Impuls“, der die unterschiedlichen Begriffsverständnisse verbindet: Die „normative“ Sichtweise definiert Extremismus als Ablehnung pluralistischer Grundwerte; der „kognitive“ Ansatz identifiziert die dazugehörige Denkweise; und die „soziale“ Perspektive beschreibt den Prozess, der zu ihrer Herausbildung führt. Extremismus beinhaltet demzufolge alle Ideologien, Denkweisen und sozialen Prozesse, die sich – in letzter Konsequenz – gegen die friedliche Koexistenz unterschiedlicher Ideen und Interessen und damit gegen den Fortbestand einer pluralistischen Gesellschaft richten.

1.2 Migration

Wie in fast allen Sozialwissenschaften sind auch in der Migrationsforschung zentrale Begriffe umstritten und haben sich im Laufe der Zeit in ihrer Bedeutung gewandelt.²⁹ Es gibt nach wie vor keine universell gültige oder im internationalen Recht verankerte Definition des Begriffs „Migration“, obwohl verschiedene Organisationen – wie zum Beispiel

27 Seymour Martin Lipset und Earl Raab, *The Politics of Unreason: Right-Wing Extremism in America, 1790–1970* (New York: Harper & Row, 1970), S. 5.

28 *Ibid.*, S. 6.

29 „Who Counts as a Migrant? Definitions and Their Consequences“, *The Migrant Observatory at the University of Oxford*, 10. Juli 2019; <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/who-counts-as-a-migrant-definitions-and-their-consequences/>.

die Internationale Organisation für Migration (IOM) – Arbeitsdefinitionen vorgeschlagen haben. Für die IOM ist ein Migrant oder eine Migrantin „eine Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort, sei es innerhalb eines Landes oder über eine internationale Grenze hinweg, vorübergehend oder dauerhaft und aus verschiedenen Gründen verlässt“.³⁰

Im Gegensatz zu dieser, sehr weit gefassten Definition, die innerstaatliche und kurzfristige Bevölkerungsbewegungen miteinschließt, verstehen nationale Behörden und die EU-Kommission Migration meist als *zwischenstaatliches* und *längerfristiges* Phänomen. Hierbei wird typischerweise zwischen Zuwanderung (Immigration) und Abwanderung (Emigration) unterschieden, wobei die Begriffe „Immigrant“ und „Migrant“ häufig vermischt werden.³¹ Aus österreichischer Perspektive wäre ein (Im-)Migrant demnach eine im Ausland geborene Person, die sich in Österreich auf absehbare Zeit – mindestens aber für zwölf Monate³² – niedergelassen hat.

Im Kontext der Integrationsdebatte hat sich, besonders im deutschsprachigen Raum, außerdem der Begriff „Person mit Migrationshintergrund“ eingebürgert. Auch dieser Begriff ist umstritten, weil er nach Meinung von Kritikern suggeriert, dass selbst die Enkel und Urenkel von Migranten auf die Herkunft ihrer Vorfahren reduziert würden. Eine staatliche Kommission in Deutschland hat deshalb vorgeschlagen, den Begriff durch „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ zu ersetzen.³³ In Österreich wird die Verwendung des Begriffs seit jeher auf Personen beschränkt, deren „beide Elternteile“ im Ausland geboren sind, wobei die eigentlichen Migranten als „erste Generation“ und deren Nachkommen als „zweite Generation“ bezeichnet werden.³⁴ Diesem Begriffsverständnis schließen wir uns an.

Als Migrations-Communities bezeichnen wir Gruppen von Personen mit Migrationshintergrund, die sich über ein bestimmtes Herkunftsland, eine Herkunftsregion oder ethnische Zugehörigkeit definieren. Weder Migrations-Communities noch oder Personen mit Migrationshintergrund sind dabei notwendigerweise „Ausländer“. Ob jemand Ausländerin oder Ausländer ist, definiert sich über die Staatsangehörigkeit – konkret: das Nichtvorhandensein einer österreichischen Staatsbürgerschaft. Nicht alle Migranten der „ersten Generation“ sind Ausländer, und nicht alle Personen mit Migrationshintergrund aus der „zweiten Generation“ sind zwangsläufig Österreicher.³⁵

30 „Who Is a Migrant?“, *International Organisation for Migration*, <https://www.iom.int/who-is-a-migrant>.

31 „Who Counts“, *International Observatory*; „Refugees and Migrants: Definitions“, United Nations, <https://refugeesmigrants.un.org/definitions>; „Migration“, *European Migration Network*, https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary_search/migration_en.

32 Vgl. „Migration“, *European Migration Network*.

33 Siehe „Begriff ‚Migrationshintergrund‘ soll weg“, *Tagesschau*, 20. Januar 2021; <https://www.tagesschau.de/inland/fachkommission-fordert-abschaffung-des-begriffs-migrationshintergrund-101.html>.

34 „Statistisches Jahrbuch: Migration und Integration – Zahlen, Daten, Indikatoren 2021“, *Statistik Austria*, 2021, S. 24; https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/MigInt_2020.pdf.

35 *Ibid.*, S. 25.

Migration in Österreich

Was bedeutet all dies im österreichischen Zusammenhang? Laut dem Migrationsforscher Rainer Bauböck war Österreich im Verlauf seiner Geschichte zugleich „Auswanderungsland, Transitstation und Einwanderungsland; es war sowohl Ziel als auch Ursprungsgebiet ökonomisch motivierter Migration, aber auch Herkunftsregion und Aufnahmeland von Verfolgten und Vertriebenen“.³⁶ Und in der Tat: Bereits in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts kam es angesichts der fortschreitenden Industrialisierung, einer grassierenden Landflucht und des Entstehens der Großmetropole Wien zu einer massiven Zuwanderung. Aufgrund der beiden Weltkriege, dem Holocaust und einer Abwanderungswelle nach Übersee erhöhte sich die Bevölkerungszahl Österreichs zwischen 1910 und 1945 jedoch insgesamt nur leicht – von 6,6 auf 6,8 Millionen.³⁷

Erst ab den beginnenden 1960er Jahren wurde Österreich wieder zu einem attraktiven Zielort für Migration. Seitdem kam es zu vier Immigrationenschüben, die landläufig als „Wellen“ bezeichnet werden. In der ersten Welle – von etwa 1964 bis 1973 – rekrutierte Österreich sogenannte „Gastarbeiter“ aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nach der Ölkrise im Jahr 1973 wieder zurückging, blieb die Bevölkerungszahl bis 1989 – unter anderem wegen des Familiennachzugs – mit etwa 7,7 Millionen praktisch unverändert. Die zweite Welle lässt sich auf die Periode zwischen 1989 und 1995 datieren. Durch den Fall des Eisernen Vorhangs kam es zur Einwanderung aus den Nachbarstaaten Ungarn, der Slowakei und Tschechien. Weitere Faktoren waren ein erneuter Immigrationenschub aus der Türkei sowie Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, wo während dieser Zeit Krieg herrschte. Der Ausländeranteil stieg in diesem Zeitraum von knapp fünf auf 8,5 Prozent.³⁸

Während der dritten Welle in den frühen 2000er Jahren dominierte die Zuwanderung von außerhalb Europas. Eine (im Rückblick) besondere Rolle spielte hierbei die Immigration von geschätzt 35 000 Tschetschenen – immerhin zwei Prozent der tschetschenischen Bevölkerung.³⁹ Die vierte Welle erstreckte sich über die gesamten 2010er Jahre. Zusätzlich zur Arbeitsmigration aus den EU-Beitrittsländern Rumänien, Bulgarien und Kroatien trugen hierzu Flüchtlinge und Asylbewerber aus Krisenregionen im Nahen Osten, Zentralasien und Afrika bei. Im Laufe des Jahrzehnts nahm die Bevölkerung mit Migrationshintergrund dadurch um insgesamt 610 000 Personen zu und betrug im Jahr

36 Rainer Bauböck, „'Nach Rasse und Sprach verschieden': Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute“, *IHS Reihe Politikwissenschaft*, März 1996, S. 1. Vgl. auch Bernard Perchinig, „Migration Studies in Austria: Research at the Margins?“, *KMI Working Paper Nr. 4*, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 2002; https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/kommissionen/KMI/Dokumente/Working_Papers/kmi_WP4.pdf.

37 „Migration und Stadtwachstum“, *Stadt Wien*, undatiert, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Migration>.

38 Siehe Heinz Fassmann, „Historische Entwicklung der Migration nach Österreich“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17. November 2015; <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/215097/historische-entwicklung>. Siehe auch „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 27.

39 „Rund 35 000 Tschetschenen in Österreich“, *ORF*, 7. Juli 2020; <https://orf.at/stories/3172594/>.

2021 24,4 Prozent der Gesamtbevölkerung von 8,9 Millionen. Der Ausländeranteil stieg von 11 auf über 17 Prozent.⁴⁰

Laut Statistischem Jahrbuch lebten in Österreich im Jahr 2020 2,14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Hiervon sind etwa drei Viertel (1,58 Millionen) Teil der „ersten Generation“ – also im Ausland geboren – und ein weiteres Viertel (0,59 Millionen) Teil der „zweiten Generation“. Hinzu kommen ungefähr 140 000 Personen, deren Migrationsstatus nicht in der allgemeinen Bevölkerungsstatistik erfasst wird, von denen aber ein Teil in sogenannten Erstaufnahmestellen lebt.⁴¹ Abgesehen von dieser Gruppe konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in urbanen Zentren – besonders Wien, wo ihr Anteil bei 46,2 Prozent liegt. Die niedrigste Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund findet sich im Burgenland (13,4 Prozent), Kärnten (14,5 Prozent) und der Steiermark (15,3 Prozent).⁴²

Der bei weitem größte Teil der Personen mit Migrationshintergrund stammt aus einem EU-Staat (etwa 40 Prozent), wovon etwa zwei Drittel aus den (größtenteils zentral- und osteuropäischen) Beitrittsländern nach 2004 kommen. Etwas mehr als ein Viertel (26 Prozent) lassen sich den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien und Kroatien) zuordnen; und 14 Prozent der Türkei. Zusammengenommen sechs Prozent haben einen Migrationshintergrund aus Afghanistan, Syrien und dem Irak. Kleinere Gruppen stammen aus Russland, China und dem Iran.⁴³

Die Immigrationsgeschichte und -umstände dieser Communitys unterscheiden sich stark. Migranten aus Deutschland – der größten Migrations-Community nach Einwanderungsland – sind „flüchtig“: Sie bemühen sich selten um die österreichische Staatsbürgerschaft, bleiben häufig weniger als fünf Jahre und bestehen zum großen Teil aus Studierenden. Personen mit Migrationshintergrund aus der Türkei sind im Vergleich hierzu relativ „sesshaft“: Fast die Hälfte ist bereits in Österreich geboren, und knapp zwei Drittel besitzt die österreichische Staatsbürgerschaft. (Die Enkel türkischer „Gastarbeiter“, die in den 1960er und 1970er Jahren nach Österreich kamen, werden gar nicht mehr als Personen mit Migrationshintergrund erfasst.) Ganz anders wiederum ist die Situation der „Neuankömmlinge“ aus Afghanistan, Syrien und dem Irak, die erst vor wenigen Jahren ins Land gekommen sind und deren Aussicht auf dauerhaftes Bleiben – geschweige denn Staatsangehörigkeit – ungeklärt ist.⁴⁴ Kurzum: Den einen, vermeintlich „typischen“ Migranten gibt es nicht. Dies ist der Grund, weshalb ein einziges ‚Lagebild‘, das alle Personen mit Migrationshintergrund über einen Kamm schert, wenig Aussagekraft hätte. Zweck der folgenden Kapitel ist es, zu verstehen, wie und weswegen sich Extremismus in den hier untersuchten Migrations-Communitys manifestiert.

40 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 24.

41 In diese Kategorie fallen neben Erstaufnahmestellen auch Klöster, Internate und Gefängnisse. Genaue Informationen über die Verteilung zwischen diesen sogenannten „Anstalten“ sind nicht verfügbar. *Ibid.*, S. 24

42 *Ibid.*, S. 107.

43 *Ibid.*, S. 29.

44 *Ibid.*

2. Theorie

Im vorhergehenden Kapitel haben wir die Forschungsfragen dieses Berichts formuliert und erklärt, was unter den zwei zentralen Begriffen – Migration und Extremismus – zu verstehen ist. In diesem Kapitel geht es nun darum, die zwei Begriffe – und ihr Verhältnis zueinander – schrittweise zu konkretisieren, so dass wir eine bessere Vorstellung davon bekommen, wonach wir in den vier Migrations-Communitys, aus denen das Lagebild (siehe Kapitel 4) besteht, suchen. Mit anderen Worten: Welche Erscheinungsformen des Extremismus gibt es? Und wie – und unter welchen Umständen – manifestieren sich diese in Migrations-Communitys?

Damit unsere empirische Forschung so zielführend und robust wie möglich ist, konstruieren wir in diesem Kapitel eine Art theoretischen Werkzeugkasten, der zwei Instrumente enthält, die uns das Erkennen – und Verstehen – von Extremismus in Migrations-Communitys erleichtern sollen. Das erste „Werkzeug“ kategorisiert die verschiedenen Erscheinungsformen, in denen sich Extremismus manifestiert: Zusätzlich zu der weit verbreiteten Unterscheidung zwischen gewaltbereiten und „aktivistischen“ Extremismus identifizieren wir einen dritten Typus, den „passiven“ Extremismus, den Segregation und Bildung von gesonderten Strukturen kennzeichnen.

Beim zweiten „Werkzeug“ geht es um die „Vulnerabilitäten“, die durch eine Migrationserfahrung – oder Identifikation mit einer Migrations-Community – entstehen: Hierbei unterscheiden wir zwischen spezifischen Ansprechbarkeits- oder „Nachfrage“-faktoren sowie Angebots-Faktoren, deren Existenz und Aufeinandertreffen das Extremismus- oder Radikalisierungs-Risiko erhöht. Dieses Instrumentarium wird es uns ermöglichen, Extremismus und extremistische Potentiale innerhalb von Migrations-Communitys nicht nur zu beschreiben, sondern sie auch qualitativ einzuordnen.

2.1 Erscheinungsformen des Extremismus

Wie im vorhergehenden Kapitel erläutert, gibt es unterschiedliche Zugänge zum Extremismuskonzept, deren Gemeinsamkeit ihr „antipluralistischer Impuls“ ist. Extremismus existiert nicht nur als [anti-demokratische] Ideologie, sondern auch als [antipluralistische] Denkweise sowie in sozialen Prozessen, die zu Identitätsreduktion, Antagonismus und Überlegenheitsansprüchen führen. Doch was bedeutet das konkret?

Die am häufigsten getroffene Unterscheidung ist die zwischen „gewaltsamen“ und „nicht-gewaltsamen“ Formen des Extremismus. Hierin kommt die Zweideutigkeit des Extremismusbegriffs zum Ausdruck, der sowohl [extremistische] Ideen als auch [extremistische] Mittel oder Methoden beinhalten kann. Der konservative Philosoph Roger Scruton brachte es auf den Punkt, als er davon schrieb, dass alle Formen des Extremismus zur „Missachtung des Lebens, der Freiheit und der Menschenrechte anderer“ führ-

ten, dabei jedoch offen ließ, welcher Methoden sich die Extremisten bedienten – oder gar, ob sie staatliche oder nicht-staatliche Akteure seien.⁴⁵

Unserer Meinung nach ist diese Unterscheidung zentral, geht aber nicht weit genug. Während sich gewaltsamer Extremismus in den meisten Fällen relativ einfach identifizieren lässt, wird die Kategorie „nicht-gewaltsam“ oftmals auf „aktivistische“ – oder sogenannte „legalistische“ – Extremisten reduziert,⁴⁶ obwohl sich in Wirklichkeit eine viel größere Zahl von Aktionsformen beobachten lässt. Ohne behaupten zu wollen, dass sich damit die Anzahl der Spielarten erschöpft, postulieren wir im Folgenden eine weitere Erscheinungsform – nämlich den „passiven“ Extremismus, der zwar genauso wie der aktivistische Extremismus nicht gewaltsam ist, aber – anders als er – keine Integration in gesellschaftliche Strukturen sucht, sondern sich von ihnen distanziert (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Erscheinungsformen des Extremismus

	<i>Gewalt</i>	<i>Integrationsniveau</i>	<i>Unterstützer</i>
<i>Gewaltsamer Extremismus</i>	Ja, nach innen und außen	Schwach	Extremisten
<i>Aktiv(istisch)er Extremismus</i>	Nein	Stark	Extremisten und Nicht-Extremisten
<i>Passiver Extremismus</i>	Ja, nach innen	Schwach	Extremisten und Nicht-Extremisten

Gewaltsamer Extremismus

Im Kontext westlich-liberaler Demokratien ist politisch motivierte [physische] Gewalt immer zugleich eine besonders ausgeprägte, greifbare Form von Extremismus – ganz unabhängig davon, im Namen welcher Ideen sie angewandt wird. Gewaltfreiheit ist nicht nur ein Grundsatz des friedlichen Miteinanders, sondern Grundlage für den Wettstreit der Ideen und Interessen, der eine pluralistische Gesellschaft kennzeichnet. Wer versucht, seine Ideen mit Gewalt durchzusetzen, den Einsatz von Gewalt sanktioniert oder ihn gutheißt, stellt sich nicht nur gegen einen bestimmten politischen Gegner, sondern erteilt dadurch der offenen, pluralistischen Gesellschaft insgesamt eine Absage. Es ist deshalb möglich, dass politische Ideen oder Ideologien, die vom Inhalt her als „moderat“ oder „Mainstream“ zu qualifizieren sind, durch den Einsatz gewaltsamer Mittel zum Extremismus werden. Ein gutes Beispiel ist der Umweltschutz, der bei weiten Teilen der Bevölkerung als erstrebenswert gilt und in den Programmen aller politischen Parteien verankert ist. Wer versucht, dieses Ziel mit gewaltsamen Mitteln umzusetzen

45 Zitiert in Douglas Long, *Fundamentalists and Extremists* (New York: Facts on File, 2002), S. 23.

46 Siehe Thomas Schmidinger, „Legalistischer Extremismus als Herausforderung für die Prävention“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17. Dezember 2020; <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/322922/legalistischer-islamismus-als-herausforderung-fuer-die-praevention>.

[etwa, indem er oder sie Fabriken in die Luft sprengt, Industrielle oder Politiker entführt], ist dennoch ein Extremist.⁴⁷

Gewaltsamer Extremismus kann sich unterschiedlich manifestieren. Die am wenigsten komplexe Form ist die Straßengewalt, die sich üblicherweise zwischen Anhängern verschiedener Gruppen oder zwischen einer politischen Gruppe und dem Staat zu trägt. Oftmals entspringt solche Gewalt Demonstrationen oder anderweitigen Veranstaltungen (wie etwa Konzerten, Festivals oder Totenzügen) und ist nicht immer geplant, wird aber oftmals in Kauf genommen. Wenn sich Straßengewalt gezielt gegen Angehörige anderer Menschengruppen richtet (beispielsweise Personen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Orientierung), ist von Hassgewalt die Rede. Der Unterschied zum Terrorismus besteht darin, dass sich Terroristen in der Regel als Teil einer systematischen Kampagne verstehen und die Tötung von Menschen nicht „Beiprodukt“, sondern zentrales Element ihrer Strategie ist. Auch wenn die Übergänge oft fließend sind, erfordert Terrorismus einen höheren Grad an Bindung, hat größeren Symbolcharakter und ist in seinen politischen Konsequenzen meist bedeutender. Eine weitere Erscheinungsform ist die Sachbeschädigung oder Sabotage. Da sich diese Art von Gewalt nicht gegen Menschen richtet, behaupten ihre Befürworter, meist im linksextremistischen Spektrum, dass dies gar keine „Gewalt“ sei, sondern – wenn überhaupt – eine Reaktion auf die „strukturelle Gewalt“ des kapitalistischen Systems („Macht kaputt, was euch kaputt macht!“).⁴⁸

Gewaltsame Extremisten sind in diesem Zusammenhang nicht nur diejenigen, die eine Gewalttat durchführen, sondern alle, die sie ermöglichen oder sanktionieren. Mit anderen Worten: Statt sich auf die – oftmals naiven, irreführten oder psychisch kranken – Gewalt-Täter zu konzentrieren, sollte gewaltsamer Extremismus als materielles und ideelles „Ökosystem“ begriffen werden, in dem die Täter zwar die prominenteste, aber nicht die einzige – oder wichtigste – Rolle spielen. Genauso wichtig für das Zustandekommen einer extremistischen Gewalttat ist materielle Unterstützung (zum Beispiel Bereitstellung von Geld, Training, Waffen, Hilfe bei der Konstruktion eines Sprengsatzes, etc.) oder Ermutigung. Selbst Einzeltäter, die keine direkte Verbindung zu einer terroristischen Organisation unterhalten und Anschläge auf eigene Faust durchführen, suchen in der Regel nach Legitimation und sind häufig Teil (virtueller) Milieus, in denen solche Taten gerechtfertigt und sanktioniert werden.⁴⁹ Auch der Hersteller eines Propagandamagazins, in dem Gewalttaten bejubelt und zu ihrer Nachahmung ermutigt wird, ist demzufolge ein Gewalt befürwortender und unterstützender Extremist.

47 Neumann, „Radikalisierung, Deradikalisierung“.

48 Ibid. Deutsche Sicherheitsbehörden verwenden außerdem den Begriff „aktionsorientierter“ Extremismus, wenn es um Aktionsformen geht, die eindeutig illegal sind, sich aber nicht eindeutig als „Gewalt“ definieren lassen.

49 Siehe Stefan Malthaner und Peter Waldmann, „The Radical Milieu: Conceptualizing the Supportive Social Environment of Terrorist Groups“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 37(12) (2014), S. 979–98.

Aktiv(istisch)er Extremismus

Der aktivistische – oder aktive – Extremismus ist in mehrfacher Hinsicht das Gegenteil vom gewaltsamen Extremismus. Aktivistische Extremisten verüben nicht nur keine Gewalt, ihr Verhalten ist in der Regel gesetzeskonform. Sie meiden die Gesellschaft nicht, sondern versuchen aktiv, sich in sie zu integrieren. Ihre Absicht ist, die vielfältigen Möglichkeiten zur Mobilisierung und Interessendurchsetzung, die eine pluralistische Gesellschaft bietet, für antipluralistische Zwecke zu nutzen. Aktivistische Extremisten engagieren sich deshalb in politischen Parteien, gemeinnützigen Vereinen, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen. Zum Teil gründen sie auch eigene Organisationen, die Probleme artikulieren, Dienstleistungen erbringen und die Interessen bestimmter Communitys gegenüber dem Rest der Gesellschaft vertreten. Dies ermöglicht es ihnen, „Koalitionen“ mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen einzugehen und die eigene Agenda auf breiterer politischer Basis zu vertreten. Die dabei vorgetragenen Forderungen sind in den wenigsten Fällen offen extremistisch, denn dadurch würde die „Anschlussfähigkeit“ an den Rest der Gesellschaft verringert. Stattdessen wird versucht, extremistische Ziele als demokratie-kompatibel zu „framen“ – zum Beispiel durch die Betonung liberaler Werte („Menschenrechte“, „Meinungsfreiheit“, „Religionsfreiheit“).⁵⁰

Die Analyse des aktivistischen Extremismus erfordert eine differenzierte Herangehensweise. Der Ausdruck „legalistischer“ Extremismus, der oftmals synonym verwendet wird, erweckt den Eindruck, als seien *alle* Handlungen solcher Gruppen nur ein Vorwand (daher „legalistisch“, nicht legal) und die Netzwerke, die sich aus ihnen konstruieren lassen, eine gigantische Verschwörung. Doch in der Praxis sind die Aktivitäten solcher Gruppen oftmals nicht nur legal, sondern legitim; ihre extremistischen Zielsetzungen verschwommen; und die Verbindungen zu anderen, vermeintlich gleichgesinnten Gruppen komplexer als es auf den ersten Blick scheint. Es ist beispielsweise vorstellbar, dass eine Gruppe, die von aktivistischen Extremisten gegründet wurde, ihre extremistische „Identität“ im Laufe der Zeit so stark demokratischen Erfordernissen unterordnet, dass sie am Ende selbst zum Teil des [demokratischen] Mainstreams wird. Und in der Tat: Die Geschichte westlicher Demokratien ist voll von Mächtgern-Revolutionären, die zum „Marsch durch die Institutionen“ antraten, aber im Establishment landeten.⁵¹ Jede Gruppe muss deshalb einzeln – und in ihrer gesamten Komplexität – betrachtet werden.

Dies gilt auch für Personen, die sich in aktivistisch extremistischen Gruppen engagieren. In gewisser Hinsicht ist die Situation hier genau umgekehrt wie bei gewaltsamen Extremisten: Während alle Personen, die gewaltsame Organisationen unterstützen, als gewaltsame Extremisten gelten, sind bei weitem nicht alle Unterstützer aktivistisch extremistischer Gruppen gleichzeitig aktivistische Extremisten. Der Grund dafür ist, dass aktivistische Extremisten ihre Ziele oftmals nicht offen artikulieren und populäre Anlie-

50 Schmidinger, „Legalistischer Islamismus“.

51 Siehe Jasper von Altenbockum, „Sie kamen an – aber nicht dort, wohin sie wollten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. März 2018.

gen vertreten, für die sich auch Außenstehende als Unterstützer gewinnen lassen. Wenn ein Staat die Mittel für einen extremistischen Verein streicht oder ihm den Zugang zu staatlichen Stellen verweigert, kann es deshalb sein, dass das staatliche Vorgehen von Teilen der Öffentlichkeit als „Vorwand“ und/oder „diskriminierend“ empfunden wird. Dies zeigt, wie schwierig es für Staat und Zivilgesellschaft ist, mit aktivistischen Extremisten umzugehen. Wenn aktivistische Extremisten tatsächlich „nur“ Extremisten wären und keinerlei Mehrwert für die von ihnen beanspruchten Communitys produzieren würden, wäre das Verhältnis zu ihnen weniger kontrovers.

Passiver Extremismus

Die dritte von uns definierte Erscheinungsform ist der „passive“ Extremismus, der mit anderen Manifestationen des Extremismus Hand in Hand gehen kann. Genauso wie der aktivistische Extremismus ist passiver Extremismus gegenüber Außenstehenden nicht gewalttätig, aber sucht – im Gegensatz zu ihm – keinen Anschluss an die Gesellschaft. Dies manifestiert sich beispielsweise in der Schaffung von separaten Strukturen, etwas im Schul- und Ausbildungsbereich, der Gerichtsbarkeit oder bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen, mit denen versucht wird, sich vom Rest der Gesellschaft abzukoppeln und nicht mehr dem gesellschaftlichen Pluralismus gegenüber ausgesetzt zu sein. Im Laufe der Geschichte haben Extremisten aller Couleur immer wieder versucht, ganze Dörfer oder Camps zu errichten, in denen Anhänger der jeweiligen Ideologie oder Denkweise nach extremistischen Regeln leben sollten, ohne mit anderen Teilen der Gesellschaft in Berührung zu kommen oder sich ihren Regeln unterwerfen zu müssen. In diesen Zusammenhängen kommt es häufig auch zur Anwendung von Gewalt – typischerweise jedoch nicht gegenüber Außenstehenden, sondern Beteiligten.⁵²

Beim populären Begriff „Parallelgesellschaft“ ist Vorsicht geboten. Nicht jede Dienstleistung oder Struktur innerhalb bestimmter religiöser, ethnischer oder linguistischer Communitys ist extremistisch oder zeugt von mangelndem Integrationswillen. Individuelle Autonomie und die Freiheit, sich entsprechend eigener Interessen oder Neigungen zu entfalten, ist ein hohes Gut und Kennzeichen pluralistischer Gesellschaften. Entscheidend ist deshalb nicht, ob bestimmte Strukturen „parallel“ sind, sondern ob ihre Orientierung antipluralistisch ist. Ein gutes Beispiel sind religiös orientierte Schulen. Ihre Schaffung ist prinzipiell ein legitimes Anliegen, doch wenn ihr Zweck darin besteht, sich von der Gesellschaft „abzukoppeln“ oder gar Feindschaft gegenüber ihr zu fördern, laufen sie dem pluralistischen Gesellschaftskonsens zuwider.⁵³ Die Unterschiede sind oftmals fließend, und die Einstufung als extremistisch erfordert – wie auch beim akti-

52 Siehe Werner Schiffauer, *Parallelgesellschaften: Wie viel Wertkonsens braucht unsere Gesellschaft?* [Bielefeld: Transcript Verlag, 2008].

53 Um diese Unterscheidung ging es letztlich bei der bis heute kontroversen „Trojan Horse“-Affäre um Schulen im englischen Birmingham. Siehe „Report into Allegations Concerning Birmingham Schools arising from the ‚Trojan Horse‘ Letter“, *Department of Education*, July 2014; https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/340526/HC_576_accessible_.pdf.

vistischen Extremismus – eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den Zielen und der Praxis der jeweiligen Institution.

Genauso wie beim aktivistischen Extremismus gilt, dass nicht jeder Beteiligte automatisch ein Extremist ist. Immigranten sehen in solchen Strukturen oftmals die vermeintlich einzige Chance, ihrer eigenen Kultur oder Herkunft „treu“ zu bleiben, während Kinder oder Frauen oft keine Möglichkeit haben, sich ihnen zu entziehen. Freiwilligkeit und aufrichtige Überzeugung sind in diesen Zusammenhängen schwierig zu bewerten, auch wenn klar ist, dass solche Strukturen extremistisch sind und ihre Existenz die Grundlagen pluralistischer Gesellschaften unterminiert. Wenn staatliche Stellen akzeptieren, dass in bestimmten Teilen des Landes oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen demokratische Rechte und Freiheiten nur eingeschränkt oder unter besonderen Bedingungen gelten, untergräbt dies ihre Legitimität und verringert die Chancen von „Neuankömmlingen“, sich in Gesellschaft und Staat zu integrieren. Selbst vermeintlich „passive“ Strukturen, die für den Rest der Gesellschaft meist „unsichtbar“ bleiben und sich am gesellschaftlichen Diskurs nur selten beteiligen, sollten deshalb in extremistische „Lagebilder“ miteinbezogen werden.

Box 1: Spielarten des islamistischen Extremismus

Eine trennscharfe begriffliche Differenzierung von Begriffen wie „politischer Islam“, Islamismus, Fundamentalismus, Salafismus und Dschihadismus ist keine einfache Aufgabe. Der Grund hierfür ist, dass diese Begriffe auch in der einschlägigen Forschungsliteratur umstritten sind und sowohl in der Literatur als auch im öffentlichen Diskurs nicht immer konsequent verwendet werden.

Dieser Bericht versteht Islamismus als eine Art von Extremismus, weil er sich als Gegner – und Alternative – zur pluralistischen Gesellschaftsordnung positioniert. Das Ziel von Islamisten ist die Einführung einer vorrangig auf islamischen Prinzipien beruhenden Rechtsordnung, so dass staatliches Handeln und gesellschaftliches Miteinander nicht mehr auf „menschengemachten“, demokratischen oder pluralistischen, sondern göttlichen Prinzipien beruht. Gudrun Krämer spricht in diesem Zusammenhang von einer politischen Ideologie, die eine „islamische Ordnung“ anstrebe, in der „die göttlichen Gebote und Verbote öffentlich wirksam durchgesetzt“ werden.⁵⁴

54 Gudrun Krämer, „Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten“ in Clemens Six, Martin Riesebrodt und Siegfried Haas (Hg), *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung* (Innsbruck: Studienverlag, 2005), S. 186. Siehe auch Ahmet T. Kuru, *Islam, Authoritarianism, and Underdevelopment* (Cambridge: Cambridge University Press, 2019) Andrew F. March, *The Caliphate of Man* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2019); Tilman Seidensticker, *Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen* (München: C.H. Beck, 2014), S. 9; Nina Scholz und Heiko Heinisch, *Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert* (Wien: Molden, 2019), S. 24 f.; Susanne

Zum Islamismus zählt ein weites Spektrum von ideologischen Strömungen und Organisationen. Hierzu zählt beispielsweise der sogenannte Salafismus, eine fundamentalistische Bewegung,⁵⁵ die die vier sunnitischen Rechtsschulen ablehnt und ihr Religionsverständnis des islamischen Glaubens allein auf eine wortwörtliche Rezeption des Koran sowie von Berichten über das Leben Mohammeds und seiner engsten Gefährten (den sogenannten *al-Salaf*) ableitet.⁵⁶ Das Ergebnis ist eine Glaubenspraxis, die sich an den gesellschaftlichen Normen der arabischen Halbinsel im siebten Jahrhundert orientiert und mit dem Leben in einer modernen, pluralistischen Gesellschaft inkompatibel ist.⁵⁷

Gewaltsame Islamisten, die den Umsturz der eigenen Regierungen betreiben und gegen ausländische Einflüsse kämpfen, beziehen sich zur Legitimation meist auf das „Dschihad“-Konzept und werden deshalb von Experten – wie auch im öffentlichen Diskurs – als Dschihadisten bezeichnet.⁵⁸ Nach Janusz Biene et al. ist der Dschihadismus eine „moderne islamistische Ideologie ... nach der Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele theologisch legitim und notwendig ist ... Dies schließt Gewalt gegen „Ungläubige“ (sprich: Nicht-Muslime) bzw. „Abtrünnige“ (sprich: nicht rechtgläubige Muslime) mit ein“.⁵⁹

2.2 Vulnerabilitäten im Migrationsbereich

Nachdem verschiedene Erscheinungsformen des Extremismus typologisiert worden sind, geht es im Rest des Kapitels darum, mittels welcher Vulnerabilitäten Personen mit Migrationshintergrund in solche Strukturen geraten. Im Zentrum steht dabei der Begriff

Schröter, *Im Namen des Islam* [Berlin: Pantheon, 2021]; Hüseyin Yilmaz, *Caliphate Redefined* [Princeton: Princeton University Press, 2018].

55 Siehe Michael O. Emerson und David Hartman, „The Rise of Religious Fundamentalism“, *Annual Review of Sociology*, 32 [2006], S. 127–44. Siehe auch Tilman Nagel, *Die erdrückende Last des ewig Gültigen* [Berlin: Duncker-Humboldt, 2018].

56 Siehe Roel Meijer [Hg.], *Global Salafism: Islam's New Religious Movement* [London: Hurst, 2013].

57 Quintan Wiktorowicz, „Anatomy of the Salafi Movement“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 29[3] [2006], S. 207–39.

58 In der islamischen Theologie hat der Begriff Dschihad unterschiedliche Bedeutungen, doch „Dschihadisten“ assoziieren ihn fast ausschließlich mit [militärischer] Gewalt. Vgl. Nicolas Stockhammer: „Al-Qaida – 20 Jahre danach: Zwischen Abdriften in die Bedeutungslosigkeit, systemischer Konsolidierung und strategischer Resilienz“ in *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies* [JIPSS], 15[2] [2021], S.112–22.

59 Janusz Biene, Christopher Daase, Julian Junk und Harald Müller [Hg.]: *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen* [Frankfurt a. M.: Campus 2016], S. 21 f.; außerdem Omar Ashour: *Post-Jihadism: Libya and the Global Transformations of Armed Islamist Movements*, in: *Terrorism and Political Violence*, 23 [2011], S. 377–397; Daniel Lav: *Radical Islam and the Revival of Medieval Theology* [Cambridge: CUP 2012]; Rüdiger Lohker: *Dschihadismus*. Wien: Facultas WUV 2009.

der Radikalisierung, der den [oftmals langwierigen] Prozess beschreibt, durch den Menschen zu Extremisten werden. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es mittlerweile zahlreiche Modelle und Theorien, die versuchen, diesen Prozess besser zu erklären. Weithin besteht in der einschlägig befassten Forschungsgemeinschaft Konsens darüber, dass es keine einzige „Formel“ gibt, die Radikalisierung in allen Situationen und Zusammenhängen – und für alle Betroffene – gleichermaßen gilt.⁶⁰

Radikalisierung ist in den allermeisten Gesellschaften ein relativ seltenes Ereignis, weshalb alle Erklärungen, die auf Monokausalitäten oder sogenannten Makrofaktoren (also sehr groben Kategorisierungen nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Herkunft, usw.) basieren in der Regel eine hohe Zahl an „falschen Positiven“ produzieren, was heißt, dass für jeden Extremisten, der sich hierdurch beschreiben lässt, eine viel größere Anzahl von Personen existiert, die die gleichen Merkmale aufweist, aber *nicht* zu Extremisten wird.⁶¹ Demzufolge gibt es keinen Beleg dafür, dass Menschen aufgrund bestimmter Attribute dazu „prädestiniert“ seien, Extremisten oder gar Terroristen zu werden. Seriöse Forschung spricht deshalb in der Regeln nicht von „Formeln“ oder „Profilen“, sondern von „Risikofaktoren“, deren Vorhandensein die Wahrscheinlichkeit einer Radikalisierung erhöht, aber keinesfalls voraussagt.⁶²

Basierend auf gängigen Theorien aus den Disziplinen Soziologie und Psychologie lassen sich fünf „Bausteine“ identifizieren, die in Radikalisierungsverläufen eine Rolle spielen:⁶³

- Ausgangspunkt für jede extremistische Bewegung ist ein gesellschaftlicher Konflikt oder eine Konfliktlinie, die bei Individuen für *Frustration* sorgt und eine persönliche Krise auslösen kann. Dies ist die Grundlage für eine sogenannte „kognitive Öffnung“, durch die die Bereitschaft steigt, mit extremen Ideen- und Wertesysteme zu experimentieren.
- Ein zweiter Baustein sind *emotionale Bedürfnisse*, die besonders während des Erwachsenwerdens eine wichtige Rolle spielen, aber von der Gesellschaft nicht immer

60 Siehe u. a. Peter R. Neumann, „Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht“ in Jana Kärgel (Hg.), *„Sie haben keinen Plan B“: Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention* [Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017], S. 47–8. Siehe auch Arie Kruglanski et al., *The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives and Network* [Oxford: Oxford University Press, 2019]; Elias Canetti, *Masse und Macht* [Hamburg: Claassen, 1960]; René Girard, *Figuren des Begehrens: Das Selbst und der Andere in der fiktionalen Realität* [Berlin: LIT, 1999].

61 Vgl. Daniela Pisoïou et al., „Factors of Individual Radicalization into Extremism, Violence and Terror: the German Contribution in a Context“, *International Journal of Conflict and Violence*, 14[2] [2020].

62 Neumann, „Was wir über“, S. 50.

63 Siehe *ibid.* Siehe hierzu auch Randy Borum, „Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories“, *The Journal of Strategic Security*, 4[4] [2011], S. 7–36; Randy Borum, „Radicalization into Violent Extremism II: A Review of Conceptual Models and Empirical Research“, *The Journal of Strategic Security*, 4[4] [2011], S. 37–62; Anja Dalgaard-Nielsen, „Studying Violent Radicalisation in Europe II: The Potential Contribution of Socio-Psychological and Psychological Approaches“, *DIIS Working Paper*, 3/2008; <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/84593/1/DIIS2008-03.pdf>.

erfüllt werden. Hierbei geht es beispielsweise um das Verlangen nach Gemeinschaft, Bedeutung, Abenteuer und Identität.

- Damit aus Unmut und Drang [politisch oder religiös motivierter] Extremismus wird, sind *Ideen oder politische Ideensysteme* (Ideologien) notwendig, die Frustrationen und emotionale Bedürfnisse in ein politisches Projekt umlenken.
- Die meisten Radikalisierungsverläufe sind *soziale Prozesse*, das heißt, dass ihr Verlauf durch andere Personen beeinflusst wird: „im Positiven durch Liebe ... Verpflichtung und Attraktion; im Negativen durch Zwang, Furcht und Druck“. Auch in virtuellen Milieus und bei vermeintlichen Einzeltätern lassen sich solche Prozesse beobachten.
- *Gewalt* ist nicht nur Konsequenz, sondern kann auch Ursache von Radikalisierung sein. Hierbei gibt es verschiedene Zugänge: die persönliche Erfahrung von Gewalt und hieraus resultierende Traumata; die „Normalisierung“ von Gewalt als Heranwachsender; oder „indirekt“ erfahrene Gewalt über eine Identitätsgruppe.⁶⁴

Eine von Sozialwissenschaftlern häufig gebrauchte Methode, um solche Faktoren zu „sortieren“, ist die Kategorisierung nach sogenannten Push- und Pull-Faktoren. Mit Push-Faktoren sind im Radikalisierungskontext Umstände gemeint, die die „Nachfrage“ oder Ansprechbarkeit für extremistische Orientierungen oder Wertesysteme vergrößern, wohingegen Pull-Faktoren das „Angebot“, die Existenz und/oder Erreichbarkeit von extremistischen Akteuren oder Inhalten beschreiben. Natürlich ist theoretisch vorstellbar, dass es auch dann zu einer (punktuellen) Radikalisierung kommt, wenn nur eine Seite der „Gleichung“ präsent ist oder sowohl Angebots- als auch Nachfragefaktoren nur schwach ausgeprägt sind. Doch die (plausible) Annahme ist, dass Radikalisierung wahrscheinlicher wird, wenn Angebot und Nachfrage aufeinandertreffen und gleichgerichtet sind, und dass „mehr“ Radikalisierung möglich ist, wo sowohl Nachfrage als auch Angebot stark ausgeprägt sind. Prävention zielt in der Regel darauf ab, die Ansprechbarkeit für Radikalisierung zu verringern, während sich repressive Maßnahmen auf die Verringerung des Angebots konzentrieren.⁶⁵

In diesem Bericht wenden wir dieses Modell konsequent auf den Migrationsbereich in Österreich an (siehe Tabelle 2). Unsere Annahme ist, dass Personen mit Migrationshintergrund durch bestimmte Erfahrungen (sei es im Herkunftsland, durch die Migration selbst oder in der Aufnahmegesellschaft) oder kollektive Erinnerung an solche Erfahrungen über Attribute verfügen, die sie von Nicht-Migrations-Communitys unterscheiden und potenziell für Radikalisierungsverläufe relevant sein können. Auf beiden Seiten – Ansprechbarkeit und Angebot – haben wir dabei jeweils drei Faktoren identifiziert, die im Folgenden ausführlicher beschrieben werden. Auf der Ansprechbarkeitsseite sind dies: unterschiedliche Einstellungen und Prägungen; Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen; Identitätskonflikte. Auf der Angebotsseite geht es um: den Zugang zu ex-

64 Neumann, „Was wir über“, S. 48–50.

65 Neumann, „Radikalisierung, Deradikalisierung“.

tremistischen Ideen und Doktrinen; das Vorhandensein extremistischer Akteure und Organisationen; und die Präsenz und Bedeutung ausländischer Konflikte.

Tabelle 2: Push- und Pull-Faktoren

Extremistische Nachfrage/Ansprechbarkeit durch...	Extremistisches Angebot durch...
<ul style="list-style-type: none"> * Unterschiedliche Einstellungen und Prägungen * Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen * Identitätskonflikte, besonders bei „zweiter Generation“ 	<ul style="list-style-type: none"> * Verfügbarkeit extremistischer Ideen und Doktrinen * Präsenz extremistischer Akteure und Organisationen * Salienz von ausländischen Kriegen und Konflikten

Ansprechbarkeit

Nicht alle der in diesem Abschnitt diskutierten Faktoren lassen sich einfach voneinander trennen. Soziale Realitäten sind voller Wechselwirkungen und damit viel komplexer und „unordentlicher“ als im Rahmen dieses Berichts ausgeführt werden kann. Das gilt insbesondere für Ansprechbarkeitsfaktoren, die in der politischen Debatte oftmals gegeneinander ausgespielt werden.

Die erste Hypothese lautet, dass Migranten eher für Radikalisierung ansprechbar sind, weil ihre politische und kulturelle Prägung oftmals in nicht-pluralistischen Gesellschaften stattgefunden hat und sie deshalb Prägungen aufweisen, die mit dem Leben in pluralistischen Gesellschaften schwerer zu vereinbaren sind. Besonders drei Bereiche werden in diesem Zusammenhang immer wieder erwähnt. Der erste sind Einstellungen zur Demokratie, speziell die Tatsache, dass viele Immigranten aus autoritären Systemen stammen, in denen es keine Tradition der freien Meinungsäußerung, keine Debatten- und Konsenskultur und eine geringere Toleranz für Andersdenkende oder Pluralität in der Interessenauseinandersetzung gibt. Der zweite Bereich sind kulturelle Prägungen. Hierbei geht es meist um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Freiheit sexueller Orientierung, Rechte von (religiösen und ethnischen) Minderheiten sowie Antisemitismus. Ein dritter Bereich sind Einstellungen zur Gewalt. In diesem Zusammenhang wird häufig eine stärkere Orientierung an (gewaltsamen) Autoritätspersonen, die Prägung durch Kriegs- und Konflikterfahrungen sowie eine größere Akzeptanz für Selbstjustiz häusliche Gewalt und Erziehung mittels Gewalt in den jeweiligen Herkunftsländern und -kulturen genannt.⁶⁶

66 Siehe, zum Beispiel, Leonie Herwartz-Emden und Josef Strasser, „Interkulturalität und Sozialisation“ in Petia Genkova et al. (Hg.), *Handbuch Stress und Kultur* (Wiesbaden: Springer, 2013), S. 361–80; Katrin Brettfeld und Peter Wetzels, *Muslimen in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und religiös motivierter Gewalt* (Berlin: Bundesministerium des Innern, 2007); Wolfgang Frindte, Klaus Boehnke et al., *Lebenswelten junger Muslimen in Deutschland* (Berlin: Bundesministerium des Innern, 2012); Mathias Rohe, *Der Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme* (München: C.H. Beck, 2018).

Auch wenn Unterschiede in den Einstellungen oder Haltungen in all diesen Bereichen mittlerweile wissenschaftlich robust nachgewiesen wurden, erfordern diese eine differenzierte Bewertung, denn erstens trifft dies nicht – oder zumindest nicht gleich stark – auf alle Einwanderungsgruppen gleichermaßen zu; und zweitens lassen sich auch in nicht-eingewanderten Bevölkerungsschichten vielfach, wenn auch meist weniger stark, Skepsis gegenüber demokratischen Werten, Vorbehalte gegenüber der Gleichberechtigung, sowie Vorurteile gegenüber Minderheiten und Antisemitismus finden. Was Einstellungen zur sexuellen Orientierung betrifft, so haben sich diese erst in den letzten Jahrzehnten liberalisiert.⁶⁷ Auch wäre es ein Fehler, solche Unterschiede monokausal auf „den Islam“ zurückzuführen – nicht nur, weil es den „einen Islam“ (bei weltweit über 1,5 Milliarden Muslimen) gar nicht gibt, sondern weil sich ablehnende Einstellungen zu Gleichberechtigung, Homosexualität genauso bei nicht-islamischen, nicht-religiösen oder atheistischen Einwanderern identifizieren lassen.⁶⁸ Einstellungen sind zwar hartnäckig, aber nicht unbedingt statisch, und wie gerade Deutsche sowie Österreicher in ihrer jüngeren Geschichten gezeigt haben, sind auch westliche Gesellschaften unter bestimmten Bedingungen sehr schnell bereit, sich pluralistische Werte anzueignen (oder diese abzulegen). Nicht zuletzt können kulturelle Prägungen auch ein „schützender“ Faktor sein: Eine starke Verwurzelung in den traditionellen Werten der Herkunftsgesellschaft kann moderne Formen des Extremismus möglicherweise weniger attraktiv machen.

Die zweite Hypothese ist, dass die Ansprechbarkeit für Extremismus durch Ablehnungs- und Ausgrenzungserfahrungen steigt.⁶⁹ Hierbei geht es nicht ausschließlich um staatliche Diskriminierung, sondern auch – und vor allem – Alltagserfahrungen, die suggerieren, dass Migranten trotz der politischen Rhetorik nicht dieselben Chancen genießen wie Nicht-Eingewanderte, dass gewisse Rechte und Freiheiten nur eingeschränkt gelten, und dass die Gesellschaft in der Praxis nicht so tolerant, offen und vorurteilsfrei ist wie ihre Repräsentanten gerne von sich behaupten. Hierdurch, so die Argumentation, entstehe bei Personen mit Migrationshintergrund der Eindruck, man könne „niemals dazugehören“, was wiederum zu Feindseligkeit gegenüber der Gesellschaft und zur Nachfrage nach neuen, alternativen Identitäten führe.⁷⁰

67 Siehe Alan Yang, „Trends: Attitudes Towards Homosexuality“, *Public Opinion Quarterly*, 61(3) [1997], S. 477–507.

68 Siehe Magdalena Nowicka und Katarzyna Wojnicka, „Wie blicken Jugendliche mit Migrationsgeschichte auf Homosexualität?“, *DeZIM Research Notes*, September 2021; https://dezim-institut.de/fileadmin/Publikationen/Research_Notes/DeZIM_Research_Notes_07_210908_web.pdf.

69 Siehe, zum Beispiel, Basia Spalek, „Disconnection and Exclusion: Pathways to Radicalisation?“ in Tahir Abbas (Hg.), *Islamic Political Radicalism: A European Perspective* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2007), S. 192–206. Zu Ablehnungserfahrungen, siehe auch Peter Ulram, *Integration: Einstellungen, Orientierungen, Erfahrungen* (Wien: Bundesministerium für Inneres, 2007); Rohe, *Der Islam*. Konträr zu dieser Annahme steht eine Studie, die diesen Zusammenhang zumindest in Teilen bestreitet; siehe Kenan Güngör und Caroline Nik Nafs, „Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen & abwertende Einstellungen“, *Stadt Wien*, April 2016.

70 Siehe Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West* (London: Rowman and Littlefield, 2005). Für den umgekehrten Standpunkt, siehe Aladin el-Mafaalani, *Das Integrationsparadox*

Und in der Tat: Es gibt Studien, die beispielsweise zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund ihres Namens und/oder Aussehens bei gleichen Qualifikationen geringere Chancen auf Jobs haben, dass sie bei der Wohnungssuche häufiger zurückgewiesen werden, und dass sie häufiger mit Ablehnungserfahrungen mit Alltag (zum Beispiel beim Zutritt zu Diskotheken oder Restaurants) konfrontiert sind.⁷¹ Diese Ablehnungserfahrungen fallen meist noch stärker aus, wenn Menschen sicht- oder hörbar als Personen mit Migrationshintergrund erkennbar sind, zum Beispiel durch einen ausländischen Akzent oder ihre Bekleidung. Auch staatliches Handeln kann hierzu beitragen, etwa durch sogenanntes „Profiling“ oder anlassunabhängige Kontrollen, die allein auf dem Aussehen einer Person beruhen und dadurch den Eindruck vermitteln, bestimmte Menschengruppen seien allein aufgrund ihrer vermutlich ausländischen Herkunft potentielle Straftäter oder gar Terroristen.⁷²

Obwohl es also kaum Zweifel gibt, dass solche Ausgrenzungserfahrungen existieren, und dass sie erfolgreicher Integration genauso zuwiderlaufen wie „mangelnder Integrationswille“, sind ihre Ursachen und Dynamiken nach wie vor kontrovers. Skeptiker etwa behaupten, dass Rassismus und Diskriminierung in westeuropäischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten rapide abgenommen hätten, und dass die Wahrnehmung von „Ausgrenzung“ deshalb stärker von der öffentlichen Debatte beeinflusst würden als von ihrer objektiven Realität.⁷³ Auch ist unklar, was zu einem Ansteigen oder einer Abnahme gesellschaftlicher Ausgrenzung führt. Sind es bestimmte Ereignisse (zum Beispiel terroristische Anschläge)? Ist es die Anzahl und/oder Dichte von Personen mit Migrationshintergrund an einem bestimmten Ort? Das Ausmaß an gesellschaftlicher Polarisierung? Oder die Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund in den Medien?

Eine dritte Hypothese ist, dass Angehörige der sogenannten „zweiten Generation“ besonders stark unter Identitätskonflikten leiden und dadurch für neue und – in einigen Fällen – der Gesellschaft gegenüber feindseligen Ideologien ansprechbar werden. Dieser Ansatz, der fast ausschließlich im Kontext muslimischer Immigration diskutiert wird, kombiniert Elemente der beiden zuvor genannten Hypothesen. Sie argumentiert, dass die Kinder von Migranten – im Gegensatz zu ihren Eltern – oftmals keine Gesellschaft hätten, die sie vollständig akzeptiere. In den Herkunftsländern ihrer Eltern gälten sie als „Europäer“ und hätten Schwierigkeiten mit Sprache und Kultur, während sie in Europa als „Ausländer“ beschimpft würden und niemals das Gefühl bekämen, wirklich „dazugehören“. Mit anderen Worten: Als Nachkommen der „ersten Generation“ sind sie nach wie vor „unterschiedlich genug“, um in Europa als „fremd“ oder „anders“ identifiziert zu

[Köln: KiWi, 2018].

71 Siehe Helmut Hofer, Germinde Titelbach, Doris Weichselbaumer und Rudolf Winter-Ebmer, „Diskriminierung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt“, *IHS*, Dezember 2013.

72 Siehe „Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Ineffective, and Discriminatory“, *Open Society Justice Initiative*, 2009; https://www.justiceinitiative.org/uploads/8cef0d30-2833-40fd-b80b-9efb17c6de41/profiling_20090526.pdf.

73 Nina Hansen, „Die Verarbeitung von Diskriminierung“ in Andreas Beelmann, Wolfgang Beywl und Carlo Fabian (Hg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* [Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009].

werden, aber gleichzeitig „integriert genug“, um sich eine Rückkehr ins Herkunftsland ihrer Eltern nicht mehr vorstellen zu können. Die Identitätsfindungsprozesse, die sich während des Erwachsenwerdens abspielen, sind für diese Personengruppe besonders schwierig, denn sie berühren meist komplexe politische und religiöse Fragen („Was bedeutet es, Muslim zu sein?“), die sich Nicht-Eingewanderten weniger häufig oder intensiv stellen. Extremistische Wertesysteme und Denkweisen, die solche Fragen klar und ohne jeden Zweifel beantworten, können deshalb attraktiv erscheinen.⁷⁴

Besonders während der 2000er und frühen 2010er Jahre, als sich viele Angehörige der „zweiten Generation“ salafistischen Gruppen anschlossen und einige hiervon zu Terroristen wurden, genoss die Identitäts-Hypothese große Popularität. Doch genauso wie die zwei anderen Hypothesen ist sie eine Makro-Erklärung, die eine große Anzahl von „falschen Positiven“ produziert: Wenn jeder junge Europäer mit Migrationshintergrund, der unter Identitätskonflikten leidet, zum Extremisten würde, wäre das Problem riesig. Wie die anderen Ansätze ist deshalb auch diese Hypothese – auf sich allein gestellt – nicht ausreichend oder präzise genug, um zu erklären, wie ein antipluralistisches Weltbild entsteht.

Angebot

Mit sogenannten Angebotsfaktoren versuchen wir zu erklären, durch welche Mechanismen oftmals diffuse Frustrationen und emotionale Bedürfnisse in ein extremistisches „Projekt“ gelenkt werden. Die erste Hypothese lautet, dass Radikalisierung wahrscheinlicher wird, wenn Personen extremistischen Ideen oder Doktrinen ausgesetzt sind. Grundlage hierfür ist die Annahme, dass Frustrationen oder unbefriedigte emotionale Bedürfnisse in jeder Gesellschaft weit verbreitet sind und zu einer ganzen Reihe unterschiedlicher Reaktionen führen können, von denen die meisten harmlos – oder zumindest unpolitisch – sind. Erst durch Ideen wird demzufolge aus diffusen Gefühlen des Unmuts oder des Drangs ein politisches Projekt.⁷⁵

Ob – und welche – Ideen Resonanz erzeugen, kommt darauf an, welchen Inhalt sie haben – konkret: ob sie mit den aufgeworfenen Fragestellungen korrespondieren – und wie sie präsentiert (oder „geframt“) werden. Wie bereits in der Einleitung angedeutet, geht es bei jedem [extremistischen] Ideensystem darum, Probleme zu artikulieren und Schuldige zu identifizieren [diagnostische Funktion], eine positive Vision oder Utopie zu formulieren [prognostische Funktion] und zur persönlichen Beteiligung zu motivieren [motivierende Funktion]. Besonders bei der Diagnose des Problems ist „Framing“ entscheidend, denn Resonanz ist unwahrscheinlich, wenn eine Person die angesprochenen

⁷⁴ Olivier Roy, *Globalised Islam: The Search for a New Ummah* (London: Hurst, 2002); Marc Sageman, *Leaderless Jihad: Terror Networks in the Twenty-First Century* (Philadelphia: Pennsylvania University Press, 2008).

⁷⁵ Siehe David A. Snow und Robert D. Benford, „Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization“, *International Social Movement Research*, 1 [1988], S. 197–218; Robert D. Benford und David A. Snow, „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, *Annual Review of Sociology*, 26 [2000], S. 611–39.

Probleme nicht versteht oder sich nicht mit ihnen identifizieren kann. Bei Personen mit Migrationshintergrund macht es deshalb aus extremistischer Perspektive Sinn, Gefühle der Ausgrenzung, Fremdheit und Identitätskonflikte zu artikulieren und hieraus die Problembeschreibung („Sie hassen dich, weil du Muslim bist“) zu entwickeln.⁷⁶

Ideen können in allen möglichen Medien transportiert werden. Klassisch sind dies Bücher, Zeitschriften, Flugblätter und Videos, die in Geschäften, auf Ständen in der Fußgängerzone, bei Aktionen oder durch persönliche Ansprache verteilt werden. Dass dies in den letzten Jahren – dem allgemeinen Eindruck nach – weniger häufig zu beobachten ist, hat vermutlich mit dem Internet zu tun, über das sich Ideen in jeglicher Form und in jeglichem Umfang nahezu kostenfrei, in jeder Sprache und über große Distanzen verbreiten lassen. Darüber hinaus bietet das Internet aus extremistischer Sicht zwei entscheidende Vorteile. Erstens vermittelt es das Gefühl der Anonymität, wodurch es für Angesprochene weniger riskant wird, mit vermeintlich „gefährlichen“ Ideen zu experimentieren.⁷⁷ Und zweitens ermöglicht das Internet nicht nur passiven Konsum, sondern die aktive – wenn nicht sogar, interaktive – Auseinandersetzung, denn Ideenvermittlung auf dem Internet besteht nicht nur aus dem Herunterladen von Büchern, Propagandamaterial oder dem Anschauen von Videos, sondern auch – und oftmals zur selben Zeit – aus Dialog und Diskussion mit Gleichgesinnten.⁷⁸

Ein zweiter Ansatz betont die Rolle von bestimmten Akteuren. Hierbei geht es meist um (ursprünglich ausländische) Organisationen, die in bestimmten Communitys verankert sind und Migranten oftmals als Anlaufpunkt dienen. Solche Organisationen dienen als Treffpunkte, sie ermöglichen soziale Kontakte und unterstützen Hilfsbedürftige bei Amtsgängen oder in sozialen Notlagen. In einigen Fällen haben sie auch eine religiöse Komponente. Gerade für „Neuankömmlinge“ sind derartige Organisationen attraktiv, denn sie bieten ein Umfeld ohne Ausgrenzung, Sprachbarrieren und Vorurteile. Kurzum: Sie vermitteln das Gefühl von Vertrautheit in einer (noch) fremden Gesellschaft. Die Propagierung extremistischer Inhalte spielt dabei oftmals nur eine Nebenrolle. Doch im Laufe der Zeit, so die Hypothese, absorbieren die Beteiligten Ethos und soziale Praktiken und vergrößern damit die Reichweite der Organisation und ihrer Ideen, so dass staatliche Akteure nicht umhinkommen, als ihren Einfluss zur Kenntnis zu nehmen.

Genauso bedeutend können Individuen sein, die nur lose mit bestimmten Organisationen verbunden sind. Der Begriff „Hassprediger“, der oftmals in den Medien verwendet wird, verkürzt dabei ihren Modus Operandi. Solche Personen sind zwar häufig „laut“ und machen aus ihren extremistischen Ansichten kein Geheimnis, doch ihr Erfolg beim Rekrutieren junger Anhänger – oft Angehörige der „zweiten Generation“ – ist ihr vermeint-

76 Peter R. Neumann, *Der Terror ist unter uns: Dschihadismus und Radikalisierung in Europa* (Berlin: Ullstein, 2016), S. 80–98.

77 Siehe John Suler, „The Online Disinhibition Effect“, *Cyber Psychology and Behavior*, 7(3) (2004), S. 321–6.

78 Siehe Till Baaken und Linda Schlegel, „Fishermen or Swarm Dynamics? Should We Understand Jihadist Online Radicalization as a Top-Down or Bottom-Up Process?“, *The Journal of De-Radicalization*, 13 (2017), S. 178–212.

liches Charisma, die Wahrnehmung religiöser Autorität und die Hingabe, mit der sie eine Art „Ersatzfamilie“ konstruieren, in der sie selbst die Rolle der Vaterfigur spielen. Ihre angebliche Authentizität und Glaubwürdigkeit ist dabei Teil des „Framings“, mit dem extremistische Botschaften an die Anhänger vermittelt werden. Die scheinbar geringe Zahl von Anhängern, die hierfür ansprechbar sind, sollte nicht über ihren Einfluss hinwegtäuschen. Extremistischen Predigern ist es durch jahrelanges Engagement vielerorts gelungen, veritable Netzwerke aufzubauen, die mitunter bei der Rekrutierung für gewaltsamen Extremismus eine wichtige Rolle spielen. Wegen ihres öffentlichen Profils und der Aufmerksamkeit, die sie selbst in Mainstream-Medien erfahren, haben sie häufig auch eine signifikante Präsenz – und Anhängerschaft – in den sozialen Medien.⁷⁹

Laut der dritten Hypothese lassen sich Personen mit Migrationshintergrund im besonderen Maße über ausländische Konflikte und Kriege für den Extremismus mobilisieren. Das liegt zum einen daran, dass besonders Flüchtlinge und Asylbewerber oftmals selbst unter den Konsequenzen dieser Kriege gelitten haben oder nach wie vor Familie und Freunde in den Konfliktländern haben. Zum anderen bestehen Diaspora-Communities in einigen Fällen aus Personen, die entweder selbst Fluchterfahrungen gemacht haben oder deren Vorfahren wegen solcher Erfahrungen ihre Herkunftsländer verlassen haben. Hinzu kommt, dass Konfliktlinien, die in der alten Heimat bestanden, manchmal in die neue Heimat „mitgebracht“ werden, wie etwa jene zwischen Türken und Kurden oder zwischen Sunniten und Aleviten aus der Türkei. Ausländische Konflikte – oder die Erinnerung hieran – sind so gesehen ein ständiger Anknüpfungspunkt, der Personen mit Migrationshintergrund zusammenbringt und es ihnen ermöglicht, sich für ein gemeinsames Anliegen zu engagieren.⁸⁰ Zur Radikalisierung trägt dies bei, wenn solches Engagement zur Unterstützung extremistischer Organisationen im Ausland führt, gewaltsame Konflikte im Inland verursacht oder eine über den Konflikt hinausgehende extremistische Agenda vermittelt.

Ein besonderer Fall sind sogenannte Auslandskämpfer, die sich als Mitglieder oder Unterstützer extremistischer Organisationen an ausländischen Konflikten beteiligen. Ihre Zahl hat in den letzten Jahren – nicht zuletzt durch den Syrien-Konflikt – dramatisch zugenommen. Rekruten sind in der Regel nicht Mitglieder der jeweiligen Diaspora-Community, sondern Anhänger transnationaler Ideologien, die über keine persönliche Verbindung zum Konflikt verfügen und in den meisten Fällen das betreffende Land noch nie besucht haben. Dennoch ist es in erster Linie der Krieg und – hiermit verbunden – das Gefühl, dass Mitglieder der eigenen Identitätsgruppe einer „existentiellen Bedrohung“ ausgesetzt sind, der zur Mobilisierung und fortgesetzten Radikalisierung führt. Dies kann problematisch sein, da sogenannte „Rückkehrer“ aus solchen Konflikten in vielen Fällen nicht nur über ausgedehnte extremistische Netzwerke verfügen, sondern

79 Siehe Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West* (London: Rowman & Littlefield, 2005); Alexander Meleagrou-Hitchens, *Incitement: Anwar Al-Awlaki's Western Jihad* (Cambridge; MA: Harvard University Press, 2020); Angelica Gendron, „The Call to Jihad: Charismatic Preachers and the Internet“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 40[1] (2017), S. 44–61.

80 Bruce Hoffman et al., *The Radicalization of Diaspora Communities* (Santa Monica, CA: RAND, 2007).

durch die Kriegserfahrung im hohen Maße „brutalisiert“ und/oder „traumatisiert“ sind. Bei ihnen besteht eine vergleichsweise größere Gefahr, dass sie nach ihrer Rückkehr zum „gewaltsamen Extremismus“ neigen.⁸¹

2.3 Fazit

In diesem Kapitel wurden verschiedene theoretische „Werkzeuge“ dafür entwickelt, wie sich Extremismus in Migrations-Communitys besser erkennen und verstehen lässt. Zuerst ging es darum, wie sich Extremismus manifestiert. Die von uns entwickelte Typologie unterscheidet nach der Einstellung zur Gewalt, dem Verhältnis gegenüber Staat und Gesellschaft sowie der extremistischen Identität von Unterstützern. Die hieraus resultierenden Typen lassen sich als „gewaltsamer Extremismus“, „aktiv[istisch]er Extremismus“ und „passiver Extremismus“ zusammenfassen. Im Zuge der Erstellung der Lagebilder wird es diese Analysematrix ermöglichen, systematisch nach bestimmten Erscheinungsformen zu suchen und diese entsprechend einzuordnen.

Im zweiten Teil des Kapitels wurde ein Modell dafür entworfen, welche Vulnerabilitäten speziell im Migrationsbereich existieren. Unser Ziel ist, besser einschätzen zu können, ob innerhalb bestimmter Communitys ein Radikalisierungspotential existiert. Dabei wird zwischen sogenannten Nachfrage- und Angebotsfaktoren unterschieden, die mit der Unterteilung in Push- und Pull-Faktoren korrespondiert. Hiermit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich um Risikofaktoren handelt, deren Aufeinandertreffen das Radikalisierungspotential erhöht. In unserer empirischen Forschung werden wir deshalb nach Hinweisen auf die Präsenz solcher Faktoren suchen. Konkret: Kommt es zu Konflikten, die auf unterschiedlichen Einstellungen und Prägungen beruhen? Gibt es Hinweise auf Ausgrenzungs- und Ablehnungserfahrungen? Spielen Identitätskonflikte eine Rolle? Welchen Zugang haben Communitys zu extremistischen Ideen und Akteuren, und welche Bedeutung spielen ausländische Kriege und Konflikte?

Mit Hilfe dieser „Werkzeuge“ lässt sich für jede der vier im empirischen Teil untersuchten Migrations-Communitys eine ausführliche Analyse erstellen, die zielgerichtet sowohl Erscheinungsformen des Extremismus als auch das Potential für Radikalisierung erfasst. Da es sich um eine Explorativstudie handelt, können – und sollten – die hierfür entwickelten Instrumente auch in anderen Kontexten und auf andere Communitys angewandt werden. Dies würde auch zu einer weiteren Vergleichbarkeit beitragen. Die Methoden, die dabei zum Einsatz kamen, werden im nächsten Kapitel beschrieben.

81 Thomas Hegghammer, „Should I Stay or Should I Go? Explaining Variation in Western Jihadists' Choice between Domestic and Foreign Fighting“, *American Political Science Review*, 107(1) (2013), S. 1–15; David Malet, *Foreign Fighters: Transnational Identity in Civic Conflict* (Oxford: Oxford University Press, 2013).

3. Methodik

Dieses Kapitel erklärt, unter Anwendung welcher Methoden das Lagebild erstellt wurde. Es konzentriert sich auf drei entscheidende Schritte im Forschungsprozess, nämlich [1] Fallauswahl, [2] Datenerhebung und [3] Datenauswertung. Bei jedem dieser Schritte wurde darauf geachtet, dass alle Entscheidungen sowohl zielgerichtet als auch nachvollziehbar und ethisch vertretbar waren. Zusätzlich zur Methodik beschreibt dieses Kapitel deshalb Stärken und Schwächen sowie die Abwägungsprozesse, aus denen das Forschungsdesign entstanden ist.

3.1 Fallauswahl

Eine der ersten Fragen, die mit den Auftraggebern der Studie diskutiert wurde, war, welche Migrations-Communitys in das Lagebild miteinbezogen werden sollten. Laut dem zur Zeit der Studienkonzeption aktuellsten *Statistisches Jahrbuch: Migration und Integration* waren in Österreich zum 1. Jänner 2021 20 Gruppen von mindestens 10 000 ausländischen Staatsangehörigen gemeldet: 208 732 Deutsche, 131 824 Rumänen, 121 990 Serben, 117 580 Türken, 96 990 Bosnier, 91 395 Ungaren, 89 007 Kroaten, 65 504 Polen, 55 732 Syrer, 45 362 Slowaken, 44 002 Afghanen, 34 266 Italiener, 34 241 Bulgaren, 33 340 Russen, 26 339 Kosovaren, 24 565 Nordmazedonier, 22 280 Slowenen, 14 925 Iraner, 14 639 Tschechen und 13 486 Chinesen.⁸² Die Erstellung von individuellen Lagebildern für *all* diese Communitys hätte den zeitlichen und finanziellen Rahmen dieser Studie gesprengt, und deshalb war von Anfang an klar, dass im Rahmen der vorliegenden Untersuchung eine Beschränkung auf vier dieser Communitys erfolgen musste.

Im ersten Schritt schlossen wir alle EU-Migrations-Communitys (Deutschland, Rumänien, Ungarn, Kroatien, Polen, Slowakei, Italien, Bulgarien, Slowenien und Tschechien) aus, da es bei keiner hiervon Anzeichen für gegen Österreich gerichtete Extremismus-Phänomene gibt. Bei der Auswahl unter den zehn verbliebenen Communitys waren Größe und Extremismus-Relevanz die entscheidenden Kriterien. So entschied sich das Forscherteam für die Türkei und schuf mit „Westbalkan“ eine Übergruppe, in der die Communitys der Bosniaken (Bosnien-Herzegowina und der serbische Sandschak) sowie Albaner (Kosovo, Nordmazedonien und Albanien) zusammengefasst wurden. Eine weitere Übergruppe ist „arabischer Raum“, die neben Syrien eine Reihe kleinerer arabischer Communitys umfasst (zum Beispiel Irak, Ägypten, Tunesien, Marokko, Algerien und Libanon). Bei der Entscheidung über die vierte Fallstudie war ausschlaggebend, dass die Migrations-Community aus dem russischen Nordkaukasus im Hinblick auf Extremis-

⁸² „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 29.

mus – insbesondere die Mobilisierung von terroristischen Auslandskämpfern für den sogenannten Islamischen Staat – im vergangenen Jahrzehnt eine herausragende Rolle gespielt haben.⁸³ Statt Afghanistan entschied sich das Team deshalb für Nordkaukasus.

Alle vier Fallstudien – Türkei, Westbalkan, arabischer Raum und Nordkaukasus – basieren auf geographischen Räumen, nicht notwendigerweise Staaten oder ethnischen, linguistischen oder religiösen Gruppen. Dies bedeutet, dass es in den jeweiligen Lagebildern nicht zwangsläufig nur um eine Form des Extremismus geht – obwohl klar war, dass der Phänomenbereich islamistischer Extremismus in allen vier Fallstudien eine bedeutende Rolle spielen würde und gegen Österreich gerichtete Formen des Extremismus Priorität haben sollten.

Wie bei allen Konstellationen der Fallauswahl handelte es sich bei der Entscheidung für die vier in dieser Studie behandelten Fallstudien um eine Abwägungsentscheidung. Gerade vor dem Hintergrund der kurz vor der Beendigung der empirischen Phase der Studie eingetretenen Machtübernahme durch die Taliban wäre im Rückblick die Berücksichtigung der afghanischen Community nicht nur sachlich vertretbar, sondern hochinteressant gewesen. Deshalb ist explizit zu betonen, dass es sich bei dieser Studie nicht um eine vollständige Abbildung sämtlicher Extremismus-Phänomene in österreichischen Migrations-Communitys handelt, sondern lediglich um eine *Explorativstudie*, also eine erste, beispielhafte Darstellung anhand der vier oben genannten Communitys. Sofern gewünscht, kann die explorative Bestandsaufnahme in Zukunft durch weitere Lagebilder ergänzt werden.

3.2 Datenerhebung

Das Ziel der vorliegenden Studie bestand darin, Erscheinungsformen des Extremismus und Radikalisierungspotentiale innerhalb ausgewählter Migrations-Communitys zu beschreiben. Dies erfolgte mittels einer qualitativen Analyse, die sich auf eine Reihe von Quellen stützt, die miteinander „trianguliert“ wurden. Hierzu gehörten insbesondere: relevante Sekundärliteratur, Medienberichte, öffentlich zugängliche Regierungsdokumente und Veröffentlichungen (zum Beispiel Verfassungsschutzberichte), sowie 48 semi-strukturierte Interviews mit Experten sowie Mitgliedern der jeweiligen Communitys. Da die Erhebung der ersten drei Quellenarten leicht nachvollziehbar ist, geht es in diesem Abschnitt vor allem um die Interviews und deren Durchführung.

83 Siehe Daniela Pisoiu, „Jihadistische Netzwerke und die Diaspora“, Arbeitspapier 102, Österreichisches Institut für Internationale Politik, September 2018; https://www.oii.ac.at/cms/media/arbeitspapier_102_jihadistische_netzwerke.pdf.

Übersicht über den Interviewprozess

Die semi-strukturierten Interviews lieferten wichtige Informationen über Erscheinungsformen und Radikalisierungspotentiale innerhalb der vier Communitys und ergänzten damit das Wissen, das aus der Sichtung anderer Quellen gewonnen worden war. Wie bereits im Einleitungskapitel erwähnt, sind die Interviews kein repräsentatives Abbild der Meinungen und Ansichten innerhalb der vier Communitys, und dies war weder Anspruch noch Zweck der Befragungen. Die zugrundeliegende Absicht war, Menschen zu interviewen, die aus unterschiedlichen Perspektiven direkte Erfahrungen mit den jeweiligen Communitys haben und damit zur Einschätzung extremistischer Tendenzen und ihres Potentials beitragen können.

Der ursprüngliche Plan war, für jede der vier Communitys zwölf Gesprächspartner zu gewinnen. Hierfür kamen folgende Personengruppen (beiderlei Geschlechts) in Frage: Forscher und Journalisten, die sich in ihrer Arbeit mit den jeweiligen Communitys beschäftigt haben; Vertreter von Sicherheitsbehörden, speziell Polizei und Verfassungsschutz; Vertreter anderer Behörden und des öffentlichen Sektors, also beispielsweise Sozial- und Jugendarbeiter, Gefängnisbetreuer sowie Lehrer; und Mitglieder der jeweiligen Communitys. Diese Gesprächspartner wurden mittels existierender Kontakte sowie dem Schneeballsystem [Empfehlungen und Kontakte von bereits kontaktierten Gesprächspartnern] identifiziert. Hierdurch gelang es uns, mit zehn Wissenschaftlern und Journalisten, sieben Vertretern von Sicherheitsbehörden, 12 Vertretern anderer Behörden und des öffentlichen Sektors sowie 19 Mitgliedern der Communitys zu sprechen. Insgesamt wurden also 48 Interviews durchgeführt, wobei zehn Gesprächspartner aus den Kategorien Wissenschaft und Journalismus sowie Sicherheitsbehörden zu mehr als einer Community Auskunft geben konnten. Zwei Anfragen bei der Kontaktstelle für Extremismusprävention und Deradikalisierung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) blieben unbeantwortet, so dass deren Einschätzung in der Studie nicht abgebildet werden konnte.

Was Mitglieder der vier Communitys angeht, gab es deutliche Abweichungen. Während wir im Falle der Communitys Türkei, Westbalkan und arabischer Raum jeweils sechs oder sieben Community-Mitglieder als Gesprächspartner gewinnen konnten, gelang uns dies bei der Community Nordkaukasus nur bei einer einzigen Person.⁸⁴ Aus Medienberichten, Interviews mit Experten und der eigenen Forschungserfahrung war bekannt, dass Mitglieder der „tschetschenischen“ Community bei Interviews mit Außenstehenden besonders zurückhaltend sein würden. Aus diesem Grund wurden spezielle Anstrengungen unternommen, über Kontakte zu Experten an kompetente Gesprächspartner innerhalb der Community heranzutreten. Wie das Ergebnis dieser Bemühungen zeigt, gelang dies jedoch bedauerlicherweise nicht in der gewünschten Quantität. Auf insgesamt zehn Interview-Anfragen erhielt das Forscherteam Absagen oder keine Rückmeldung. Zusätzlich zur bereits genannten „Zurückhaltung“ waren hierbei das Thema

84 Um die Anonymität der Interviewpartner mit türkischen und kurdischen Wurzeln zu wahren, wurden sie alle als „türkeistämmig“ ausgewiesen.

der Studie sowie die skeptische Wahrnehmung ihrer Auftraggeber erschwerende Faktoren. Wie aus mehreren der Absagen deutlich wurde, haben Mitglieder der Community besonders wegen der überdurchschnittlich hohen Zahl von terroristischen Auslandskämpfern aus ihrer Community das Gefühl, sie würden von der österreichischen Öffentlichkeit und den Medien stigmatisiert. Außerdem wurde die Befürchtung geäußert, dass Erkenntnisse aus den Interviews an Sicherheitsbehörden im In- und Ausland – speziell Russland – weitergeleitet würden. Auch Bemühungen des Forscherteams, die Sicherheit und Anonymität von Interviewpartnern (IPs) zu garantieren [siehe unten], konnten sie nicht vom Gegenteil überzeugen. Um diesen Mangel bestmöglich zu kompensieren, wurden zusätzliche Experteninterviews durchgeführt.

Bei Interviews in den anderen Communitys war der methodische Anspruch, möglichst unterschiedliche Perspektiven innerhalb der jeweiligen Communitys abzubilden. Dies bedeutet nicht, dass die Interviewpartner ein perfektes Abbild dieser Communitys darstellen: Wie bereits erwähnt, war dies weder das Ziel noch wäre es bei der Anzahl von Interviews möglich gewesen. Auch ging es nicht darum, vorrangig mit Interessen- oder Verbandsvertretern oder – wie auch immer definierten – „Community Leaders“ zu sprechen, die oftmals, und entgegen der öffentlichen Wahrnehmung, die Ansichten ihrer jeweiligen Community nur zum Teil repräsentieren.⁸⁵ Es war deshalb wichtig, dass unter den Gesprächspartnern eine signifikante Anzahl von Frauen sowie von Mitgliedern religiöser und/oder ethnischer Minderheiten waren, die für Extremismus und extremistischen Tendenzen innerhalb ihrer Communitys in besonderer Weise sensibilisiert sind und eigene Erfahrungen teilen können. Unter den interviewten 20 Community-Mitgliedern waren gleich viele Frauen und Männer. Zu den sieben Gesprächspartnerinnen und -partnern aus der Community Türkei gehörten zwei Aleviten und drei Kurden, während sich unter den Interviewten aus der Community „arabischer Raum“ drei Christen befanden.

Durchführung

Ziel war es, bei Interviews höchste internationale Forschungsstandards einzuhalten. Die galt sowohl für die inhaltliche Konzeption als auch die Einhaltung ethischer Prinzipien bei deren Durchführung.

Am Anfang des Prozesses stand die Konzeption von „semi-strukturierten“ Interview-Leitfäden, die sicherstellen sollten, dass die Interviews zielgerichtet abliefen und die in den Forschungsfragen und dem theoretischen Teil hergeleiteten Themen ansprachen, aber gleichzeitig den Gesprächspartnern die Möglichkeit gaben, frei und ohne übermäßige Restriktionen oder Beeinflussung ihre Erfahrungen und Erkenntnisse zu teilen. Von Mitgliedern des Teams wurden zwei Leitfäden – jeweils einer für Experten und einer für Community-Mitglieder – konzipiert, innerhalb des Forscherteams intensiv diskutiert

85 Vgl. Sabine Riedel, „Der vielstimmige Islam in Europa“, *SWP-Studie*, Juni 2010; https://www.files.ethz.ch/isn/118142/2010_17_German.pdf; Hans-Christian Jasch, „State-Dialogue with Muslim Communities in Italy and Germany – The Political Context and the Legal Frameworks for Dialogue with Islamic Faith Communities in Both Countries“, *German Law Journal*, 8(4) [2007], S. 341–80.

und – wo notwendig – entsprechend ergänzt. Auch die Auftraggeber bekamen die Möglichkeit, die Leitfäden zu sichten und kommentieren, ohne dass sie jedoch an der Konzeption direkt beteiligt waren.

In beiden Leitfäden ging es einerseits um die Wahrnehmung extremistischer Ideen und Strukturen sowie deren Ausrichtung und Aktivitäten. Andererseits war gerade die allgemeine Situation der Communitys sowie deren Verhältnis zum Staat und dem Rest der Gesellschaft von besonderem Interesse. Beide Leitfäden waren für ungefähr 45-minütige Interviews konzipiert.

Bei der Durchführung der Interviews erschien es unerlässlich, während des gesamten Prozesses international übliche Standards zur Forschungsethik einzuhalten. Die Prinzipien, die diesen Standards zugrunde liegen, wurden vom britischen *Economic and Social Research Council* (ESRC) folgendermaßen zusammengefasst:

- Forschung sollte so konzipiert und durchgeführt werden, dass Integrität, Qualität und Transparenz zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sind;
- Forschungspersonal und Teilnehmer sind umfassend über den Zweck der Forschung, ihre Methoden und Verwendungsmöglichkeiten, sowie mögliche Risiken zu informieren;
- Die Vertraulichkeit der von den Forschungsteilnehmern bereitgestellten Informationen und die Anonymität der Befragten muss respektiert werden;
- Die Teilnahme an der Forschung muss freiwillig und frei von jeglichem Zwang erfolgen;
- Schäden an Forschungsteilnehmern und Forschern sind zu vermeiden;
- Etwaige Interessenkonflikte müssen offen dargelegt werden.⁸⁶

Auf die strikte Umsetzung dieser Prinzipien hat das Forscherteam während aller Phasen der Datenerhebung – das heißt: vor, während und nach den Interviews (die in Wien und Graz stattfanden) – streng geachtet. Mit dem Anschreiben, das per Email versandt wurden, bekamen potentielle Interviewpartner ein zweiseitiges „Teilnehmerinformationsblatt“, das sich an den *Information Sheets* britischer Forschungsuniversitäten orientierte. Hierin wurde eine Übersicht über alle relevante Basisdaten gegeben, also Inhalt der Studie, Titel („Lagebild Extremismus im Migrationsbereich“) und Forschungsfragen sowie ihre Finanzierung, Auftraggeber und Pläne zur Veröffentlichung. Zudem wurde erklärt, welche Rolle die Interviews im Forschungsprozess spielen sollten, wie ein Interview ablaufen würde und welche möglichen Risiken mit einer Teilnahme verbunden waren. Der letzte Teil des Informationsblatts beschäftigte sich mit Freiwilligkeit, Anonymität sowie der Speicherung der Interviewdaten (siehe unten). Allen Teilnehmern wurde

86 „ESRC Framework for Research Ethics (FRE) 2010 – Updated September 2012“, *Economic and Social Research Council*, September 2012; <https://esrc.ukri.org/files/funding/guidance-for-applicants/esrc-framework-for-research-ethics-2010/>.

ein Übersetzer sowie – falls gewünscht – die Übersetzung des Informationsblatts aus dem Deutschen in ihre jeweilige Muttersprache angeboten.

Vor Beginn der Interviews diskutierte das Forschungsteams ethische Forschungsprinzipien und deren Umsetzung. Im Vordergrund stand dabei das Sicherstellen von Freiwilligkeit und die Minimierung von Risiken für Interviewer und Interviewteilnehmer. Zu Beginn jedes Interviews wurden Teilnehmer deshalb nochmals auf das Teilnehmerinformationsblatt hingewiesen und darüber informiert, dass sie das Interview jederzeit und ohne Angabe von Gründen abbrechen könnten. Anschließend wurden sie gebeten, ihre Einwilligung verbal zu bestätigen und explizit der Aufzeichnung des Interviews zuzustimmen. Die Interviews waren angewiesen, bei eventuellen Verhaltens- oder physischen Veränderungen (zum Beispiel Zittern, Weinen, Schweißausbrüche, etc.) das Interview sofort abzubrechen, um eine Gefährdung der Interviewteilnehmer zu verhindern.

Nach Durchführung des Interviews wurden die Aufzeichnungen in einem passwortgeschützten *Dropbox*-Account gespeichert und von den Aufzeichnungsgeräten gelöscht. Zugang zu diesem Account hatte nur das vierköpfige Forschungsteam sowie eine Forschungsassistentin, welche die Abschriften anfertigte und im selben *Dropbox*-Account hinterlegte. Weder die Abschriften noch personenbezogene Daten wurden mit den Auftraggebern geteilt. Alle Mitglieder des Teams sowie die Forschungsassistentin unterzeichneten außerdem Geheimhaltungsvereinbarungen, um die Anonymität von Teilnehmern zu garantieren.

Gemäß internationaler Praxis werden die Abschriften und personenbezogene Daten frühestens drei Jahre nach Veröffentlichung dieses Berichts gelöscht. Es besteht die Verpflichtung zur Vertraulichkeit im Rahmen geltender Gesetze.

3.3 Datenauswertung

Ziel der Auswertung war es, einen fairen und ausgewogenen Eindruck des vorhandenen Datenmaterials zu vermitteln und die Forschungsfragen so gut wie möglich zu beantworten, ohne dabei etwaige Defizite und nach wie vor offene Fragen zu verheimlichen. Wie bereits oben erwähnt, bestand der für die Lagebilder vorhandene „Datenpool“ aus: relevanter wissenschaftlicher Sekundärliteratur, Medienberichten, offiziellen Veröffentlichungen, Statistiken, und den Abschriften der Interviews (insgesamt mehr als 500 Seiten).

Um sicherzustellen, dass alle Beteiligten einen gemeinsamen Wissensstand hatten, wurden Mitglieder des Forschungsteams ermutigt, sich mit relevanter Sekundärliteratur sowie aktuellen Verfassungsschutzberichten und der jeweils aktuellsten Ausgabe des *Statistischen Jahrbuch: Migration und Integration* vertraut zu machen. Als ein erster Komplettentwurf des theoretischen Teils zur Verfügung stand, konnten sich Mitglieder des Forschungsteams außerdem damit beschäftigen, wie die Forschungsfragen operationalisiert werden sollten und nach welchen Indikatoren in den Daten zu suchen war.

Basierend hierauf wurde die Federführung für die Erstellung einzelner Lagebilder unter Mitgliedern des Teams aufgeteilt.

Bei der technischen Auswertung der Interviewdaten wurde die hierfür prädestinierte Software NVivo herangezogen. NVivo ist eines der weltweit populärsten Software-Pakete zur Kodierung und Auswertung unstrukturierter qualitativer Daten und wird von Universitäten und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen überall auf der Welt verwendet.⁸⁷ Mit Hilfe von NVivo ließen sich die Interviewdaten schneller und übersichtlicher organisieren, so dass es einfacher wurde, bestimmte, für die Beantwortung der Forschungsfragen relevante Zitate innerhalb des Datenpools wiederzufinden und sie mit anderen, relevanten Aussagen zu verlinken. Wichtig hierbei ist, dass die Kodierung entsprechend der in Tabellen 1 und 2 enthaltenen Variablen (gewaltsamer, aktiver, passiver Extremismus; Prägungen, Ausgrenzungserfahrung, Identitätskonflikt, extremistische Ideen, extremistische Organisationen, ausländische Konflikte) nicht automatisch erfolgte, sondern von zwei Forschern durchgeführt wurde. Mit anderen Worten: NVivo diente der logistischen Unterstützung des Auswertungsprozesses, nahm aber keinen wie auch immer gearteten Einfluss auf inhaltliche Entscheidungen.

Was die inhaltliche Auswertung betraf, folgten wir den methodologischen Prämissen sogenannten *Cambridge School of Historiography* – einer intellektuellen Analysetradition, die von den Ideenhistorikern J. G. A. Pocock und Quentin Skinner Ende der 1960er Jahre an der Universität Cambridge initiiert wurde und generelle Prinzipien dafür formuliert, wie Aussagen von politischen und historischen Akteuren zu verstehen und kontextualisieren sind.⁸⁸ Nach dieser Tradition ist es methodisch unzulässig, stets denselben Standard „überzustülpen“. Jeder sogenannte „*Speech Act*“ – also, jede bewusste Aussage, die beispielsweise in einem Forschungsinterview, einer Rede oder einem Zeitungsartikel getätigt wird – muss auf (mindestens) drei Ebenen verstanden und eingeordnet werden: [1] *lokutiv*, das heißt, nach ihrem phonetischen, syntaktischen und semantischen Inhalt; [2] *illokutiv*, also nach ihrer Bedeutung oder dem, was impliziert wurde; und [3] *perlokutiv*, was heißt: nach der vermuteten Absicht beziehungsweise dem, was sie bei den intendierten Rezipienten auslösen soll. Um die illokutiven und perlokutiven Dimension einer Aussage richtig – oder annähernd richtig – einzuschätzen, ist es stets notwendig, den sozialen, politischen, kulturellen, religiösen oder temporalen Kontext in Betracht zu ziehen, in dem sie getätigt wurde. „Ideen ohne [Bewertung von] Kontext, Zeit, Raum und Umgebung“ sind bedeutungslos und bestenfalls Philosophie, so Skinner.⁸⁹ Als methodologisches Konzept wird von der Cambridge School damit Sprechen als eine Art von Praxis – von Handeln – begriffen („*linguistic turn*“). Sie bezieht sich dabei auf linguistische Theorien, insbesondere Sprechakttheorien, die unter anderem

87 Vgl. „Introduction to NVivo for Qualitative Data Analysis“, *University of Ghent*, 2020; <https://www.ugent.be/we/en/services/ICES/courses/dataanalysis2020-2021/m7.htm>.

88 Quentin Skinner, „Meaning and Understanding in the History of Ideas“, *History and Theory*, 8[1] (1969), S. 3–53.

89 *Ibid.*, S. 4.

auf John L. Austin, Richard Rorty, John Seale und Ludwig Wittgenstein („Worte sind Taten“) zurückgehen.

Sämtliche der analysierten Passagen aus den Interviews wurden im Originalwortlaut, teilweise gekürzt, aber nie sinnenstellt oder dekontextualisiert wiedergegeben. Sie dienten der Plausibilisierung und Illustration. Darüber hinaus wurde eine Gewichtung der Aussagen vorgenommen und diese wurden gegebenenfalls kontextuell auf Basis bestehender wissenschaftlicher Literatur oder anhand von statistischer Empirie untermauert beziehungsweise relativiert.

Um den Auswertungs- und Analyseprozess gemäß dieser Prinzipien voranzutreiben, führte das Forscherteam regelmäßige Besprechungen durch, in denen dessen Mitglieder – entweder persönlich oder per Zoom – ihre neuesten Erkenntnisse vorstellten oder bestimmte Einordnungen mit anderen Mitgliedern des Forschungsteams teilten. Hierbei wurden bestimmte Bewertungen zur Diskussion gestellt, womit sich – Schritt für Schritt – eine gemeinsame, einheitliche Einordnung und Analyse bestimmter Phänomene herauskristallisierte. Gleichzeitig war dieser Prozess eine Art interne „Peer Review“, im Rahmen derer jedes Mitglied des Forschungsteams seine (oder ihre) jeweiligen Schlussfolgerungen überprüfen konnte und sich einer kritischen Diskussion stellen musste. Am Abschluss des Prozesses stand außerdem eine Gesamtdiskussion, in der sich die vier Mitglieder des Forschungsteams alle Teile des Abschlussreports durchlasen, Feedback gaben und mit den jeweils anderen Beteiligten kritisch diskutierten. Besonders bei der Bewertung der Lagebilder galt hierbei das „Vorsichtsprinzip“ („*cautionary principle*“), was bedeutete, dass Aussagen oder Bewertungen, die Mitgliedern des Teams als „zu gewagt“ oder nicht ausreichend belegt erschienen, nicht in den Abschlussbericht aufgenommen wurden.

Die so entstandene Gesamtfassung des Berichts wurde anschließend nicht nur den Auftraggebern, sondern zwei unabhängigen externen Gutachtern zur Überprüfung vorgelegt. Hierbei handelte es sich um Professor Dr. Andreas Zick, den wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld und Privatdozent Mag. Dr. Hüseyin Çiçek vom Institut für Islamisch-Theologische Studien an der Universität Wien. Das Feedback dieser zwei „Peer Reviewers“ sowie der Auftraggeber war Grundlage für die Finalfassung des Berichts, die den Auftraggebern im April 2022 vorgelegt wurde. Die im folgenden Kapitel enthaltenen Lagebilder – das empirische Herzstück des Berichts – beruhen somit auf der Methodik, die hier eingehend beschrieben wurde.

4. Lagebild

Dieser Teil des Berichts enthält vier Lagebilder, die entsprechend der im vorigen Kapitel beschriebenen Methodik erstellt wurden. Sie beschäftigen sich mit Migrations-Communities aus den folgenden Räumen: Türkei (4.1), Westbalkan (4.2), arabische Länder (4.3) und Tschetschenien (4.4). Ihre jeweilige Struktur orientiert sich an den im theoretischen Teil postulierten Variablen, also zuerst Erscheinungsformen („gewaltsam“, „aktivistisch“, „passiv“), gefolgt von Radikalisierungspotential und -dynamik (das heißt Nachfrage- und Angebotsfaktoren bzw. Push- und Pullfaktoren). Die Ergebnisse werden am Ende jedes Unterkapitels in einem Fazit zusammengefasst.

4.1 Türkei

Laut offizieller Statistik lebten im Jahr 2021 270 000 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund in Österreich, von denen knapp 44 Prozent, also etwas weniger als die Hälfte über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen.⁹⁰ Die türkeistämmige Community in Österreich ist wahrscheinlich größer, da die offizielle Statistik nur Personen erfasst, die in der Türkei geboren sind (erste Generation) oder deren Eltern dort geboren sind (zweite Generation), nicht aber Personen aus der sogenannten dritten oder vierten Generation, die sich nach wie vor als Teil der türkischen Community identifizieren.

Migranten aus der Türkei kamen in drei größeren Bewegungen nach Österreich: Zuerst als Arbeitsmigranten nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei 1964; dann als politische Flüchtlinge, vor allem nach den Militärputschen in der Türkei in den Jahren 1971 und 1980 (darunter viele Kurden und linksorientierte Türken), und später im Zuge der Familienzusammenführung nach dem Anwerbestopp im Jahr 1973. Dabei stellen die erste und die dritte Gruppe sowie deren Nachkommen den mit Abstand größten Teil der türkischen Community und unterscheiden sich sozio-ökonomisch von der zweiten: Während die zweite Gruppe zu einem großen Teil entweder aus Mitgliedern der kurdischen Minderheit oder aus Studenten und gebildeten städtischen Schichten bestand, stammten die Arbeitsmigranten häufig aus weniger gebildeten ländlichen Schichten.⁹¹

Wie sich hieran bereits andeutet, gibt es innerhalb der Migrations-Community Türkei eine Vielfalt an politischen und religiösen Orientierungen sowie ethnischen Hintergründen. Eine trennscharfe ethnische Kategorisierung ist schon deshalb nicht möglich, da auch Kurden (etwa 19 Prozent der türkischen Bevölkerung) und andere ethnische

90 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 28.

91 Monika Potkanski, „Türkische Migrant/-innen in Österreich: Zahlen, Fakten, Einstellungen“, *ÖIF-Dossier*, September 2010, S. 6.

Minderheiten – wie etwa Armenier, Araber, Zazas, Tscherkessen etc. (zusammen 9,5 Prozent) – in den amtlichen Statistiken als Türken geführt werden.⁹²

Diese Vielfalt spiegelt sich auch in unserem Lagebild wider. Was Erscheinungsformen betrifft, so konnten verschiedene Formen des passiven und aktivistischen Extremismus identifiziert werden. Gewaltsamer Extremismus ist weniger stark ausgeprägt und richtet sich in der Regel nicht gegen die österreichische Gesellschaft insgesamt, sondern gegen verfeindete Gruppen in der Türkei oder deren Vertreter innerhalb der türkeistämmigen Community. Dennoch existiert ein moderates Radikalisierungspotenzial, was sich vor allem aus dem Vorhandensein von Ausgrenzungserfahrungen, Prägungen und Identitätskonflikten auf der Nachfrageseite sowie der Verfügbarkeit extremistischer Ideen, vor allem einer zunehmenden Verschmelzung islamistischer und nationalistischer Tendenzen, der Präsenz der entsprechenden extremistischen Akteure und der Salienz innertürkischer Konflikte auf der Angebotsseite ergibt.

4.1.1 Erscheinungsformen

Innerhalb der türkischen Community in Österreich existieren alle Erscheinungsformen des Extremismus, wenn auch gewaltsamer Extremismus – und speziell der Dschihadismus – aktuell von vergleichsweise geringer Bedeutung sind.

Gewaltsamer Extremismus

Was den gewaltsamen Extremismus angeht, so kann zwischen dschihadistischen, nationalistisch-islamistischen und kurdischen Akteuren unterschieden werden. Gemessen an der Größe der türkischen Community in Österreich ist das dschihadistische Phänomen relativ unbedeutend. In der dschihadistischen Szene in Österreich sind Personen mit türkischem Migrationshintergrund eine kleine Minderheit. Und auch unter dschihadistischen Predigern gibt es nur eine geringe Zahl, die einen türkischen Hintergrund haben oder sich an die türkische Community in Österreich wenden. Der deutsche Forscher Guido Steinberg erwähnt in diesem Zusammenhang besonders Dilaver K. (alias Hamza Hodscha), einen im Jahr 1972 geborenen Prediger, der in den 2010er Jahren in der Rahmet-Moschee in Linz aktiv war und Kontakte mit dem Kreis um den prominenten, inzwischen zu zwanzig Jahren Haft verurteilten IS-Unterstützer Ebu Tejma unterhielt. Vor seiner Verhaftung im Jahr 2019 wurden seine in Türkisch gehaltenen Predigten auch von Anhängern aus Wien besucht, wo es kein vergleichbares Angebot gab.⁹³

Ein zweiter prominenter dschihadistischer Prediger ist Abu Hanzala (Halis Bayan-cuk), ein in Diyarbakir geborener türkisch-kurdischer Salafisten-Prediger, den ein Ge-

92 „The World Factbook“, CIA.gov, 28. Dezember 2021; <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/turkey/#people-and-society>

93 Guido Steinberg, *Islamistischer Terrorismus in Europa: Dschihadismus in Österreich* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2021), S. 12.

richt in der Türkei im Jahr 2020 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte. Zwischen ihm und der Rahmet-Moschee in Linz bestanden enge ideologische Kontakte.⁹⁴ Obwohl von einem Islamwissenschaftler als „einflussreich“ bezeichnet (IP 22), ist eine breitere Wirkung seiner Predigten, die über Videos verbreitet werden, in Österreich aktuell nicht feststellbar.

Ein signifikantes Gewaltpotential findet sich unter Jugendlichen in der Schnittmenge zwischen Nationalismus und Islamismus, das sich vor allem gegen vermeintliche Gegner innerhalb der türkischen Community richtet. Dies wurde zuletzt während der gewaltsamen Ausschreitungen in Wien-Favoriten im Sommer 2020 deutlich. Damals griffen gewaltbereite Jugendliche und junge Männer eine von türkischen und kurdischen Linken organisierte Frauendemonstration an. An drei aufeinander folgenden Abenden kam es daraufhin zu gewaltsamen Ausschreitungen. Auffällig war zum einen die hohe Gewaltbereitschaft auf Seiten der Jugendlichen, auf der anderen Seite die rasche Mobilisierung einer relativ großen, gewaltbereiten Szene.

Unter den Angreifern befanden sich laut Berichten Anhänger der rechtsextremen *Ülkücü*-Bewegung (siehe unten), aber auch aktive Anhänger der türkischen Regierung und anderer Gruppen aus der türkischen Community sowie Jugendliche ohne organisatorische Bindung. Die meisten Beobachter stimmen überein, dass es sich um keine offizielle, das heißt von zentraler Stelle aus geplante Aktion handelte.⁹⁵ Vielmehr seien sie Ausdruck einer sich radikalierenden Jugendszene, deren Antrieb aus Frustration, gewaltverherrlichender Rhetorik und dem Überschwappen von Konflikten aus der Türkei besteht. Der Soziologe Kenan Güngör macht hierfür außerdem ein „Umfeld mit vorgelebtem Nationalismus, mit Islamismus, mit Kriegsspielen und dem Traum vom Großtürkentum“ verantwortlich.⁹⁶ Nicht zuletzt deute die Mischung aus islamistischen und nationalistischen Slogans und Symbolen nach Aussagen eines türkeistämmigen Jugendarbeiters auf die Entstehung einer Jugendkultur hin, die über die Kreise türkeistämmiger Jugendlicher hinausgeht und auch für Mitglieder anderer Migrations-Communitys attraktiv ist (IP 46) (siehe 4.1.2). Mehrere Interviewpartner, darunter sowohl Experten als auch Mitglieder der Community, bezeichnen in diesem Zusammenhang auch den Moscheeverband ATIB als problematisch (IP 04, 05, 15, 19, 30, 36, 44).⁹⁷

Ein bislang wenig beachtetes, aber in diesem Zusammenhang relevantes Phänomen ist auch der militante kurdische Nationalismus, speziell in Form der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, die die Europäische Union als „terroristische Vereinigung“ listet. Im Zuge des

94 Ebd.

95 Siehe „Krawalle in Wien-Favoriten: Wer sind die Akteure?“, *Kurier*, 30. Juni 2020; Michael Möseneder, „Ausschreitungen in Favoriten: Frustrierte Wölfe“, *Standard*, 26. Juni 2020.

96 Siehe „Favoriten: Randalierer nehmen Moscheevereine nicht ernst“, *Kurier*, 30. Juni 2020: <https://kurier.at/chronik/wien/favoriten-randalierer-nehmen-moscheevereine-nicht-ernst/400956323>

97 Zur speziellen Problematik des Diyanet und anderer staatlicher türkischer Akteure, siehe auch Thijl Sunnier and Nico Landmann, *Transnational Turkish Islam* (Basingstoke: Palgrave, 2014); Hüseyin Cicek, „Die Religionsbehörde Diyanet im Kontext türkischer Identitäts- und Religionspolitiken: Zum Zusammenspiel religiöser und politischer Akteure in der Türkei seit 1923“, *Südosteuropa Mitteilungen*, 60(5) [2020], S. 39–55.

syrischen Konflikts haben sich aus Europa nicht nur Dschihadisten als „Auslandskämpfern“ am Krieg in Syrien beteiligt, sondern auch die kurdische YPG und die kurdischen Peschmerga im Irak haben sowohl europäische Kurden als auch nicht-kurdischstämmige Europäer in ihre Milizen integriert. Es ist nicht auszuschließen, dass sich darunter auch Österreicher befanden (IP 35), obwohl bisher nur ein Fall bekannt wurde.⁹⁸ Anders als Unterstützer des IS stellen diese Kämpfer nach übereinstimmender Beurteilung von Experten zwar keine unmittelbare terroristische Gefahr dar,⁹⁹ doch sie illustrieren ein erhöhtes Militanzpotential, das unter bestimmten Bedingungen aktiviert werden kann.

Im gegenwärtigen Kontext besteht also die Gefahr einer „kumulativen“ oder „reziproken“ Radikalisierung, wobei sich Gruppen mit gewaltsamen Aktionen gegenseitig „hochschaukeln“. Ein von uns interviewter türkeistämmiger Sozialarbeiter befürchtet, dass dieser Prozess bereits im Gang ist: „Wir hatten bei den Maiaufmärschen in den letzten Jahren in Linz einige handfeste Auseinandersetzungen. Wir hatten auch Brandanschläge auf kurdische Geschäfte und Lokale [und] umgekehrt kurdische oder der PKK nahestehende Leute, die türkische Reisebüros besetzt und Brandanschläge verübt haben“ (IP 02).

Aktivistischer Extremismus

Im Bereich des aktivistischen Extremismus fällt neben der *Ülkücü*-Bewegung (siehe weiter unten) besonders die islamistische *Milli-Görüş*-Bewegung auf. In Österreich tritt *Milli Görüş* [Nationale Sicht] unter dem Namen „Islamische Föderation“ auf. Daneben existiert auch noch ein Ableger der türkischen *Saadet*-Partei, der letzten Parteigründung des *Milli-Görüş*-Gründers Necmettin Erbakan, die heute allerdings nicht mehr von Relevanz ist. Auf Basis der von ihm entwickelten Ideologie vertritt *Milli Görüş* ein auf die Herrschaft des Islam ausgerichtetes Weltbild. Das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz, das *Milli Görüş* seit langem aktiv beobachtet, begründet den extremistischen Charakter der Gruppe folgendermaßen:

Die von Erbakan geprägten Schlüsselbegriffe ... sind „Millî Görüş“ („Nationale Sicht“) und „Adil Düzen“ („Gerechte Ordnung“). „Gerecht“ sind im Sinne Erbakans die Ordnungen, die auf „göttlicher Offenbarung“ gegründet, „nichtig“ jene, die von Menschen entworfen wurden. Gegenwärtig dominiere mit der westlichen Zivilisation eine „nichtige“, auf Gewalt, Unrecht und Ausbeutung der Schwachen basierende Ordnung. Dieses „nichtige“ System müsse durch eine „Gerechte Ordnung“ ersetzt werden, die sich ausschließlich an islamischen Grundsätzen ausrichte, anstatt an

98 „Vom Krieg fasziniert – ein Österreicher im Donbass“, *Deutsche Welle*, 4. Mai 2017: <https://www.dw.com/de/vom-krieg-fasziniert-ein-%C3%B6sterreicher-im-donbass/a-38703598> [03.02.2022]

99 Henry Tuck, Tanya Silverman, Candace Smalley, „Shooting in the Right Direction: Anti-ISIS Foreign Fighters in Syria and Iraq“, *Institute for Strategic Dialogue*, August 2016; <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2016/08/ISD-Report-Shooting-in-the-right-direction-Anti-ISIS-Fighters.pdf>.

von Menschen geschaffenen und damit „willkürlichen Regeln“. Alle Muslime sollen an der Verwirklichung der „Gerechten Ordnung“ mitwirken.¹⁰⁰

In Österreich versucht *Milli Görüş*, durch aktive Mitarbeit in Parteien und in der Zivilgesellschaft, Komponenten der eigenen Ideologie gesamtgesellschaftliche Geltung zu verschaffen und eigene Akteure als Vertreter aller Muslime darzustellen.¹⁰¹ Verschiedene Interviewpartner (IP 05, 25, 34) berichten, dass sich die Organisation systematisch in der österreichischen Politik engagiert. Laut einem Journalisten gibt es „nicht nur Gemeinderäte, sie sind auch in Parteien vertreten, als einfaches Mitglied oder als kleine Funktionäre“ (IP 34). Die Gruppe spielt außerdem eine wichtige Rolle innerhalb der Islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs (IGGÖ), der gesetzlichen Vertretung der Muslime in Österreich, wo ihr fünf der 27 Kultusgemeinden unterstehen und sie den Präsidenten des Obersten Rates stellt.¹⁰² Darüber hinaus werden Kontakte zu Akteuren der Zivilgesellschaft gesucht, mit denen Allianzen gebildet werden oder die einen positiven Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung ausüben (IP 34).

Neben dem Streben nach Einfluss dient diese Art von „Lobbying“ dazu, den Aufbau passiver Strukturen voranzutreiben (siehe unten). Ein ehemaliges Mitglied der Organisation erklärt: „Wenn man Bildungseinrichtungen oder Schulen oder ... Moscheen eröffnen möchte, muss man ja quasi bei der Politik zuerst anfangen. Und wenn man ... dort Leute platziert hat, gehen viele Sachen leichter. Man sieht ja in Wien, wie groß die Bildungseinrichtungen der *Milli Görüş* geworden sind“ (IP 25).

Passiver Extremismus

Zusätzlich zu gewaltsamen und aktivistischen Erscheinungsformen können innerhalb der türkischen Community auch passive Manifestationen von Extremismus beobachtet werden. Zu den extremistischen Hauptakteuren in diesen Bereich gehört neben *Milli Görüş* auch die sogenannte *Ülkücü*-Bewegung (Idealisten-Bewegung), bekannt unter der Bezeichnung Graue Wölfe. In Österreich ist der Moscheeverband „Türkische Föderation“ das Sammelbecken für Anhänger dieser Bewegung. Die von ihr vertretene Ideologie kann als rechtsextrem und ultra-nationalistisch bezeichnet werden. Sie stellt sich offen gegen alles, was als untürkisch empfunden beziehungsweise definiert wird: Kurden, Armenier, Juden, Aleviten, Homosexuelle und Linke. Ein weiteres Kennzeichen ist ein ausgeprägter Führerkult um den Gründer der Bewegung, Alparslan Türkeş und seine „Neun Lichten- oder Strahlen-Doktrin“ (*Dokuz-Isik-Doktrin*).¹⁰³

100 „Verfassungsschutzbericht 2020“, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Juni 2021, S. 250.

101 Vgl. hierzu Thomas Schmidinger, „Politischer Islam in Österreich“ in Floris Biskamp und Stefan E. Höbl, *Islam und Islamismus: Perspektiven für die politische Bildung* (Gießen: Netzwerk, 2013), S. 85–102.

102 „IGGÖ steht vor Wechsel an der Spitze“, *ORF*, 7. Dezember 2018; <https://religion.orf.at/v3/stories/2951852/>.

103 „Verfassungsschutzbericht 2020“, Bundesministerium des Innern, S. 279–86. Siehe auch Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus: Organisationen, Institutionen, Bewegungen* (Berlin: De Gruyter, 2012), S. 292.

Wie bereits oben erwähnt, erregte Aktivismus aus den Reihen der Grauen Wölfe in den letzten Jahren, neben den bereits erwähnten gewalttätigen Ausschreitungen, auch mit demonstrativen Aktionen seiner Anhänger Aufmerksamkeit. Unter Wiener Busfahrern machte eine Gruppe türkisch-österreichischer Männer von sich reden, die sich als Anhänger der Grauen Wölfe zu erkennen gab, indem sie in einem Video den in Österreich verbotenen sogenannten Wolfsgruß der Grauen Wölfe zeigten.¹⁰⁴ [Sie wurden von den Verkehrsbetrieben suspendiert.] Noch problematischer war die Tatsache, dass eine Gruppe junger Männer als Angehörige des österreichischen Bundesheeres in Uniformen ebenfalls mit dem Wolfsgruß posierte.¹⁰⁵

In unseren Interviews wird außerdem auf das Entstehen einer ethnischen und religiösen Infrastruktur in manchen Grätzeln (Vierteln) verwiesen, die ein Leben weitgehend ohne Kontakte mit der übrigen Bevölkerung möglich macht. Die Islamische Föderation etwa verfügt in Wien neben eigenen Kindergärten bereits über eine eigene Volksschule, eine NMS und ein Gymnasium und kann somit den gesamten Bildungsweg von Mitgliedern abdecken [IP 02]. Hinzu kommen die mit der Organisation verbundenen Geschäfte, Ärzte, Anwälte und Dienstleistungen, die es – außer durch Wegzug – schwierig machen, sich derartigen Strukturen zu entziehen [IP 34]. Mehrere Interviewpartner warnen deshalb vor einem „Ablöseprozess von der Mitte der Gesellschaft“ [IP 04, 34], wohingegen ein anderer die Entwicklung als *noch* relativ unproblematisch betrachtet [IP 08].

Durch die Existenz solcher Strukturen kann Druck entstehen, bestimmte, von extremistischen Organisationen gewünschte Verhaltensnormen einzuhalten. Verschiedene Interviewpartner berichten von Veränderungen in manchen Schulen und Jugendeinrichtungen, so zum Beispiel zunehmender Druck auf Mitschülerinnen und Mitschüler, sich an islamisch begründete Regeln zu halten [IP 12, 14, 29, 32, 42, 43, 47]. Mädchen und Frauen sind hiervon besonders betroffen, denn gerade ihr Verhalten ist wesentlich für die Ehre der ganzen Familie.¹⁰⁶ Sie stehen nicht nur unter Beobachtung der eigenen Familie, sondern der gesamten Umgebung. Selbst Fremde fühlen sich teilweise motiviert, persönlich einzugreifen, um nicht-konformes Verhalten zu sanktionieren. So berichtet eine Interviewpartnerin: „Meine Eltern sind in einem türkischen Geschäft aufgehalten worden ... Und dann haben sie gesagt: Naja, ob sie sich nicht schämen, ob sie mir nicht beibringen hätten können, wie man sich als richtige Türkin zu verhalten hat“ [IP_44].

Wie hieran deutlich wird, sind die Übergänge zwischen passivem und aktivem Extremismus fließend [IP 44, 46].¹⁰⁷ Mit Zunahme politischer Spannungen innerhalb der Türkei haben laut unseren Interviewpartnern auch Denunziationsversuche zugenommen, von

104 „Anzeige gegen Wolfsgruß-Busfahrer“, *Der Standard*, 31. Januar 2020: <https://www.derstandard.at/story/2000114038753/anzeige-gegen-wolfsgruss-busfahrer>.

105 „Faschistischer ‚Wolfsgruß‘ in österreichischer Bundesheer-Uniform“, *Kurier*, 21. Januar 2021: <https://kurier.at/mehr-platz/faschistischer-wolfsgruss-in-oesterreichischer-bundesheer-uniform/401878979> [01.02.2022].

106 Zum Ehrbegriff in türkischen Familien, siehe Nina Scholz, „Einleitung“, in Nina Scholz (Hg.), *Gewalt im Namen der Ehre* (Wien: Passagen-Verlag, 2014), S. 11–18.

107 Siehe auch Kemal Bozay und Dierk Borstel, *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft* (Wiesbaden: Springer, 2017).

denen besonders Minderheiten und demokratische Aktivisten betroffen sind (IP 05). Betroffene haben mitunter Angst, in die Türkei zu fahren und fürchten negative Auswirkungen auf dortige Familienmitglieder.

4.1.2 Radikalisierungsdynamik

Basierend auf Nachfrage- und Angebotsfaktoren lässt sich für die türkische Community ein moderates Radikalisierungspotential erkennen, was aus dem Zusammentreffen von Ausgrenzungserfahrungen, Identitätskonflikten und familiären Prägungen sowie dem Entstehen einer stark identitär geprägten, islamistisch-nationalistischen Ansprache durch organisierte Strukturen besteht.

Nachfragefaktoren

Die Auswertung der Interviews ergibt ein differenziertes Bild. Soweit solche Verallgemeinerungen möglich sind, so stellt sich das Verhältnis der türkischen Community zu Österreich und seinen staatlichen Institutionen grundsätzlich positiv dar. Mehrere Interviewpartner (IP 05, 46) betonen, dass die Akzeptanz gegenüber staatlichen Institutionen in der Regel sehr hoch sei. Ganz unabhängig von den Aktivitäten islamistischer Akteure bemerkt ein Jugendarbeiter aus Wien: „Grundsätzlich geht es darum, dass diese Leute von ihrer Einstellung her staatstreue Menschen sind. Die haben Respekt vor Hoheit, die haben Respekt vor staatlichen Institutionen, die haben Respekt vor der Polizei“ (IP 46). Darüber hinaus gibt es gerade bei der jüngeren Generation eine regionale Zugehörigkeit. Das bedeutet, dass selbst diejenigen, die über *keine* starke Identifikation mit Österreich oder dem österreichischen Staat verfügen, sich typischerweise mit dem Ort verbunden fühlen, an dem sie leben. Die Aussagen von Interviewpartnern in diesem Zusammenhang (IP 05, IP 08) decken sich mit Ergebnissen der Studie „Jugendliche in der offenen Jugendarbeit“.¹⁰⁸

Dies ist besonders vor dem Hintergrund nach wie vor existierender Probleme bemerkenswert. Mit knapp 55 Prozent ist der Anteil an Personen, die einzig über einen Pflichtschulabschluss verfügen unter jenen mit türkischem Migrationshintergrund mit weitem Abstand am größten, während er bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei nur 9,3 Prozent liegt. Am anderen Ende des Bildungsweges stellen sich die Verhältnisse genau umgekehrt dar: Nur knapp fünf Prozent der Personen mit türkischem Migrationshintergrund haben einen Abschluss an einer Universität, Fachhochschule oder Akademie, während es bei Menschen ohne Migrationshintergrund fast 20 Prozent sind. Auch bei der Integration in den Arbeitsmarkt finden sich Menschen mit türkischem Migrationshintergrund mit einer Erwerbsquote von 53 Prozent am unteren Ende der Statistik, wäh-

108 Güngör, „Jugendliche in der“, S. 104–7.

rend sie bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 74 Prozent liegt.¹⁰⁹ Auch wenn es hierfür Gründe gibt, die wenig bis gar nichts mit Ausgrenzung zu tun haben (wie etwa die niedrige Erwerbsquote von Frauen oder die Herkunft aus bildungsfernen Schichten in der Türkei), haben sich die Hoffnungen auf einen schnellen sozialen Aufstieg oftmals nicht erfüllt (IP 02).

Hinzu kommen oftmals negative Medienberichte sowie vielfältige Ausgrenzungserfahrungen (IP 02, 05, 06, 07, 08). Dabei geht es häufig um Alltagserlebnisse, die die Wahrnehmung verstärken, man würde von der österreichischen Gesellschaft nicht als gleichwertig akzeptiert – sei es aufgrund des Aussehens, des Namens, der Sprache oder der (vermuteten) Religion (IP 05).¹¹⁰ Ein türkischer Sozialarbeiter spricht von einer „gläsernen Decke“ (IP 02), während ein türkeistämmiger Sozialwissenschaftler es folgendermaßen zusammenfasst: „Das ist wie wenn du in ein Café [gehst]. Du kannst das schönste Essen dort haben. Aber wenn der Wirt unfreundlich ist, fühlst du dich nicht wohl“ (IP 08).

Gerade in den letzten Jahren habe sich durch den Aufstieg und die Regierungsbeteiligung rechtspopulistischer Parteien diese Wahrnehmung noch verstärkt. Unabhängig davon, welche „Erfolge“ Mitglieder der türkischen Community auf dem Arbeitsmarkt oder im Bildungssektor hätten, führte die von einem Interviewpartnern als aufgeheizt wahrgenommene Rhetorik in der Vergangenheit dazu, dass sich das Zugehörigkeitsgefühl zur österreichischen Gesellschaft eher abschwächte. Die Profiteure hiervon waren Extremisten innerhalb der eigenen Community. Wie eine türkeistämmige Politikerin erklärt: „Also im Grunde genommen fühlen die sich eigentlich schon ein bisschen Österreich zugehörig. [Aber] je mehr die Fremdenfeindlichkeit zugenommen hat ... je mehr diese rechtspopulistischen Ansagen sich vermehrt haben, desto mehr hat man diese jungen Menschen in die Hände der Extremisten ... gegeben“ (IP 05).

Konkret haben Ausgrenzungserfahrungen bei der jüngeren Generation in Verbindung mit dem unterdurchschnittlichen Bildungserfolg und der daraus resultierenden beruflichen und wirtschaftlichen Situation großer Teile der Community Identitätskonflikte verschärft, die wiederum Ansprechbarkeit für Extremisten schaffen können, die „Stolz“ vermitteln. Maßgeblich hierfür sind zum einen die „Ausgrenzer“ und Populisten aus der „Mehrheitsgesellschaft“ und zum anderen die Extremisten aus der eigenen Community, deren Botschaften „zwei Seiten derselben Medaille“ (IP 02) seien. Laut einem Sozialwissenschaftler:

Die FPÖ akzeptiert den Austro-Spanier, aber sie akzeptiert nicht den Austro-Türken. Auf der anderen [der türkisch-extremistischen] Seite genau das Gleiche. Es wird der Eindruck vermittelt: Ihr könntet euch noch so bemühen, aber die [Österreicher] wollen euch nicht. Die wollen euch nicht, weil ihr Muslime seid. Sie wollen euch nicht, weil

109 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 55, 58.

110 Siehe Hofer, „Diskriminierung von MigrantInnen“, *IHS*, Dezember 2013, S. 5, 29, 33.

ihr eine glorreiche türkische Geschichte habt, weil sie Angst vor euch haben, weil sie genetisch schwächer sind [IP 08].

Zusammen mit traditionell konservativen und patriarchalen Prägungen [IP 02] habe dies dazu geführt, dass demokratische Kräfte innerhalb der Community immer leiser geworden seien und der Spielraum für sie immer enger würde [IP 05]. Auch wenn eine Mehrheit der türkischen Community generell ein positives Verhältnis zu Österreich hat, wird der politische Diskurs, sowohl innerhalb als auch über die türkische Community, zunehmend von Akteuren bestimmt, die eine Unvereinbarkeit suggerieren.

Angebotsfaktoren

Innerhalb der türkischen Community existiert ein vielfältiges und dynamisches Angebot an extremistischen Ideen und Akteuren, die in der Lage sind, die oben beschriebene Nachfrage zu bedienen. Wie bereits in 4.1.1 beschrieben, verbreitet Milli Görüş einen aktivistischen Islamismus, der auf eine sichtbare Abgrenzung vom Rest der Gesellschaft abzielt und versucht, parallelgesellschaftliche Strukturen zu schaffen. Dies gilt auch für die Ideen der Grauen Wölfe – einer rechtsextremen Bewegung, die Ideen von der „Überlegenheit der türkischen Rasse“ mit antisemitischen Verschwörungstheorien verknüpft, wonach „die Juden“ mit den „Gegnern“ der Türken – Armenier, Kurden, Aleviten, Griechen, Europäer, Amerikaner – kollaborieren, um die Türkei zu zerstören.¹¹¹

Hinzu kommt die Verschmelzung von islamistischen und nationalistischen Milieus, die Fachleute seit einigen Jahren vor allem im Jugendbereich beobachten. Während in früheren Perioden ein Widerspruch zwischen den beiden Ideologien existierte, der dazu führte, dass zwischen den Hauptströmungen – Milli Görüş und den Grauen Wölfen – eine Art Konkurrenz bestand, verschwimmen mittlerweile die Grenzen. Die Gründe hierfür liegen ihrer Meinung nach in der Türkei, wo die gegenwärtige türkische Regierungskoalition und speziell der türkische Präsident und seine Partei bewusst beide ideologischen Tendenzen bedienen würden [IP 15, 19, 37].

Über türkische Medien gelangen solche Botschaften auch in die Haushalte der türkischen Community in Österreich. Dies reicht über Filme und Serien, die auf den staatlichen türkischen Fernsehkanälen ausgestrahlt werden, bis hin zu Zeitungen – sowohl online als auch offline –, die das gesamte nationalistische und islamistische Spektrum abdecken, sowie soziale Medien, in denen ganze „Troll-Armeen“ offen Hetze gegenüber vermeintlichen Gegnern und Minderheiten aller Art betreiben [IP 15]. Wie ein Mitglied der alevitischen Gemeinde erklärt: „Das hat schon eine Auswirkung, vor allem die Stärke der [türkischen] Medien ist auch hier ersichtlich. Und die gleichen Aussagen, die dort in den Fernsehkanälen getätigt werden, [die findet] man auch hier bei der Mehrheit“ [IP 07].

Wie nicht nur die Interviews zeigen, sind Entwicklungen in Österreich oftmals Konsequenz von innertürkischen Konflikten. Jede Bewegung der türkischen Regierung hin

111 Till Schmidt, „Die zweitgrößte rechtsextreme Bewegung in Deutschland: Die Grauen Wölfe“, *Zentrum Liberale Moderne*, 7. September 2021.

zu einem konfrontativeren Auftreten gegenüber anderen Staaten Europas wirkt sich unmittelbar auf Teile der türkischen Community in Österreich aus. Wie ein türkeistämmiger Sozialarbeiter erklärt:

Wenn sich die politische Situation [in der Türkei] zuspitzt, wenn es irgendwelche Übergriffe gibt oder wieder Terroranschläge oder sonst was, dann trägt das auch hier zu einer deutlich angeheizteren Stimmung bei. Das ist dann auch spürbar und entlädt sich daran auch teilweise. Und wenn die politische Situation in der Türkei eher sozusagen auf „Normalität“ geschaltet ist, dann spiegelt sich das ebenfalls hierzulande wieder. Das heißt, hier erkennt man, dass es kommunizierende Gefäße sind [IP 02].

Insofern sind die Ausschreitungen, die sich im Sommer 2020 in Wien-Favoriten abgepielt haben, auch – aber nicht ausschließlich – eine Auswirkung von Entwicklungen, die sich im Herkunftsland abgespielt haben. Auf der einen Seite reflektieren sie die Situation in der Türkei, wo Nationalismus und Islamismus zunehmend verschmelzen, als Teil ein- und derselben Staatsideologie begriffen werden und bewusst gegen die vermeintlichen Feinde des Landes in Stellung gebracht werden. Auf der anderen Seite ist das aggressive Vorgehen junger, teils unorganisierter Mitglieder der türkischen Community in Österreich „Antwort“ auf das Bedürfnis nach Akzeptanz und einer starken Identität, die ganz offensichtlich weder Österreich noch der traditionelle, rein nationalistische oder islamistische Aktivismus der Elterngeneration offeriert. Ein türkeistämmiger Interviewpartner spricht von „Anerkennungsbilanzen“: „Also, wenn ich wenig habe, auf was kann ich dann stolz sein? Wenn ich ein Selbstwertgefühl mal aufwerten will, dann ist Islamismus oder auch Nationalismus gut“ [IP 19].

4.1.3 Fazit

Die türkische Community ist die am längsten etablierte Migrations-Community in der Nachkriegszeit. Mittlerweile gibt es eine vierte Generation, und Menschen mit türkischen Wurzeln gehören wie selbstverständlich zum heutigen Österreich. Viele begreifen sich als Österreicher und sind gleichzeitig stolz auf ihre türkische Herkunft. Für Migrations-Communitys ist das weder ungewöhnlich, noch ist es zwangsläufig problematisch. Wie ein türkeistämmiger Jugendarbeiter erklärt: „Es gibt hier Kinder und Familien und Erwachsene, die stehen zum Islam. Die stehen zu Österreich. Die stehen zur Türkei. Das ist eine multiple Identität sozusagen“ [IP 46].

Und dennoch gibt es Manifestationen des Extremismus. Wie in diesem Lagebild gezeigt, betrifft dies vor allem Formen des aktivistischen und passiven Extremismus, die traditionell mit zwei prominenten türkischen Organisationen in Verbindung gebracht

werden: der islamistischen Gruppe *Milli Görüş* und der ultra-nationalistischen *Ülkücü*-Bewegung, die auch als Graue Wölfe bekannt ist.

Gewaltsamer Extremismus ist innerhalb der türkischen Community aktuell vergleichsweise weniger bedeutsam. Dies trifft vor allem auf den dschihadistischen Terrorismus zu, der innerhalb der Community relativ wenig Anhänger hat. Ein neues Gewaltphänomen ist allerdings an der Schnittstelle zwischen Islamismus und Nationalismus entstanden, das sich bislang vor allem gegen „Feinde“ innerhalb der eigenen Community richtet. Das größte aktuelle Risiko ist deshalb, dass sich islamistisch-nationalistische und kurdische Gruppen gegenseitig „hochschaukeln“.

Was Radikalisierungsdynamiken angeht, so besteht innerhalb der türkischen Community nach wie vor ein moderates Potential. Dies hängt zum einen mit Ausgrenzungserfahrungen, Identitätskonflikten und familiären Prägungen, zusammen, die kumulativ eine Abgrenzung von der nicht-türkischen Mehrheitsbevölkerung fördern und Nachfragefaktoren nach Extremismus darstellen können.

Auf der anderen Seite existiert ein Angebot an extremistischen Ideen und Akteuren, das diese Nachfrage befriedigt. Ein besonderer Faktor ist hierbei der Einfluss von Konflikten und politischen Entwicklungen innerhalb der Türkei, die sich auf die türkische Community in Österreich auswirken und nicht zuletzt zur Entstehung der oben erwähnten nationalistisch-islamistischen „Schnittstelle“ beigetragen haben. Dabei geht es nicht allein darum, dass Konflikte in und um die Türkei in türkischen Communitys in Österreich ihren Niederschlag finden, sondern dass sie zum Teil aktiv von der dortigen Regierung instrumentalisiert werden. Hinzu kommt, dass auch Gewalttaten innerhalb von Migrationsgruppen das Potential haben, eine [gewaltsame] Kettenreaktion auszulösen.

4.2 Westbalkan

Das Lagebild Westbalkan beschäftigt sich vor allem mit Migranten aus dem zum ehemaligen Jugoslawien gehörenden Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Kosovo sowie aus Albanien. Nach aktuellem Stand leben in Österreich knapp 97 000 Personen mit bosnischer Staatsangehörigkeit, 26 000 mit kosovarischer und 25 000 mit nordmazedonischer.¹¹² Hinzu kommen 5 200 Personen mit albanischer Staatsbürgerschaft sowie nach Schätzungen etwa 7 000 Bosniaken aus dem Sandschak, die meist die serbische Staatsbürgerschaft besitzen.¹¹³

Die zwei im Hinblick auf Extremismus in Österreich relevantesten Identitätsgruppen sind Bosnier und Albaner. Wer sich als Bosnier – oder Bosniake – bezeichnet, kommt in der Regel aus einer muslimischen Familie, da sich christlich-orthodoxe und katholische Menschen aus Bosnien-Herzegowina normalerweise als Serben oder Kroaten identifizieren.¹¹⁴ Im Gegensatz hierzu definiert sich ein albanischer Migrationshintergrund über die ethnische Zugehörigkeit: Zusätzlich zu Menschen aus Albanien gehören hierzu Albaner aus dem Kosovo, das bis 1999 Teil Serbiens war, und Nordmazedonien, wo Albaner eine Minderheit sind.

Migranten aus dem ehemaligen Jugoslawien – das heißt in vorliegendem Fall Bosnien-Herzegowina, Nordmazedonien und Kosovo – kamen in zwei Migrationswellen nach Österreich: als Arbeitsmigranten nach dem Anwerbeabkommen ab 1966 und als Flüchtlinge in Folge der Zerfallskriege Jugoslawiens ab 1992.¹¹⁵ Die zwei Wellen unterschieden sich bezüglich Motivation und sozio-ökonomischer Zusammensetzung: Mit der Arbeitsmigration kamen vor allem weniger gebildete Personen, die ihre Familien im Herkunftsland unterstützen wollten, während mit der Fluchtbewegung ab 1992 Menschen aus allen Gesellschaftsschichten, darunter viele Akademiker, ihren Weg nach Österreich fanden (IP 48). Die vergleichsweise kleine Zahl von Migranten aus Albanien erklärt sich mit der Isolation des Landes während der 1960er und 1970er Jahre, die eine Arbeitsmigration unmöglich machte, und der Tatsache, dass Albanien im Zuge des Systemwechsels in den 1990er Jahren nicht in einen Krieg geriet.

Wie das Lagebild zeigt, gab es in den letzten Jahren eine Reihe von gewaltsamen Extremisten, die albanischen oder bosnischen Migrationshintergrund hatten. Zwar ist die überwiegende Mehrheit der Menschen vom Westbalkan sehr gut in Österreich integriert und die Communitys verfügen in der Regel über ein hohes Level an „schützenden“ Faktoren, aber dennoch hat sich aus diesen Communitys heraus eine kleine extremistische Minderheit gebildet, die weitgehend isoliert agiert. Ein [sehr geringes] Radikalisierungspotential ergibt sich aus der Kombination von Ausgrenzungserfahrungen, Identitätskon-

112 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 29.

113 Muhamed Beganovic, „Treffen der Sandschaken“, *Wiener Zeitung*, 26. Februar 2016.

114 Muslime aus dem Sandschak, die die serbische Staatsbürgerschaft besitzen, definieren sich ebenfalls als Bosniaken.

115 Rainer Bauböck, „Nach Rasse und“, S. 13–4, 21–2.

flikten und der politischen Situation in den Herkunftsländern, verbunden mit der Präsenz extremistischer Akteure.

4.2.1 Erscheinungsformen

Personen mit bosnischem oder albanischem Migrationshintergrund sind in jüngster Vergangenheit vor allem im Bereich gewaltsamer Extremismus aufgefallen, wohingegen aktivistische und passive Strukturen eher schwach ausgeprägt sind.

Gewaltsamer Extremismus

Unter Personen mit albanischem, vor allem aber bosnischem Migrationshintergrund konnten sich in der Vergangenheit eine Reihe von dschihadistischen Akteuren und Gruppen etablieren. Sie zeichnen sich im Allgemeinen durch eine hohe Motivation aus und waren in der Lage, einige extremistische Moscheegemeinden zu etablieren. Einer der wichtigsten Gründe für ihre Entstehung waren die Kriege im zerfallenden Jugoslawien der 1990er Jahre. Laut einem ehemaligen Verfassungsschützer haben Akteure mit Kriegserfahrung die ersten dschihadistischen Strukturen in Österreich aufgebaut: „In der Folge konnte dann auch beobachtet werden, dass es vorwiegend Leute gewesen sind, die [während des Bürgerkriegs] in Bosnien-Herzegowina bei der 7. Muslimischen Brigade in Zenica gekämpft haben beziehungsweise bei der Einheit El Mujahid. Da sind Leute darunter gewesen, die Kampferfahrung hatten, und die wiederum ... sehr viele Leute für den Kampf in Syrien rekrutiert haben“ (IP 30).

Wie Guido Steinberg zeigt, waren Personen mit bosnischem Migrationshintergrund im vergangenen Jahrzehnt die erfolgreichsten „Rekrutierer“ für dschihadistische Gruppen in Österreich und hatten Einfluss weit über ihre eigene Community hinaus. Hierzu gehörte vor allem der aus dem Sandschak stammende Mirsad Omerovic, alias Ebu Tejma, der zwischen 2009 und 2014 Österreichs prominentester Dschihadist war. Nach einem Studium in Saudi-Arabien predigte Tejma vor allem in der [heute nicht mehr existierenden] Altun-Alem-Moschee in Wien und veröffentlichte Videos seiner Predigten auf YouTube. Laut Steinberg wiesen ihn diese Vorträge „als ... besonders radikalen Dschihadisten aus, so dass Dutzende seiner Anhänger und Anhängerinnen ab spätestens 2013 nach Syrien zogen“.¹¹⁶ Ein weiteres Beispiel ist Ebu Muhammed, der ebenfalls in Saudi-Arabien studiert hatte und sich nach seiner Rückkehr nach Österreich an verschiedenen Moscheen in Wien und Graz betätigte, wo er überwiegend in bosnischer Sprache predigte. Obwohl bis heute nicht klar ist, ob er aktiv für den IS rekrutierte [ein entsprechendes Urteil wurde im Jahr 2020 vom Obersten Gerichtshof aufgehoben], reisten aus dem Umfeld seiner al-Taqwa-Moschee in Graz mindestens 38 meist bosnisch-stämmige Personen nach Syrien aus. Ähnliche Entwicklungen gab es auch an der salafistischen

116 Steinberg, *Islamistischer Terrorismus* in, S. 8.

Wiener Melit-Ibrahim-Moschee, wo er ebenfalls tätig war. Nicht zuletzt der Attentäter vom 2. November 2021, der einen nordmazedonischen Migrationshintergrund hatte, war dort laut Steinberg „wiederholt anzutreffen“.¹¹⁷

Die prominente Rolle bosnisch-stämmiger Rekrutierer bedeutet nicht, dass die dschihadistische Szene innerhalb der Westbalkan-Community zahlenmäßig sehr groß ist. Wie ein bosnisch-stämmiger Theologe erklärt, sind Dschihadisten mit Bezug zum Westbalkan zwar bedeutend, aber nicht besonders zahlreich:

Ich glaube, dass sie anzahlmäßig sehr gering sind ... Und dass ihre Attraktivität auch sehr stark... nachgelassen hat. Das Problem ist: Sie haben eine Stimme, sie sind eher laut, sie trauen sich was zu sagen und sprechen sehr viele persönlich an ... Was nicht dazu führen darf, dass man sie unterschätzt. Klein heißt nicht unbedeutend. Aber in der Proportion [zur Größe der Community] sind sie [sehr klein]. [IP 21]

Wie verschiedene Interviewpartner berichten (IP 01, 09, 10), ist der Grund hierfür, dass die Community Anhänger von salafistischen und dschihadistischen Gruppen relativ konsequent aus den eigenen Moscheevereinen und anderen Community-Organisationen ausgeschlossen hat, so dass sich Unterstützer andere Zusammenhänge und Strukturen suchen mussten. Ein albanisch-stämmiger Wissenschaftler berichtet: „Einer hat mir gesagt: ‚Wenn ich sie in meine Moschee lasse, habe ich am Ende des Tages vielleicht fünfzig Prozent Radikale hier.... Ich möchte nicht, dass der ‚Virus‘ auf meine Leute überspringt, da ist mir lieber, ich schließe sie aus und sag, ihr habt hier nichts verloren“ [IP 01]. Eine bosnisch-stämmige Integrationsexpertin bestätigt dies: „Die Bosnier, die hier radikalisiert [sind ...] die haben sowieso keinen und die möchten auch keinen Anschluss an die richtige bosnische Community. Umgekehrt genauso. Man hat sich ja nichts zu sagen“ [IP 48].

Aktivistischer Extremismus

Der Bereich des aktivistischen Extremismus ist in den bosnischen und albanischen Communitys sehr klein. Die uns vorliegenden Daten zeigen, dass es in diesem Bereich kaum organisierte Akteure oder Strukturen gibt, auch wenn gelegentlich einzelne bosnische und albanische Imame auffallen, die versuchen, für islamistische Einstellungen zu werben [IP 29]. Wie ein Interviewpartner berichtet, habe sich in Wien außerdem eine aus Nordmazedonien stammende Jugendbewegung etabliert, die möglicherweise dem aktivistischen Islamismus zuzurechnen ist und einen Anführer hat, der zwar in der Schweiz lebe, aber ursprünglich in Wien aufgewachsen sei. Während die Gruppe im Kosovo be-

117 Ibid., S. 9. Unter den gewalttätigen Extremisten finden sich auffällig viele Bosniaken, die aus dem Sandschak stammen, sowie Albaner aus Nordmazedonien. Der Sandschak, als muslimische Enklave in Serbien, ist besonders prädestiniert für einen „Wagenburg-Islam“. Er gilt als einer der Hotspots für Dschihadisten am Balkan. Siehe „Wien – Drehscheibe der Dschihadisten vom Balkan?“, *Deutsche Welle*, 3. November 2020.

reits mit öffentlichen Kampagnen aufgefallen sei, werbe sie unter Jugendlichen in Wien bislang vor allem für eine strenge Auslegung der hanafitischen Rechtsschule (IP 01).

Passiver Extremismus

Wie von verschiedenen Experten beobachtet, haben die Kriege, die den Zerfallsprozess Jugoslawiens begleiteten, innerhalb der muslimischen Bevölkerungen des Balkans einen Islamisierungsschub ausgelöst, der in ähnlicher Weise in weiten Teilen der mehrheitlich islamischen Staaten schon seit den 1970er Jahren zu beobachten war. Strengere Auslegungen des Islam wurden einerseits durch Auslandskämpfer, die auf Seiten der Bosniaken kämpften, auf den Balkan gebracht. Andererseits kamen sie im Rahmen der Wiederaufbauhilfe durch die Golfstaaten und – im Laufe der letzten fünfzehn Jahre – zunehmend auch durch die Türkei (IP 04). Die Region hat sich so zur politischen „Spielwiese“ verschiedener Nationen entwickelt.¹¹⁸

Die Folge war und ist auch in Österreich ein stärker werdender Bezug auf den Islam als primäre Identitätsquelle, der laut einer kontrovers diskutierten Studie von Peter Filzmaier und Flooh Perlot als Bezugspunkt bei der jüngeren Generation noch stärker verankert ist als bei der älteren.¹¹⁹ So berichten verschiedene Interviewpartner, dass in Schulen verstärkt auf die Einhaltung islamischer Speisevorschriften und anderer Regeln geachtet wird (IP 12, 14, 47). Dies ist jedoch, auf sich allein gestellt, kein Extremismus und kein Hinweis auf eine Absetzungsbewegung vom Rest der österreichischen Gesellschaft, in der das Recht auf freie Ausübung der Religion durch die Verfassung geschützt wird. Strukturen des passiven Extremismus, die sich aktiv und systematisch gegen die österreichische Verfassungs- und Gesellschaftsordnung richten würden, existieren unserer Kenntnis nach innerhalb der Migrations-Community Westbalkan aktuell keine.

4.2.2 Radikalisierungsdynamik

Für Radikalisierungsdynamiken gibt es innerhalb der Westbalkan-Community basierend auf unserem Modell nur ein geringes Potential. Dies hängt vor allem mit ihrer vergleichsweise erfolgreichen Integration sowie verschiedenen Schutzfaktoren zusammen. Zusammenhänge, die eine Radikalisierung begünstigen, sind Ausgrenzungserfahrungen und Identitätskonflikte auf der „Nachfrage“- sowie Konflikte in den Herkunftsländern und vereinzelte extremistische Akteure auf der „Angebots“-Seite.

118 Zum türkischen Einfluss siehe auch: Jahja Muhasilović, *Turkey's Soft Power and Public Diplomacy in Bosnia-Herzegovina and Sandžak (2002-2017)*, Istanbul 2020.

119 Peter Filzmaier, Flooh Perlot, „Muslimische Gruppen in Österreich. Einstellungen von Flüchtlingen, ZuwanderInnen und in Österreich geborenen MuslimInnen im Vergleich“, *ÖIF-Forschungsbericht*, 2017, S. 22, 27.

Nachfragefaktoren

Auf der „Nachfrage“-Seite stehen Ausgrenzungserfahrungen und Identitätskonflikte einer weitgehend positiven Integrationsgeschichte sowie diversen kulturell und geschichtlich bedingten Schutzfaktoren gegenüber. Aufgrund der Herkunft entweder aus einer kommunistischen Diktatur (1960er bis 1980er Jahre), aus einem Kriegsgebiet (1990er Jahre) und/oder aus Gebieten mit dysfunktionalen staatlichen Strukturen und hoher Korruption (Kosovo) hat die überwiegende Mehrheit der Personen mit bosnischem oder albanischem Familienhintergrund nach Einschätzung mehrerer Interviewpartner Vertrauen in die österreichischen Institutionen und betrachtet Österreich als zumindest zweite Heimat (IP 01, 09, 29, 48). Auch einem wesentlichen Teil der Albaner in Österreich wird in verschiedenen Interviews mit Experten bescheinigt, „angekommen“ und mit Österreich als neuer Heimat verbunden zu sein. Ein Mitglied des Vereinsvorstands einer albanischen Moschee berichtet sogar: „Um ganz ehrlich zu sein, und ich gehe erstmal von mir selber aus, bin ich mehr mit Österreich verbunden, als mit dem Ort in Mazedonien in dem ich gelebt hatte“ (IP 10).

Diese positive Integrationserfahrung spiegelt sich auch in verschiedenen Studien und Statistiken wider. So weist die Altersgruppe der 14 bis 24-jährigen mit bosnischen Wurzeln einen im Vergleich zu vielen anderen Einwanderungsgruppen hohen Bildungsstandard auf. Unter ihnen ist laut einer Studie des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) von 2019 die Gruppe derjenigen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügt, mit 15 Prozent genauso niedrig, wie bei jenen ohne Migrationshintergrund; 27 Prozent haben die Matura und 17 Prozent verfügen über einen Hochschulabschluss. Die Studie hält fest: „Im Vergleich zu ihren Eltern kann für diese Gruppe an jungen Menschen ein merkbarer sozialer Aufstieg festgehalten werden, denn erstere sind nahezu zur Hälfte in den beiden unteren Berufskategorien platziert“.¹²⁰ Menschen mit Migrationshintergrund aus dem ehemaligen Jugoslawien weisen außerdem eine deutlich höhere Erwerbstätigenquote auf als etwa Menschen mit türkischem, syrischem oder afghanischem Migrationshintergrund. Das fällt vor allem bei der Erwerbstätigenquote der Frauen stark ins Gewicht.¹²¹

Ein weiterer Faktor sind kulturelle und historische Prägungen. Zwei bosnische Interviewpartnerinnen (IP 21, 29) weisen in diesem Zusammenhang auf die historische Verbundenheit mit Österreich hin und sehen darin einen Grund für eine gut funktionierende Integration. Hinzu kommt der traditionell liberale bosnische Islam, der erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten durch die Konsequenzen des Krieges und den „Import“ fremder islamischer Strömungen „intoleranter“ geworden sei (IP 21). Unter Albanern hat sich im Laufe der Geschichte ein spezifisch albanischer Nationalismus herausgebildet, der für religiös inspirierte Formen des Extremismus ein Hindernis darstellt. Der albanische Denker und Philosoph Pashko Vasa brachte die weit verbreitete nationalistische

120 Kenan Güngör, Martina Zandonella, Bernhard Hoser und Valentin Sützl, „Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien. Zugehörigkeiten, Einstellungen und Abwertungen“, *ÖIF-Forschungsbericht*, 2019, S. 19, 21.

121 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 59.

Haltung der Albaner bereits im 19. Jahrhundert in einem bis heute prägenden Satz auf den Punkt: „Und schaut nicht auf Kirche und Moschee: Der Glaube des Albaners ist das Albanertum!“¹²² Dieses stark ausgeprägte Nationalbewusstsein wird in extremistischen Kreisen als unislamisch betrachtet und ebenso abgelehnt wie die Beibehaltung einiger Elemente aus der christlichen Tradition oder anderer Elemente des albanischen Volkislam. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Albaner über ein Jahrhunderte altes Gewohnheitsrecht verfügen, dessen verschiedene Ausprägungen als „Kanun“ zusammengefasst werden.¹²³ Der darin festgeschriebene Ehrbegriff stellt dabei ein konstituierendes Element der albanischen Kultur dar. Anders als das „Adat“, ein unter Tschetschenen geläufiges Gewohnheitsrecht (siehe 4.4.2),¹²⁴ wurde der „Kanun“ jedoch nie an islamisch begründete Rechtsverständnisse angepasst und steht ihnen in vielen Fragen diametral entgegen.¹²⁵

Diesen, die „Nachfrage“ nach Extremismus eher hemmenden Faktoren stehen Ausgrenzungserfahrungen entgegen, die zwar bei Personen mit bosnischem oder albanischem Migrationshintergrund weniger ausgeprägt sind als zum Beispiel bei Mitgliedern der türkischen Community,¹²⁶ aber dennoch zum kollektiven Erfahrungsschatz der Community gehören. Als besonders „ungerecht“ wird dabei die Medienberichterstattung über bosnisch-stämmige Auslandskämpfer oder den albanisch-stämmigen Attentäter vom 2. November 2020 empfunden, die basierend auf Einzelbeispielen pauschale Urteile über die gesamte Community fällt. Wie eine bosnisch-stämmige Integrationsexpertin meint: „Wenn es dann heißt, ja, in Bosnien sind alle radikal, und hier fängt es auch schon an, und [diese oder jene] bosnische Moschee, die muss jetzt schließen... Das ist dann schon... ein schlechtes Bild, ein schwarzer Punkt, ein Schlag ins Gesicht“ [IP 48].

Hiermit zusammenhängend kommt es trotz der positiven Integrationsgeschichte innerhalb der zweiten und dritten Generation zu Identitätskonflikten. Zusätzlich zu Ausgrenzungserfahrungen hätten diese ihre Ursache in familiären Traditionen, in denen das Herkunftsland als Sehnsuchtsort idealisiert werde [IP 47]. Eine weitere Ursache ist, so ein interviewter Gerichtspsychiater, im individuellen Scheitern zu suchen:

In allen sozialen Gruppen und auch Migrantengruppen, ist es so, dass Leute scheitern. [...] [Man sucht] dann einen Ausweg. Und der eine Ausweg ist, man wird kriminell und landet irgendwann ein paar Mal im Gefängnis. Noch ein Ausweg ist, man bildet

122 Zitiert in Armin Hetzer, „Die Funktion des Skanderbeg-Mythos für die nationale Identität der Albaner: Vom Athleta Christi zum Garanten des laizistischen Staates“ in Reinhard Lauer (Hg.), *Erinnerungskultur in Südosteuropa* (Berlin: De Gruyter, 2011), S. 116.

123 Der Kanun enthält albanisches Gewohnheitsrecht aus prächristlicher und präislamischer Zeit. Eine deutsche Übersetzung bietet Robert Elsie (Hg.), *Der Kanun: Das albanische Gewohnheitsrecht nach dem sogenannten Kanun des Leka Dukagjinit* (Berlin: Osteuropa-Zentrum Verlag, 2014).

124 Martin Malek, „Understanding Chechen Culture“ in Alexander Janda, Norbert Leitner und Mathias Vogl (Hg.), *Chechens in the European Union* (Wien: ÖIF, 2008), S. 43–4.

125 Siehe Elsie, *Der Kanun*.

126 Güngör, „Junge Menschen mit“, S. 25, 35.

eine Gruppe, und die kann was Positives machen oder die kann was Negatives machen. [Diese] Leute sind es [dann], die auf [Extremisten] am meisten hören. [IP_26]

Beide Konfliktformen machen junge Menschen potentiell anfällig für Angebote, die ihnen Platz, Anerkennung und die Möglichkeit geben, sich zu beweisen.¹²⁷

Angebotsfaktoren

Auf der Angebotsseite ist besonders die Entwicklung in den Herkunftsländern entscheidend. Sowohl in Bosnien-Herzegowina als auch in Nordmazedonien und dem Kosovo ist seit den 1990er Jahren die Ausbreitung religiös-extremistischer Ideen zu beobachten. Durch die oftmals vorhandene enge Anbindung über familiäre Kontakte an den ehemaligen Wohnort und damit an das Herkunftsland, finden diese Ideen ihren Weg auch in die hiesigen Communitys. Gleichzeitig ist im Kosovo und in Nordmazedonien, wie ein albanisch-stämmiger Wissenschaftler bemerkt, eine Gegenbewegung aktiv, die sowohl von der Glaubensgemeinschaft als auch von staatlicher Seite ausgeht und versucht, extremistische Positionen zurückzudrängen: „Der offizielle Islam im Kosovo und in Nordmazedonien [unternimmt] eigentlich sehr viel, um den Salafismus so weit wie möglich Einhalt zu gebieten. Also sowohl [von Seiten der] islamischen Glaubensgemeinschaft in Kosovo als auch der nordmazedonischen zum Beispiel gibt es immer wieder Aktionen gegen den Salafismus. Das schwappt dann auch nach Österreich über“ [IP 01].

Was Akteure angeht, so finden sich in Österreich eine ganze Reihe von salafistischen Predigern und Moscheen, aber diese sind aktuell noch weitgehend isoliert und haben keinen Einfluss auf die Mehrheit der bosniakischen Community. Wie bereits beschrieben, geht die Ausbreitung salafistischer Strömungen und damit verbunden eines gewaltsamen Extremismus auf dem Balkan vor allem auf die Teilnahme von vornehmlich arabischen Dschihadisten während der Balkankriege in den 1990er Jahren zurück. Mit Ebu Tejma war ein bosniakischer, aus dem Sandschak stammender Prediger, einer der Hauptverantwortlichen für dschihadistische Propaganda in Österreich und die Anwerbung Jugendlicher und junger Erwachsener für den IS (siehe 4.2.1). Die inzwischen aufgelöste Wiener Altun-Alem-Moschee, in der er predigte, firmierte auch unter der Bezeichnung „Sandschak-Moschee“.¹²⁸

Zwar sind Ebu Tejma und andere Prediger dieser Generation mittlerweile in Haft, aber es hat sich eine neue Generation herausgebildet, für die, wie Steinberg bemerkt, enge Verbindungen vor allem in die viel stärkere deutsche Szene selbstverständlich sind.¹²⁹ An dieser neuen Generation zeigt sich auch die Langzeitwirkung von extremistischen Predigern wie Ebu Tejma. Wie Steinberg erklärt: „Einige Angehörige dieser Alterskohorte

127 In diesem Zusammenhang wird mancherorts auch von „Neo-Salafismus“ gesprochen. Siehe zum Beispiel Hazim Fouad, „Neo-Salafiyya oder Neo-Salafismus? Eine historische Betrachtung zur Beschreibung eines gegenwärtigen Phänomens“, *Interventionen: Zeitschrift für Verantwortungspädagogik*, 3(5) [2015], S. 4-15.

128 Steinberg, *Islamistischer Terrorismus* in, S. 20.

129 Ibid.

waren noch Schüler von Ebu Tejma, andere kennen ihn nicht mehr persönlich, betrachten ihn aber weiter als ihre wichtigste religiös-ideologische Autorität.“¹³⁰

Der für die Zukunft möglicherweise wichtigste Faktor ist der Einfluss ausländischer Konflikte. Als Folge der Balkankriege der 1990er Jahre sind die geographischen und politischen Verhältnisse bis heute nicht abschließend geklärt. Aktuell nehmen die Spannungen zwischen serbischer und bosniakischer Bevölkerung in Bosnien-Herzegowina (mögliche Abspaltung der Republika Srpska)¹³¹ ebenso wieder zu, wie die Spannungen zwischen dem Kosovo und Serbien.¹³² Konfliktlagen dieser Art haben häufig Auswirkungen auf Diaspora-Gemeinden. Je mehr sich die Konflikte in der Herkunftsregion hochschaukeln, umso mehr muss damit gerechnet werden, dass auch in den entsprechenden Communitys in Österreich das extremistische Potential religiöser und nationalistischer Provenienz zunimmt. Das würde nicht nur die albanische und bosnische, sondern dann auch die serbische Community betreffen.

4.2.3 Fazit

Die Integration der Communitys vom Westbalkan in Österreich ist eine Erfolgsgeschichte. Sowohl Albaner als auch Bosnier haben im Laufe der letzten Jahrzehnte Österreich zu ihrer neuen Heimat gemacht und sind dadurch ein Stück weit Österreicher geworden. Für diesen Erfolg gibt es viele Gründe. Einer hiervon mag damit zusammenhängen, dass sich Menschen vom Westbalkan bereits als Europäer identifizierten, bevor sie nach Österreich kamen. Wie ein bosnisch-stämmiger Theologe meint: „Sie versuchen, diese europäische Identität, die sie haben, einzubringen. Sie fühlen sich als Europäer nicht fremd, sondern als Teil dieser Gesellschaft“ (IP 21).

Die „Nachfrage“ nach Extremismus innerhalb der Community ist relativ gering – nicht zuletzt, weil mit historischen Verbindungen zu Österreich, dem traditionell liberal geprägten bosnischen Islam und dem albanischen Nationalismus mehrere „Schutzschilder“ existieren, die es religiös inspirierten Extremisten schwer machen, an Mitglieder dieser Communitys „heranzukommen“. Extremistische Akteure und Ideen sind zwar präsent, werden aber von der Community meist ausgeschlossen, wenn nicht sogar aktiv bekämpft.

Das bedeutet nicht, dass es keine Probleme gäbe. Wie dieses Lagebild zeigt, haben Personen mit Wurzeln aus dem Westbalkan, insbesondere aus dem Sandschak und Nordmazedonien, einflussreiche Rollen in der dschihadistischen Szene gespielt, waren für die Ausreise von Österreichern in den sogenannten Islamischen Staat verantwortlich und haben sogar einen terroristischen Anschlag in Österreich verübt. Hinzu kommt,

130 Ibid.

131 Siehe „Bosnien wird wieder zum Sorgenkind“, *ORF*, 3. November 2021; <https://orf.at/stories/3235155/>.

132 Siehe Michael Martens, „Der Konflikt begann mit Nummernschildern“, *Frankfurter Allgemeine*, 29. September 2021.

dass die Situation im Westbalkan nach wie vor instabil ist und die Konflikte und Spannungen, die sich dort abspielen, auch in Österreich widerspiegeln. Fortgesetzte Wachsamkeit ist deshalb wichtig, um den Erfolg der Community als fester Bestandteil der österreichischen Gesellschaft zu sichern.

4.3 Arabischer Raum

Der arabische Raum ist die mit Abstand größte Herkunftsregion der vier in diesem Bericht enthaltenen Lagebilder. Er umfasst knapp zwei Dutzend Herkunftsländer in Nordafrika und dem Nahen Osten mit einer Bevölkerung von fast 450 Millionen Menschen. Unter den „Top 20-Nationalitäten“ ausländischer Staatsangehöriger in Österreich findet sich jedoch nur ein einziges arabisches Land, nämlich Syrien mit 55 000 Personen. Weitere arabische Staaten mit signifikanten Communities in Österreich sind der Irak (13 000 Staatsangehörige), Ägypten (6 200), Tunesien (2 500), Marokko (1 500), Algerien (1 200) und der Libanon (1 000).¹³³

Einerseits ist diese Gruppe sehr heterogen und divers. Nicht alle Araber sind Muslime, und nicht alle Staatsangehörigen arabischer Staaten – wie beispielsweise syrische oder irakische Kurden – identifizieren sich notwendigerweise als Araber. Und obwohl die arabische Sprache ein Bindeglied darstellt, sind regionale Ausprägungen und Dialekte – etwa im Maghreb – so stark, dass sich Araber in vielen Fällen schlecht verstehen. Hinzu kommt, dass die Einwanderung aus arabischen Staaten bis vor wenigen Jahren größtenteils sporadisch war und aus kleinen Gruppen bestand, die aus jeweils unterschiedlichen Anlässen nach Österreich kamen, so etwa Anhänger der ägyptischen Muslimbruderschaft, Arbeitsmigranten aus dem Maghreb, Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon, aber auch viele Studenten.

Auf der anderen Seite machen die Zahlen deutlich, dass sich die arabische Community in Österreich durch die Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 dramatisch verändert hat. Innerhalb der letzten zehn Jahre hat sich die Zahl ihrer Mitglieder verdreifacht, wobei Syrer und Iraker, von denen 95 Prozent im Zuge der Flüchtlingskrise ins Land gekommen sind, die zwei größten nationalen Gruppen stellen, die zusammengenommen mittlerweile mehr als zwei Drittel der gesamten arabischen Community in Österreich ausmachen.¹³⁴ Kurzum: Wenn wir von der „arabischen Community“ in Österreich sprechen, dann verstecken sich hinter diesem Begriff hauptsächlich junge Syrer und Iraker aus der sogenannten „ersten“ Generation. Hinzu kommt eine deutlich kleinere Zahl von Ägyptern aller Altersgruppen, die zum Teil bereits vor Jahrzehnten nach Österreich gekommen sind.

Wie dieses Lagebild zeigt, gibt es in der arabischen Community in Österreich eine Reihe von extremistischen Erscheinungsformen, nicht zuletzt den aktivistischen Extremismus der ägyptischen Muslimbruderschaft, die in Österreich seit langer Zeit aktiv ist. Innerhalb der Community gibt es ein erhebliches Radikalisierungspotential: Ob und bis zu welchem Grad dieses realisiert wird, hängt vor allem davon ab, inwieweit die Integration von vorwiegend jungen, meist männlichen und zum Teil von ganz anderen Wertvorstellungen geprägten Syrern und Irakern in die österreichische Gesellschaft gelingt.

133 „Bevölkerung am 1.1.2021 nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Bundesland“, Statistik Austria; https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html.

134 Ibid.

4.3.1 Erscheinungsformen

Innerhalb der arabischen Community in Österreich können eine Reihe extremistischer Phänomene beobachtet werden, wobei der aktivistische Extremismus der Muslimbruderschaft die am besten strukturierte und am längsten etablierte Erscheinungsform ist.

Gewaltsamer Extremismus

Was den gewaltsamen Extremismus angeht, muss zwischen organisierten und unorganisierten Manifestationen unterschieden werden. Der organisierte Dschihadismus in Österreich hat laut Guido Steinberg seine Wurzeln in den frühen 2000er Jahren in der *Sahaba*-Moschee in Wien, die Salafisten aus verschiedenen Migrations-Communitys sowie Konvertiten an einem Ort versammelte. Eine der wichtigsten Personen, die diese Szene hervorgebracht hat, war der ägyptisch-stämmige Österreicher Mohamed Mahmoud, der im Zuge der amerikanischen Invasion bereits Anfang der 2000er Jahre als Auslandskämpfer in den Irak zog, sich dort einer dschihadistischen Gruppe anschloss und in den darauffolgenden Jahren in Österreich eine der damals wichtigsten Verbreitungsplattformen für dschihadistische Videos aufbaute, die sogenannte *Global Islamic Media Front*. Mahmoud war einer der erfolgreichsten europäischen Propagandisten und Rekrutierer für den „globalen Dschihad“, obwohl die Mehrheit der durch ihn zum Dschihadismus „konvertierten“ Personen nicht arabisch-stämmig waren, sondern andere oder keine Migrationshintergründe hatten. Hinzu kommt, dass Mahmoud nach Abbüßung einer vierjährigen Haftstrafe Österreich im Jahr 2011 verließ und nach Deutschland zog. Laut Steinberg hatte er ab seiner Ausreise nach Deutschland auf die österreichische Szene nur noch „indirekten“ Einfluss.¹³⁵

Während die organisierte dschihadistische Szene in Österreich von anderen Migrations-Communitys (siehe 4.2.1 und 4.4.1) dominiert wird, kam es in letzter Zeit zu mehreren „unstrukturierten“ Gewalttaten, die häufig antisemitisch motiviert waren und in einigen Fällen mit Mitgliedern der arabischen Community in Verbindung gebracht werden konnten. Laut der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde haben sich antisemitischen Vorfälle in Österreich seit dem Jahr 2014 mehr als verdoppelt, wobei von elf „physischen Angriffen“ im Jahr 2020 fünf dem „islamistischen“ Spektrum zugerechnet wurden.¹³⁶ [Im ersten Halbjahr 2021 waren es vier von acht.]¹³⁷ Hierunter war auch eine Serie von Angriffen im August 2020 in Graz, die sich vor allem gegen die dortige Synagoge und den Präsident der Jüdischen Gemeinde richteten. Der daraufhin festgenommene Täter, ein syrischer Flüchtling, gestand in Untersuchungshaft eine Reihe weiterer Straftaten, deren Ziel ein schwul-lesbischer Verein war. Der damalige Innen-

135 Steinberg, *Islamismus in Europa*, S. 7, 9.

136 Die Statistik unterscheidet nicht nach Migrationshintergrund, sondern ausschließlich nach Ideologie. Sie „Antisemitische Vorfälle 2020“, *Antisemitismus-Meldestelle der IKG*, 2020; <https://www.antisemitismus-meldestelle.at/berichte>

137 Siehe Antisemitismus Meldestelle, „1. Halbjahr 2021“; <https://www.antisemitismus-meldestelle.at/berichte>.

minister Karl Nehammer beschrieb ihn deshalb als „radikalislamistische[n] Antisemit, der obendrein noch homophob ist“.¹³⁸

Wie bereits bei mehreren Fällen in Deutschland, wurde auch bei dem Beschuldigten in Graz eine Persönlichkeitsstörung diagnostiziert. Dass diese überdurchschnittlich häufig bei Personen auftreten, die Fluchterfahrungen haben, und zusammen mit bestimmten Prägungen und Orientierungen zu extremistisch motivierter Gewalt führen können,¹³⁹ ist ein relativ neues Phänomen, was Sicherheitsbehörden weiterhin genau beobachten sollten.

Aktivistischer Extremismus

Der aktivistische Extremismus innerhalb der arabischen Community wird von der Muslimbruderschaft [MB] dominiert. Die 1928 in Ägypten gegründete Organisation ist die wahrscheinlich größte, weltweit operierende islamistische Organisation. Laut deutschem Verfassungsschutz erklärt sich ihr antipluralistischer Charakter folgendermaßen:

Ziel der MB, die auch heute noch in wesentlichen Elementen von der Ideologie ihres Gründers Hasan al-Banna geprägt wird, ist die Errichtung eines politischen und gesellschaftlichen Systems auf der Grundlage von Koran und Sunna ... Diese Ideologie sowie die von der MB angestrebte islamistische Staatsform sind nicht mit demokratischen Grundprinzipien wie dem Recht auf freie Wahlen, dem Recht auf Gleichbehandlung sowie der Meinungs- und Religionsfreiheit vereinbar.¹⁴⁰

Die Muslimbruderschaft kann auf eine lange Geschichte in Österreich zurückblicken. Wichtige Vertreter der Organisation lebten in den 1960er Jahren im Land, während andere die entstehende Gemeinde arabischer Muslime vom Islamischen Zentrum in München aus unterstützten, das bis heute als eine der wichtigsten Zentralen der Muslimbruderschaft in Europa gilt. Trotz der vor dem Jahr 2015 vergleichsweise kleinen arabischsprachigen Community, von der nur ein Teil muslimisch religiös ist, ist es der Muslimbruderschaft gelungen, sich innerhalb der Community in Österreich zu etablieren und Strukturen aufzubauen, die von Moscheen über Jugendorganisationen und Vereine bis hin zu diversen Bildungseinrichtungen reichen. Bis vor einem Jahrzehnt spielten mit ihr affillierte Gruppen eine wichtige Rolle innerhalb der IGGÖ.¹⁴¹ Zu den Strukturen, die der Muslimbruderschaft zuzurechnen sind, zählen außerdem Vereine, die der *Hamas*, der palästinensischen Filiale der Muslimbruderschaft,¹⁴² ideologisch nahestehen.

138 Zitiert in Colette M. Schmidt, „Nehammer sieht nach Anschlag auf Grazer Synagoge ‚islamistisches Motiv‘“, *Der Standard*, 24. August 2020.

139 „Terror und Psychose“, *Die Zeit*, 10. November 2021.

140 „Verfassungsschutzbericht 2020“, *Bundesministerium des Innern*, S. 246.

141 Heiko Heinisch und Lorenzo Vidino, *Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Europa und Österreich. Zwei Berichte* [Dokustelle: Wien 2021], S. 21–2.

142 „Verfassungsschutzbericht 2020“, *Bundesministerium des Innern*, S. 246.

Bestehende Strukturen ermöglichten es der Muslimbruderschaft nahestehenden Organisationen, sich ab 2015 in der Flüchtlingsarbeit zu engagieren.¹⁴³ Mit der Betreuung von Flüchtlingen, denen etwa in Wien Sprach- und Wertekurse angeboten wurden, erreichten diese Organisationen mehrere Ziele gleichzeitig: Sie erhielten staatliche Förderung; generierten Anerkennung für ihr soziales Engagement; kamen in Kontakt zu Politikern; und konnten neu nach Österreich eingewanderte Muslime ansprechen, um diese für die eigene Organisation zu werben. Und tatsächlich: Verschiedene Interviewpartner bestätigen, dass Mitglieder der Muslimbruderschaft Alltagsgeschäfte von Flüchtlingen „unterstützen“ (IP 16), „super organisiert“ (IP 35) und trotz vergleichsweise kleiner Strukturen an vielen Orten präsent sind (IP 43). Dies entspricht der Strategie, die die Gruppe auch in ihrem Mutterland Ägypten seit ihrer Gründung praktiziert, nämlich ihre islamistischen Überzeugungen im Sinner einer Graswurzelbewegung über soziales Engagement zu verbreiten.

Passiver Extremismus

Obwohl innerhalb der arabischen Community – und speziell bei Personen, die erst in den letzten Jahren nach Österreich gekommen sind – eine Vielzahl von community-internen Strukturen besteht, konstituiert dies nicht zwangsläufig „passiven Extremismus“. Für Migrations-Communitys der ersten Generation ist es nicht ungewöhnlich, dass – parallel zur Integration in die neue Gesellschaft – enge Verbindungen zu Mitgliedern der eigenen Community gesucht oder aufrechterhalten werden. Die so entstandenen Strukturen bieten nicht nur emotionale Unterstützung, sondern auch – und vor allem – konkrete Hilfe beim Zurechtfinden in einem kulturell und sprachlich neuen Land. Wie eine Syrerin, die in der Flüchtlingshilfe aktiv ist, berichtet:

Ich bin auch ein Teil von dieser Parallelgesellschaft, *you know*. Ja, ich bin Syrerin: Ich rede mit meinen Kindern Syrisch, Arabisch. Sie antworten auf Deutsch, aber immerhin ... Ich habe viele Freunde, die Diaspora oder die neuen Migranten, die in Österreich sind. Sie leben unter sich. Warum? Weil es normal ist. Sie haben diese Gefühle. Sie vermissen [ihre] Heimat. Sie brauchen diese familiäre [Bindung]. Die Österreicher haben ... kein Interesse, mit der syrischen Nachbar[in], die ein drei Meter langes Kopftuch um ihren Kopf trägt, [zu sprechen]. Welche Nachbarn [wollen mit] ihr sprechen? Kein Mensch. [IP 35]

Solange sich diese Strukturen nicht gegen die neue Gesellschaft richten und nicht als Alternative zu ihr konstruiert werden, kann deshalb nicht von „passiven Extremismus“ gesprochen werden.

In manchen Fällen sind die Übergänge jedoch fließend. So berichten Angehörige von Minderheiten, die bereits seit Jahrzehnten in Österreich sind, dass das Klima innerhalb der Community seit der Flüchtlingskrise rauer geworden sei, und dass die „Neuankömml-

143 Siehe Nina Scholz, „Flüchtlingsbetreuung durch Islamisten“, *Kurier*, 17. Mai 2017.

linge“ aus dem Irak und Syrien die in ihren Ländern eskalierenden Konfessionskonflikte nach Europa bringen würden.¹⁴⁴ Wie eine irakische Christin erklärt: „In 20 Jahren in Österreich hat... mich nie jemand gefragt, was meine Religion ist. [Doch] seit der Flüchtlingskrise werde ich oft gefragt, ob ich Muslimin oder Christin [bin, und auch] weshalb ich kein Kopftuch trage“. Hierdurch, so die Interviewpartnerin, würde ihre gesamte Existenz in Österreich in Frage gestellt: „Vor Extremismus habe ich keine Angst, weil das sind nicht viele ... [Aber ich habe Angst,] dass meine Freiheit, wofür ich gekämpft habe, mein Leben, mein Familienleben alles bedroht [wird]“ (IP 39).

4.3.2 Radikalisierungsdynamik

Innerhalb der arabischen Community gibt es – auf beiden Seiten der „Radikalisierungsgleichung“ – erhebliches Potential. Ob dieses realisiert wird, hängt auch – und vor allem – vom Integrationserfolg der in den letzten Jahren neu nach Österreich gekommenen Syrer und Iraker ab.

Nachfragefaktoren

Was die Ansprechbarkeit für Radikalisierung betrifft, so gibt es besonders bei „Neuankömmlingen“ aus Syrien und dem Irak eine Reihe von relevanten Faktoren. Der erste ist, dass die politische und emotionale Polarisierung, die auf allen Seiten im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise stattgefunden hat, auch bei den Betroffenen Spuren hinterlassen hat. Es ist deshalb nicht überraschend, dass Personen mit arabischem Migrationshintergrund ebenso von Diskriminierung und Ausgrenzung berichten wie die übrigen in diesem Bericht untersuchten Gruppen. So wurden für die Studie „Junge Menschen mit muslimischer Prägung“ neben Jugendlichen mit bosnischem, türkischem, kurdischem, tschetschenischem und afghanischem Migrationshintergrund auch solche mit syrischem nach der Häufigkeit subjektiver Diskriminierungserfahrung befragt: Drei Viertel [75 Prozent] aller Befragten gaben an, sich bereits diskriminiert gefühlt zu haben – mehr als in jeder anderen genannten Gruppe.¹⁴⁵

Hinzu kommt, dass die formale Integration, also in Bildungseinrichtungen und auf dem Arbeitsmarkt, nach wie vor schleppend verläuft. Bei nahezu allen Indikatoren – sei es Erwerbstätigenquote, Frauenerwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Bildungsabschlüsse – liegen die „Neuankömmlinge“ aus Syrien, dem Irak und Afghanistan (die in offiziellen Statistiken meist als eine Gruppe zusammengefasst werden) auf dem letzten Platz.¹⁴⁶ (Die Migrations-Community Nordkaukasus wird nicht als

144 Wobei hervorgehoben werden sollte, dass natürlich auch nicht-muslimische Einwanderer Konflikte aus ihren Herkunftsländern „importieren“ können. Siehe Christian Ochsner und Felix Roesel, „Migrating Extremists“, *The Economic Journal*, 130[628] (2020), S. 1135–72.

145 Güngör, „Junge Menschen mit“, *ÖF-Studie*, S. 35.

146 „Statistisches Jahrbuch“, *Statistik Austria*, S. 8–19.

eigenständige Kategorie erfasst; siehe 4.4.) Dies hat eine Reihe von Gründen, nicht zuletzt sprachliche Defizite, mangelnde Ausbildung im Herkunftsland, und rechtliche Hindernisse. Es ist außerdem davon auszugehen, dass Personen mit syrisch oder irakisch klingenden Namen am Arbeitsmarkt unter Diskriminierung leiden.¹⁴⁷

Hiermit verbunden sind Identitätskonflikte, die normalerweise erst bei der „zweiten“ Einwanderergeneration auftreten, aber im Falle von syrischen und irakischen Flüchtlingen bereits in der „ersten“ Generation beobachtet werden können. Ein Lehrer berichtet, dass durch die negative Berichterstattung über Flüchtlinge mittlerweile eine Art „Teufelskreis“ entstanden sei, der erfolgreiche Integration behindere:

Wenn ich von Radikalisierung [spreche], haben die Leute sofort den gewaltbereiten Islamisten im Kopf, und der kann nur aus Afghanistan, aus Syrien kommen ... Das haben die Menschen so im Kopf. Und ... das [ist] auch mit der Grund, weshalb es dann vermehrt zu dieser Selbst-Ethnisierung kommt, genau aus diesen Gruppierungen. Und [diese sich dann] aus dieser Situation heraus noch ungerechter behandelt, beurteilt fühlen. [IP 31]

Eine Irakerin beschreibt die Situation als „Schizophrenie“, die unter anderem idealisierten Vorstellungen über das Leben in Österreich geschuldet ist: „[Zuerst sind sie] begeistert ... Sie suchen diese Freiheit. Sie leben das Moderne ... [Aber wenn es nicht so läuft,] beschäftigen sie sich [wieder] mit sich selbst. Mit ihrer Community, mit ihren Leuten, die dann sagen: Das ist falsch, was [du] machst. Du musst wieder zurück zu [deinen Wurzeln]“ [IP 39].

Neben Ausgrenzungserfahrungen und Identitätskonflikten können auch verschiedene, aus der arabischen Welt „mitgebrachte“ Prägungen zu verstärkter „Ansprechbarkeit“ für Extremismus führen. Obwohl sich für ein Großteil der Syrer und Iraker mit der Flucht nach Europa die Hoffnung auf Freiheit und ein besseres Leben verband, hatten viele keine genaue Vorstellung davon, was Freiheit in der Praxis bedeutete und wie eine moderne, demokratische Gesellschaft funktionierte. So berichtet ein in Wien lebender Iraker: „Wir kommen aus diktatorischen Ländern, wo Diktatoren geherrscht haben oder noch immer herrschen. Wir wissen nicht, was Demokratie ist. [Viele glauben,] dass Freiheit bedeutet, dass ich alles tun darf, was ich will. [Doch] das ist nicht Freiheit“ [IP 16].

Zusätzlich zu den in verschiedenen Studien dokumentierten patriarchalen Einstellungen, die sich unter anderem in Ablehnung der Homosexualität und niedriger Frauenerwerbsquote ausdrücken,¹⁴⁸ ist besonders der bei Mitgliedern der arabischen Community stärker verbreitete Antisemitismus Anlass zur Sorge. Im regelmäßig erhobenen *ADL Global 100*, einer weltweiten Studie der *Anti-Defamation League*, nehmen arabische Staaten die hintersten Plätze ein. Der für diese Studie konzipierte *Anti-Semitism Index* weist

147 Hofer, „Diskriminierung von MigrantInnen“, *IHS*, S. 2

148 Siehe beispielsweise Ednan Aslans Befragung von muslimischen Flüchtlingen in Graz, die syrische und irakische Flüchtlinge berücksichtigte. Ednan Aslan, „Religiöse und ethische Orientierungen von muslimischen Flüchtlingen in Graz“, *Universität Wien*, 2017.

für Österreich einen Index-Wert von 20 Prozent auf, während sich die arabischen Staaten zwischen 74 Prozent (Saudi-Arabien) und 92 Prozent (Irak) bewegen.¹⁴⁹ Dies spiegelt sich auch unter Migranten und Flüchtlingen aus diesen Ländern in Österreich wider, was nicht zuletzt die im Auftrag der Parlementsdirection 2018 durchgeführte Antisemitismus-Studie bestätigt hat. Während beispielsweise 39 Prozent der repräsentativ Befragten Österreicher der Aussage „Juden beherrschen die internationale Geschäftswelt“ zustimmten, waren dies bei arabisch-sprechenden Personen 64 Prozent.¹⁵⁰

Angebotsfaktoren

Angebotsfaktoren sind innerhalb der arabischen Community in erheblichem Maße präsent. Zum einen gibt es innerhalb der arabischen Migrations-Community durch die verschiedenen Organisationen der Muslimbruderschaft zahlreiche Akteure, die sich im Zuge der Flüchtlingskrise als Ansprechpartner für „Neuankömmlinge“ positioniert haben. Besonders für islamisch religiös orientierte Flüchtlinge sind die Moscheen der Muslimbruderschaft ein Anlaufpunkt. Wie ein Iraker erklärt:

Wenn der Migrant herkommt, fühlt er sich hier fremd. Alleine. Am nächsten Freitag muss er dann zum Freitagsgebet ... Und dann geht er halt zu verschiedenen Moscheen, zu dieser Moschee, zu anderen Moscheen. Natürlich gibt es auch Gruppen auf Facebook ... speziell für die Syrer in Österreich. Daher bekommt man Informationen, wo die nächste Moschee ist, wo arabisch gepredigt wird. Und die meisten davon sind in den Händen der MB. [IP 16]

Ein weiterer Faktor ist die Verfügbarkeit von extremistischen Ideen. Wie bei anderen, in diesem Bericht diskutierten Communitys sind hierbei nicht nur österreichische Medien relevant, sondern auch – und vor allem – was über soziale Medien und Satellitenfernsehen aus dem Herkunftsland konsumiert wird (IP 11, 35). Dies lässt sich von österreichischer Seite kaum beeinflussen und trägt im schlimmsten Fall dazu bei, antipluralistische Werte und Prägungen zu perpetuieren und somit Integration zu erschweren.

Verbunden hiermit ist der Einfluss von Konflikten in arabischen Ländern, die direkt oder indirekt den Extremismus in westlichen Diaspora-Communitys und insbesondere solchen aus betroffenen Ländern wie zum Beispiel Irak und Syrien verschärfen können. Dieses Phänomen war lange anhand der vor allem von arabischen Gruppen und Organisationen vorangetriebenen Instrumentalisierung und propagandistischen Aufladung des Nahost-Konflikte immer wieder in europäischen Metropolen sichtbar. Dschihadis-

149 Siehe „ADL Global 100“, *Anti-Defamation League*, 2020; <https://global100.adl.org/map>.

150 Eva Zeglovits, Paul Unterhuber und Franz Sommer, „Antisemitismus-Studie 2018. Ergebnisanalyse im Überblick“, *IFES/demox*, 2018, S. 11. Für einen detaillierten Überblick über Ergebnisse diverser Studien zum Thema Antisemitismus, siehe Nina Scholz, „Überblicksdossier über ausgewählte Studien, die antisemitische Einstellungen und Vorurteile in Deutschland und Österreich zum Thema hatten“, *ÖIF*, Wien 2021; <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/oeif-vergleichsanalyse-ueberblicksdossier-antisemitismus-11030/>.

tische Attentäter mit Herkunft aus Syrien oder dem Irak, die ihre Anschläge im Westen mit westlicher Politik in der „arabischen Welt“ zu legitimieren suchen, belegen diesen bewusst hergestellten Bezug zwischen Konfliktlagen in der Herkunftsregion und terroristischen Aktionen im Westen.¹⁵¹ Dies kann ein Treiber für gewaltsamen Extremismus sein, besonders wenn es in Zukunft wieder zu einer Eskalation politischer, konfessioneller oder ethnischer Konflikte im Nahen Osten kommt.¹⁵² Auf Nachfrage, ob es in den letzten Jahren in Folge der Konflikte im Nahen Osten auch zu einer Verschärfung der Konflikte innerhalb der Community gekommen sei, antwortete ein arabischer Interviewpartner: „Ja, natürlich. Natürlich“ [IP 13].

4.3.3 Fazit

Im Gegensatz zu den anderen in diesem Bericht untersuchten Communitys hat sich die arabische Community in den letzten Jahren dramatisch verändert. Durch die Ankunft von knapp 70.000 Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak hat sich die Community auf einen Schlag verdreifacht. Sie ist heute deutlich jünger, männlicher und syrischer als noch vor zehn Jahren.

Hierdurch stellen sich eine Reihe von Herausforderungen. Wie das Kapitel gezeigt hat, gab es seit Jahrzehnten eine Szene des aktivistischen Extremismus in Form der Muslimbruderschaft, die gezielt versucht, Muslime von der Gesellschaft zu entfremden und parallelgesellschaftliche Strukturen aufzubauen, die ein Leben nach islamistischen Regeln abseits der nicht-muslimischen Bevölkerung ermöglichen. Durch die Flüchtlinge hat sich der aktivistische Extremismus als religiöser und logistischer Anlaufpunkt noch stärker etabliert; das generelle Klima innerhalb der Community hat sich verschärft; und unstrukturierte, aber extremistisch motivierte physische Angriffe, zum Beispiel auf die jüdische Gemeinde, sind häufiger geworden.

Innerhalb der Community existiert ein signifikantes Radikalisierungspotential: Ausgrenzungserfahrungen und die nur schleppend laufende Integration vieler junger Männer in den Bildungs- und Arbeitsmarkt sowie – zum Teil – problematische Einstellungen und Prägungen aus den Herkunftsländern steht ein Netzwerk aktivistischer Extremisten aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft gegenüber. Ob dies damit verbundene Potential realisiert werden kann, hängt von vielen Faktoren ab, nicht zuletzt der Situation im

151 Alex P. Schmid, „The Systemic Dimension of Jihadist Violence – A Root Cause Analysis of Jihadist Terrorism“ in *EICTP Vienna Research Papers on Transnational Terrorism and Counter Terrorism: Current Developments* [EICTP: Vienna, 2020], S. 46f.

152 Nicolas Stockhammer, „Key Trends in Transnational Terrorism. A Software-Based Key Factor Foresight Analysis“ in *EICTP Vienna Research Papers on Transnational Terrorism and Counter Terrorism: Key Determinants of Transnational Terrorism in The Era of Covid-19 and beyond. Trajectory, Disruption and the Way Forward. Volume II* [EICTP: Vienna, 2021], S. 185; Petter Nesser, „Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq: Tracing Motivational Influences from the Iraq War on Jihadist Terrorism in Western Europe“, *Studies in Conflict & Terrorism*, 29(4) [2006], S. 323–42.

Nahen Osten, mit dem viele der Flüchtlinge noch eng verbunden sind, aber auch – und vor allem – vom Erfolg der Integration in Österreich.

4.4 Nordkaukasus

Thema dieses Lagebilds ist die Migrations-Community aus dem Nordkaukasus, insbesondere der russischen Teilrepublik Tschetschenien. Im Unterschied zu den anderen, in diesem Bericht untersuchten Communitys lässt sich die Zahl der tschetschenien-stämmigen Personen in Österreich nicht genau beziffern, da Tschetschenen in der Regel die russische Staatsangehörigkeit besitzen und in den Ausländerstatistiken nicht gesondert aufgeführt werden. Glaubwürdige Schätzungen gehen jedoch von etwa 30 000 bis 35 000 Personen aus, wovon mehr als die Hälfte in Wien leben. Österreich ist somit Heimat für die zweitgrößte Exilgemeinschaft im Ausland lebender Tschetschenen und spielt für die tschetschenische Diaspora eine zentrale Rolle: Bereits im Jahr 2006 waren geschätzte zwei Prozent der gesamten Bevölkerung der russischen Teilrepublik in Österreich, während es heute sogar fast drei Prozent sein könnten.¹⁵³

Die Migrationsgeschichte der Tschetschenen in Österreich ist unmittelbare Konsequenz der beiden sogenannten Tschetschenien-Kriege in den 1990er Jahren, insbesondere des zweiten Tschetschenienkriegs ab 1999, als russische Truppen die Hauptstadt Grosny besetzt hatten.¹⁵⁴ Hierbei waren massive Menschenrechtsverletzungen gegen die Zivilbevölkerung im Rahmen russischer „Anti-Terror-Operationen“, vor allem in den Jahren 2000 und 2001, ein wesentlicher Treiber der Migration.¹⁵⁵ Beginnend mit dem Jahr 2000 wurde Österreich neben Polen, Frankreich, Belgien und vor allem Deutschland zum bevorzugten Zielland für tschetschenisch-stämmige Flüchtlinge.¹⁵⁶ Obwohl die untersuchte Gruppe prinzipiell heterogen und in sozio-ökonomischer Hinsicht divers ist, kann deshalb zwischen Migranten der sogenannten ersten Welle zu Anfang der 1990er Jahre und denen der zweiten Welle ab 2001 (die zahlenmäßig die Mehrheit ausmachen) unterschieden werden.

Wie das Lagebild zeigt, hat sich die Integration der Community in die österreichische Gesellschaft schwierig gestaltet. Neben Strukturen des passiven Extremismus, die der österreichischen Rechts- und Gesellschaftsordnung diametral entgegenstehen, kam es im Kontext des syrischen Bürgerkriegs zu einer signifikanten Mobilisierung von Mitgliedern der Community in den gewaltsamen Dschihadismus. Ein wichtiger Faktor hierbei waren Ausgrenzungserfahrungen sowie bestimmte (ehrkulturelle) Prägungen, Wertvor-

153 Siehe Jutta Sommerbauer, „Tschetschenen in Österreich: Schwierige Suche nach Normalität“, *Die Presse*, 6. Juli 2020; Martin Hoffmann und David Reichel, „Chechen Migration Flows to Europe – A Statistical Perspective“ in Janda, *Chechens*, S. 21.

154 Thomas Schmidinger und Herwig Schinnerl, „Tschetschenien: Gesellschaft und Geschichte“ in Herwig Schinnerl und Thomas Schmidinger (Hg.), *Dem Krieg entkommen? Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich* (Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag 2012), S. 33–40; vgl. Michael Jäger, „Tschetschenen in Österreich: Die missglückte Integration“, *Kurier*, 28. November 2016. Siehe auch Robert D. Crews, *For Prophet and Tsar: Islam and Empire in Russia and Central Asia* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2009).

155 Herbert Langthaler, „Tschetschenische Fluchtmigration nach Österreich. Ein Überblick“ in Schinnerl, *Dem Krieg entkommen?*, S. 165.

156 *Ibid.*, S. 171–2.

stellungen sowie Affinität zum Kampfsport und sogenannten *Mixed Martial Arts*, die die Insularität der Community beförderten und durch die Negativdarstellung der Community in den österreichischen Medien noch verstärkt wurden. Das [nach wie vor erhebliche] Radikalisierungspotential erklärt sich aus derartigen Nachfragefaktoren zusammen mit der Präsenz extremistischer Ideen und der Salienz ausländischer Konflikte, besonders natürlich in Russland und dem Kaukasus selbst.

4.4.1 Erscheinungsformen

In der tschetschenischen Migrations-Community dominieren passive und gewaltsame Formen des Extremismus, während es kaum aktivistischen Extremismus zu beobachten gibt.

Gewaltsamer Extremismus

Die Anzahl von tschetschenisch-stämmigen Jugendlichen aus Österreich, die sich auf Seite der dschihadistischen Gruppe IS am Krieg in Syrien und dem Irak beteiligt haben, ist außergewöhnlich hoch. Zwischen einem Drittel und der Hälfte aller aus Österreich ausgereisten Syrienkämpfer waren nach verschiedenen Schätzungen tschetschenischen Ursprungs.¹⁵⁷ Dass besonders tschetschenisch-stämmige Personen für die Botschaft des IS so anfällig waren, hat verschiedene Erklärungen. Einer der Gründe ist, dass tschetschenisch-stämmige Kämpfer offenbar grenzüberschreitend über eigens auf sie zugeschnittene Propaganda rekrutiert wurden. Dies bestätigt auch eine Expertin aus dem Bereich Sozialarbeit: „Da gab’s einfach unglaublich viel Content, also in den sozialen Medien, in den ganzen Telegram-Kanälen“ (IP 33). Hinzu kam die Präsenz charismatischer Figuren in Österreich, wie etwa der radikale Prediger Visit D., der laut einem Vertreter der Sicherheitsbehörden „eine große Rolle“ bei der Anwerbung spielte (IP 30). Und nicht zuletzt existierten auch in Syrien starke Identifikationsfiguren wie zum Beispiel Omar al-Shishani, ein ursprünglich nordkaukasischer Kommandeur des IS, der zum bekannten Kämpfer wurde und dessen Präsenz laut Sicherheitsbehörden „eine massive Sogwirkung“ für junge Tschetschenen aus ganz Europa entfaltete (IP 20).

Weitere Faktoren ergaben sich aus spezifischen Prägungen und Einstellungen, die dazu beitrugen, dass junge Personen tschetschenischer Herkunft im besonderen Maße für die Propaganda des IS ansprechbar wurden. Wie in 4.2 dargestellt, zählt hierzu die Perspektivlosigkeit junger Tschetschenen in Österreich, die von den Eltern tradierte Kriegserfahrung und Tradition im „Abwehrkampf“ sowie eine in Teilen der Community präsente, gewaltaffine Ehrkultur. Genauso wichtig war jedoch, was eine Expertin als

157 IP 20. Guido Steinberg erwähnt demgegenüber in einer aktuellen Studie circa 130 Personen: „[V]on den 334 Ausreisewilligen waren etwa 130 russische Staatsbürger und Staatsbürgerinnen. Bei ihnen handelt es sich meist um ethnische Tschetschenen und Tschetscheninnen aus der autonomen Republik oder anderen Kaukasus-Republiken“. Siehe Steinberg, *Islamistischer Terrorismus* in, S. 14.

„neo-tschetschenische Kultur“ beschrieb, die besonders unter jüngeren Community-Mitgliedern ausgeprägt sei [IP 33]. Althergebrachte Affinitäten würden dabei bewusst mit zeitgenössischen Kulturerscheinungen kombiniert, um ein konvergentes Hybrid aus alten Traditionen mit neuen Ausprägungen und Trends zu produzieren und in weiterer Folge Jugendliche anzusprechen, die im Westen und der digitalen Welt sozialisiert sind. Hierzu zählte die „Mischung aus Religion, Mixed Martial Arts, Uniformen und Waffen“, die in ihrer Aufmachung und Ansprache nahezu identisch mit der Propaganda des IS gewesen sei, die im Comic-Stil oder als Hochglanzvideos junge Männer ansprechen sollte [IP 33]. Gewaltvoller Extremismus wurden so mit einem zeitgemäßen Antlitz präsentiert und verkauft.

Aktivistischer Extremismus

Im Gegensatz zum gewaltsamen Extremismus ergeben sich aus der Auswertung der vorliegenden Quellen keine Manifestationen des aktivistischen Extremismus. Der Grund hierfür ist vermutlich die bereits erwähnte Insularität der tschetschenischen Community.

Passiver Extremismus

Statt aktivistischem Extremismus konnten mehreren Formen des passiven Extremismus beobachtet werden, die österreichischem Recht direkt zuwiderlaufen. Obwohl sich hierbei Traditionen aus der „alten Heimat“ mit Lebensweisen der Aufnahmegesellschaft vermischen, praktizieren Teile der Community nach wie vor das strenge tschetschenische Gewohnheitsrecht „Adat“, das mittlerweile analog zu islamischen Rechtsverständnissen zwecks Streitbeilegung zur Anwendung kommt und konsequent über die Normen des Rechtsstaats gestellt wird [IP 33].¹⁵⁸ Urteile der ältesten, höchstrangigen Gemeinschaftsmitglieder haben, zumindest in Teilen der Community, nach wie vor verbindlichen Charakter und folgen einem Werte-, Sitten- und Gesellschaftsbild, das patriarchalisch und autoritär ist sowie auf Prinzipien – wie zum Beispiel der Blutrache¹⁵⁹ – beruht, die der österreichischen Rechtsordnung diametral entgegenstehen [IP 29]. Besonders für Frauen ist dies ein Problem, denn der „Adat“ reglementiert ihre Rolle nach sehr strengen, auf einem kollektivistischen Ehre-Konzept basierenden Prinzipien, die oftmals noch weit über eine strenge Auslegung islamisch argumentierter Moral- und Ehrvorstellungen hinausgehen. Wie Kerstin Jobst, Professorin am Institut für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, erklärt: „Wird die Familienehre beschmutzt, wird zu drastischen Maßnahmen ... gegriffen“.¹⁶⁰

Aus einer extrem konservativen, patriarchalischen Vorstellung heraus resultiert auch das Phänomen des sogenannten Sittenwächtertums, einer Art community-eige-

158 Vgl. Martin Malek, „Understanding Chechen Culture“ in Alexander Janda, Norbert Leitner und Mathias Vogl (Hg.), *Chechens in the European Union* (Wien: ÖIF, 2008), S. 43–4.

159 Ibid.

160 Lukas Kreimer und Bernardo Vortisch, „Tschetscheninnen klagen an: ‚Ehrenmorde sind keine Seltenheit‘“, *Kurier*, 31. Juli 2017.

ner Sittenpolizei, die non-konformes Verhalten – etwa zu freizügige Kleidung bei jungen Frauen – maßregelt oder sogar bestraft. Wie eine Community-Expertin aus dem Nicht-regierungssektor erklärt:

Das Mädchen ... geht raus aus der Wohnung, sie wird fotografiert von irgendeinem, das kommt dann in eine Gruppe. Und in dieser Chatgruppe sind nicht 5-6 Männer, es sind 200 Sittenwächter aus der tschetschenischen Community drinnen. Und [die beurteilen dann,] wie sie falsch gekleidet ist. [IP 44]

Erst im März 2021 wurden fünf tschetschenisch-stämmige, junge Männer in Wien als mutmaßliche Sittenwächter verurteilt, weil sie junge Frauen an den Pranger gestellt hatten.¹⁶¹ Seit Anfang 2020 war die Gruppierung im Großraum Wien aktiv und hatte versucht, mit „Morddrohungen, Nötigung oder mit der Androhung, die gesellschaftliche Stellung zu vernichten, gegen sittenwidriges Verhalten“ vorzugehen.¹⁶² Zu diesem Zweck wurden die Profile tschetschenisch-stämmiger junger Frauen in den sozialen Medien auf normabweichendes Verhalten durchsucht. Die Gruppenadministratoren und selbsternannten Sittenwächter ermittelten daraufhin personenbezogene Daten der jungen Frauen wie beispielsweise Wohnadressen oder Schul- beziehungsweise Arbeitsplätze. In der Regel wurde anschließend ein „belehrendes“ Gespräch mit den betroffenen jungen Frauen geführt. Zeigten sich die derart Inkriminierten einsichtig, blieb es meist bei einer „Verwarnung“. Andernfalls kam es zu offenen Drohungen, indem etwa die Familie der betroffenen Frauen kontaktiert wurde.¹⁶³

Ein drittes Beispiel für passiv extremistische Strukturen innerhalb der tschetschenischen Community ist der Strafvollzug, wo sich terroristische und kriminelle Milieus miteinander vermischen. Bereits 2017 war der bei weitem größte Teil der wegen Paragraph 278b StGB – dem sogenannten Terrorismus-Paragraphen – Verurteilten tschetschenischer Herkunft. Seitdem gibt es immer wieder glaubhafte Bericht darüber, dass diese Gefangenen nicht nur versuchen würden, Mitgefangene zu radikalisieren, sondern anderen, aus dem Nordkaukasus stammenden Gefangenen zur Einhaltung der eigenen, sehr strengen, meist salafistisch begründeten Regeln zu zwingen.¹⁶⁴ Wer diese nicht beachte, so ein Gefängnisseelsorger, „kriegt sofort Probleme, ... wird verprügelt oder verdroschen“ (IP 18). Wie auch in den anderen Beispielen, existiert offenbar eine Art „alternatives“ System, das es tschetschenisch-stämmigen Personen unmöglich macht, die ihnen in Österreich zustehenden Rechte und Freiheiten in Anspruch zu nehmen.

161 „Prozess gegen fünf tschetschenische ‚Sittenwächter‘“, *Wiener Zeitung*, 10. März 2021.

162 Ibid.

163 Ibid.

164 Edith Meinhart, „Wiener Islamisten-Szene: ‚Schwach halt, ein Mitläufer‘“, *Profil*, 11. November 2020.

4.4.2 Radikalisierungsdynamik

Besonders wegen starker Nachfragefaktoren ist das Radikalisierungspotential innerhalb der tschetschenischen Community nach wie vor hoch.

Nachfragefaktoren

Unter den Nachfragefaktoren sind zunächst das negative Image der tschetschenischen Community und die hieraus entstehenden Ausgrenzungserfahrungen zu nennen. In europäischen Aufnahmeländern, inklusive Österreich, herrscht eine große Skepsis gegenüber Menschen einer wenig bekannten und häufig als abgeschottet und unheimlich wahrgenommenen Volksgruppe.¹⁶⁵ Die tschetschenische Community in Österreich gilt als archaisch orientiert, hierarchisch strukturiert, von außen schwer zugänglich und aufgrund ihrer Insularität prinzipiell als wenig integrationsambitioniert.¹⁶⁶ Laut einem Kommentar in der Zeitung *Kurier*:

Die Mehrheit der Österreicher sehen die Tschetschenen als gewaltbereit und frauenfeindlich. Das Engagement einer Gruppe für den IS, Auftritte von selbst ernannten Sittenwächtern in Wiener Einkaufszentren und diverse gewaltsame Konflikte in der Öffentlichkeit haben das Bild einer wilden Volksgruppe verfestigt.¹⁶⁷

Die tschetschenische Community wird in der öffentlichen Wahrnehmung in Österreich mit Islamismus, Gewalt, Kampfsport, sogenannte Ehrenmorden und Sittenwächtern assoziiert, wobei all diese stigmatisierenden Aspekte zwar jeweils bloß kleine Gruppen betreffen aber *a minori ad maius* als sinnstiftend für die Gesamtheit der Bezugsgruppe angenommen werden. Hierzu trägt auch eine Art mediale [Vor-]Verurteilung bei. Gerade von Seiten der Boulevard-Medien werden immer wieder das kriminelle, extremistische Gewaltpotential oder die islamistische Grundierung der hier lebenden Tschetschenen in den Vordergrund gestellt. Wie ein Community-Mitglied erklärt: „Es sind halt Schlagzeilen und man kann in einer *Heute*- oder in einer *Österreich*-Zeitung [dieses Phänomen der Jugendlichen] wahrscheinlich sehr schwer erklären. Weil sogar wir es schwer haben, diese zu verstehen“ [IP 24]. Dies führe mitunter zu einer „sich selbst erfüllenden Prophezeiung“, wonach tschetschenische Menschen das negative Narrativ für sich annähmen, sich in Österreich unerwünscht fühlten und hieraus ein Narrativ konstruierten, in dem sie sich als Opfer einer Verschwörung sähen [IP 24]. Extremisten könnten dies für ihre Zwecke operationalisieren: Im Zusammenspiel mit der Konstruktion einer exklusiven

165 Jäger, „Tschetschenen in Österreich“.

166 Natalie Failla-Grahn argumentiert demgegenüber, dass eher die Aufnahmegesellschaft in der Pflicht sei und es gerade im Asylbereich weniger an der Integrationsunwilligkeit der tschetschenischen Community liege, dass sie nicht ausreichend integriert sei. Siehe Natalie Failla-Grahn, *Die verhinderte Integration qualifizierter muslimischer Flüchtlinge. Lebensweisen, Geschlechterrollen und subjektive Perspektiven tschetschenischer Asylberechtigter*. Univ.-Diss. Wien 2016.

167 Michael Jäger, „Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen“, *Kurier*, 28. November 2016.

Eigengruppe wird ein Narrativ propagiert, das das so definierte Kollektiv als Opfer einer Verschwörung ansieht.¹⁶⁸

Diese Eindrücke korrespondieren auch mit der wenig erfolgreichen Integration der Migrations-Community am Arbeitsmarkt.¹⁶⁹ Sozioökonomisch leben Tschetschenen und Tschetscheninnen in Österreich besonders häufig in prekären Verhältnissen, und die Arbeitslosenquote ist in dieser Community sehr hoch. Gemäß einer vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) beauftragten Untersuchung¹⁷⁰ gingen im Erhebungszeitraum März bis August 2020 lediglich fünf Prozent der sich seit 2016 in Österreich aufhaltenden Tschetschenen einer Arbeit nach; bei Frauen lag dieser Wert sogar bei nur drei Prozent.¹⁷¹

Wie so häufig ist das Problem, dass es für die von den Boulevardmedien übertrieben und undifferenziert dargestellten Einstellungen tatsächlich Anhaltspunkte gibt, die unter bestimmten Bedingungen – und in Teilen der Community – zu verstärkter Nachfrage nach Extremismus führen können. Problematisch ist beispielsweise der in der tschetschenischen Community weit verbreitete – und durch das „Adat“ legitimierte – Ehrbegriff, der nicht nur eine patriarchale Geschlechtervorstellung perpetuiert, die westlichen Vorstellungen von der Gleichstellung der Geschlechter widerspricht, sondern „Ehre“ für männliche Mitglieder der Community als „Pflicht zum Kampf“ definiert. Dies kommt sowohl in der für nordkaukasische Communitys symptomatischen Affinität zum Kampfsport zum Ausdruck, als auch in einer relativ hohen Toleranz für Gewalt. Wie eine Integrationsexpertin berichtet: „Es herrscht enormes Verständnis. Die Grundhaltung im Nordkaukasus oder in Tschetschenien ist, wenn ein Mann heiligen Zorn verspürt und gewaltsam wird, das muss man schon verstehen“ (IP 33).

Diese Prägungen sind nur schwer von der oftmals tragischen, persönlichen Erfahrungen zu entkoppeln, die ältere Mitglieder der Community in den Tschetschenien-Kriegen gemacht und an die jüngere Generation tradiert haben. Die schwerwiegende humanitäre Krisensituation in Tschetschenien und die individuellen Gewalterfahrungen haben, ähnlich wie bei einer Vielzahl von Flüchtlingen infolge der Zerfallskriege in Jugoslawien Mitte der 1990er Jahre (siehe Kapitel 4.2), bei den Betroffenen vielfach zu Traumatisierungen geführt („bei den tschetschenischen Jugendlichen sind fast alle traumatisiert“).¹⁷² Hinzu kommt bei tschetschenischen Migrant*innen die permanente Furcht vor Repressalien aus der alten Heimat, dem vermeintlich langen Arm Russlands beziehungsweise des von

168 Siehe Scholz, *Alles für Allah*, S. 69–70.

169 Michael Hammerl, „Arbeitsmarkt-Studie: Tschetschenen am schlechtesten integriert“, *Kurier*, 24. Oktober 2020.

170 Florian Endel, Günter Kernbeiß und Michael Wagner-Pinter, „Erwerbsverläufe von Migrant*innen 2: Personen mit Fluchthintergrund, aus Drittstaaten und der Europäischen Union im Vergleich: Analyse der Zuwanderungsjahrgänge 2000, 2007, 2015 und 2016“, *Österreichischer Integrationsfonds*; 2020; https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_FoBE_ErwerbsverlaeufeMigrantenII.pdf.

171 Hammerl, „Arbeitsmarkt-Studie: Tschetschenen“.

172 Jäger, Tschetschenen in Österreich; Thomas Schmidinger, „Und jetzt integrierts Euch!“ Tschetschenische Flüchtlinge in Österreich und die Frage der Integration“, *Raison*, Dezember 2009, S. 7.

Putins Gnaden autoritär regierenden Kadyrow-Regimes, was ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber staatlicher Autorität schüren und zur Insularität der Communitys beitragen kann. Kombiniert mit dem Ehrbegriff des „Adat“ kann sich hieraus ein gewaltlegitimierender Abwehrreflex ableiten, der den gewaltsamen Kampf zur Verteidigung der eigenen Identitätsgruppe nicht nur als Frage der Ehre, sondern Überlebenskampf definiert [IP 27].¹⁷³ Wie der Politikwissenschaftler Thomas Schmidinger erklärt, hat sich in einem historisch aufgeladenen Narrativ, das mit dem Genozid unter Stalin beginnt, „die Notwendigkeit der Wehrhaftigkeit zu einem gewissen Grad eingeschrieben. Im Männlichkeitsbild und im kulturellen Selbstverständnis, dass die Welt gegen die Tschetschenen ist und man sich dagegen wehren muss.“¹⁷⁴

Nicht zuletzt gibt es auch in der tschetschenischen Community eine Art Generationenkonflikt. Die Jüngeren teilen zwar durchaus selektiv das Werteverständnis der Väter, möchten sich aber nicht der vollständigen Kontrolle und Bestimmung durch letztere unterwerfen. Die „neo-tschetschenische“ Tendenz [siehe 4.1] ist – so gesehen – ein Versuch, sich von der Väter-Generation zu distanzieren, führt aber gleichzeitig zu noch größerer Ablehnung durch den Rest der Gesellschaft. Wie die Journalistin Jutta Sommerbauer erklärt: „In der tschetschenischen Community gibt es durchaus Bewusstsein dafür, dass die junge Generation der familiären Kontrolle entgleitet. Und Ratlosigkeit, was man dagegen tun könnte. Denn traditionelle Werte wie Ehre, Strenge und Verteidigungsbereitschaft sowie enge Familiennetze spielen in der Selbstwahrnehmung noch immer eine große Rolle“.¹⁷⁵

Angebotsfaktoren

Was Angebotsfaktoren betrifft, gibt es in der tschetschenischen Community eine Reihe von Dynamiken. Immer wieder wird im Kontext von Radikalisierung in Statements auf die Rolle von Moscheen und Vereinen hingewiesen, die das Radikalisierungspotential in dieser Gruppe beflügeln könnten. Strukturell seien diese Orte der informellen Zusammenkunft in der tschetschenischen Community, so eine Expertin aus dem pädagogischen Bereich, „oft sehr kleine – man sagt so – Hinterhofmoscheen. Oftmals ist [auch] ein Sportverein angeschlossen“ [IP 14].

Ein wesentlicher Faktor für die Hinwendung zum Extremismus sei laut einem tschetschenischen Community-Mitglied die Antriebslosigkeit und Langeweile einer Vielzahl dieser jungen Männer: „[Zur Zeit der Syrien-Ausreisen] sind die tschetschenischen Jugendlichen immer in verschiedenen Vereinen, Moscheen unterwegs gewesen. Das waren meistens Jugendliche, die sehr viel Freizeit hatten“ [IP 24]. Umgekehrt gelte, dass das de-eskalative Potential solcher Institutionen bei weitem noch nicht ausgeschöpft sei. Nach Meinung des Community-Mitglieds „[konnten] wir uns in Wien ... sehr gut orga-

173 Siehe auch Edith Vaislyev, „Chechen Youth in the Diaspora – the Austrian Case“ in Janda, *Chechens in the*, S. 132–3.

174 Schmidinger, zitiert in Jäger, „Tschetschenen in Österreich“.

175 Jutta Sommerbauer, „Tschetschenen in Österreich: Schwierige Suche nach Normalität“, *Die Presse*, 6. Juli 2020.

nisieren ... Das hat uns wahrscheinlich im Kampf [gegen die Extremisten] sehr geholfen“ [IP 24]. Dasselbe gelte mit Blick auf die zunehmende tertiäre Ausbildung der „jüngeren“ Generation: „Wir haben [jetzt auch] Vereine, die in Richtung Bildung sehr aktiv sind ... Wir merken, dass da viel, viel mehr Nachwuchs [an die Universitäten] kommt“. [IP 24]. Diese Entwicklung könnte dazu beitragen, dass die Verbindung zu kleinkriminellen „Karrieren“, die für viele der tschetschenisch-stämmigen Syrien-Reisenden prägend war, gebrochen werde.

Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt auch von Entwicklungen in Tschetschenien ab. Statt sich konsequent gegen eine extremistische Interpretation der Religion zu stellen, hat der tschetschenische Präsident Kadyrow versucht, diese für sich zu vereinnahmen und eine Verschmelzung von neo-salafistischen Tendenzen mit einem Ultra-Nationalismus betrieben. Diese „Hybridisierung“ könnte, ganz unabhängig von der politischen Einstellung zu Kadyrow, auch in der Diaspora zusehends an Relevanz gewinnen. Wie eine Integrationsexpertin erklärt:

Was Kadyrow und die Leute rund um ihn versucht haben, und was ihnen auch gelungen ist: Sie haben aus diesen Antithesen – also einerseits Neo-Salafismus und globaler Islam, andererseits tschetschenische Nationalbräuche – eine Synthese geschaffen. Sie haben ihrer Gemeinde vermittelt, dass strenge Befolgung der Religion und eine totale Zentralisierung der Religion, vor allem in der Lebensführung, mit willkürlich ausgewählten, aber doch salafistischen Inhalten, dass das das echte Tschetschenien sei. [IP 33]

Die hochgradig ambivalente Perzeption von Putins Russland und Kadyrows Tschetschenien, bleibt, wie dieselbe Expertin berichtet, in der tschetschenischen Diaspora-Community ein erheblicher Faktor: „Der Einfluss von Kadyrow ist ganz stark, das ist glaube ich das wichtigste. Und wie gesagt, man kann gegen Kadyrow sein und inhaltlich doch mit ihm in 90 Prozent übereinstimmen“ [IP 33]. Genauso wie während des Syrien-Konflikts, als die russische Teilnahme auf Seite Assads zu einer noch stärkeren Ausreisebewegung junger Tschetschenen aus Österreich führte, ist der Konfliktbezug in der alten Heimat oder Stellvertreter-Kriegen nach wie vor relevant und hat eine enorme Auswirkung auf die Prägung der Exil-Gemeinschaft. Dies dürfte auch in Zukunft von erheblicher Bedeutung bleiben.¹⁷⁶

176 Clemens Neuhold, „Die Wahrheit über die Tschetschenen“, *Profil*, 9. Februar 2019.

4.4.3 Fazit

Die Migrations-Community aus dem Nordkaukasus ist vergleichsweise klein, aber gilt in Österreich als hochproblematisch. Grund dafür sind verschiedene, hauptsächlich passive und gewaltsame extremistische Phänomene, mit denen Teile der Community in vergangenen Jahren aufgefallen sind, darunter sogenannte „Sittenwächter“, die das Verhalten junger tschetschenisch-stämmiger Frauen reglementieren, und die zahlreichen Ausreisen von Dschihad-Kämpfern in den Islamischen Staat. Die negative Medienberichterstattung, die auf diese Vorfälle und die damals grassierende tschetschenische Bandenriminalität folgte, hat sicherlich die gesamte Community stigmatisiert. Ohne Zweifel hat dies eine Art „Teufelskreis“ ausgelöst, was die Insularität der Community noch verstärkt hat.

Tatsache ist: Die tschetschenische Community ist schlecht integriert, und es existiert nach wie vor ein veritables Radikalisierungspotential. Hierzu trägt die Marginalisierung der Community durch die Mehrheitsgesellschaft und ihre schlechte sozio-ökonomische Situation genauso bei wie die patriarchalen und tendenziell gewaltaffinen Werte und Prägungen, die Teile der Community aus ihrer Heimat „mitbringen“ beziehungsweise durch Traumatisierung Fluchterfahrung entstanden sind. Ob es gelingt, den negativen Trend umzukehren, hängt indes nicht nur von Österreich ab, sondern von der Community selbst und Entwicklungen in der „alten Heimat“, wo Kadyrow eine „hybride“ nationalistisch-salafistische Herrschaftsideologie geschaffen hat, die extremistische Tendenzen nicht abschwächt, sondern eher noch verstärkt.

Doch es gibt auch positive Entwicklungen. Es ist schwer vorstellbar, dass sich ein Phänomen wie die nahezu massenhafte Ausreise von jungen Tschetschenen als Dschihad-Kämpfer heutzutage wiederholen würde. Und eine Erklärung ist, dass es innerhalb der Community selbst eine größere Bereitschaft gibt, sich solchen Phänomenen entgegenzustellen und durch Bildungsangebote und Sozialprojekte (beides häufig im Verbund mit Kommunen und staatlichen Stakeholdern) diesem Impuls des Extremismus, sowohl auf der Unterstützungs- als auch auf der Durchführungsebene entgegenzuwirken. Wie schnell die Investition in community-eigene Institutionen und Strukturen zur Öffnung und Integration beitragen wird, muss sich allerdings noch zeigen.

5. Schlussbetrachtung

Mit diesem Bericht legen wir ein erstes Lagebild Extremismus und Migration vor. Unser Ziel war es, zwei Fragen zu beantworten: Wie entsteht Extremismus bei Personen mit Migrationshintergrund? Und: Wie manifestiert sich dieser in österreichischen Migrations-Communitys? Zu diesem Zweck konstruierten wir ein theoretisches Modell, mit Hilfe dessen sich Extremismus in Migrations-Communitys erfassen lässt, und führten vier Fallstudien durch, die extremistische Erscheinungsformen und das Radikalisierungspotential innerhalb ausgewählter Migrations-Communitys beispielhaft dokumentierten.

Das für diesen Bericht konstruierte **theoretische Modell** ist in zweierlei Hinsicht innovativ. Erstens erfasst es zusätzlich zum gewaltsamen und aktivistischen Extremismus eine dritte Form extremistischer Betätigung, nämlich die des passiven Extremismus. Hierbei geht es um antipluralistische Bestrebungen, die sich nicht durch Gewalt oder aktive Infiltrierung des demokratischen politischen Systems manifestieren, sondern durch den Aufbau von formalen und informellen Strukturen, die als Alternative – oder Gegenentwurf – zum demokratischen Rechtsstaat dienen. Bestimmte Personengruppen werden hierdurch entmündigt und können nicht mehr die ihnen verbrieften Rechte und Freiheiten in Anspruch nehmen.

Die zweite Innovation ist, dass unser Modell nicht nur einen statischen Zustand, also die Existenz von bestimmten Erscheinungsformen, beschreibt, sondern auch ihre dynamische Entwicklung erfasst. Hierzu dient die Einschätzung des sogenannten Radikalisierungspotentials, die sich aus migrations-spezifischen Angebots- und Nachfrage- (oder Ansprechbarkeits-) Faktoren zusammensetzt. Basierend auf der Annahme, dass das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage das Radikalisierungspotential erhöht, kann anhand einer Reihe von Indikatoren eingeschätzt werden, ob die Wahrscheinlichkeit der Entstehung von Extremismus in einer bestimmten Community gering, moderat, erheblich oder groß ist.

Das von uns konstruierte theoretische Modell wurde hiernach auf vier österreichische Migrations-Communitys beispielhaft angewendet. Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich sich Erscheinungsformen und Dynamiken des Extremismus in verschiedenen Teilen der Gesellschaft darstellen können. Was den **passiven Extremismus** angeht, so konnten wir die Existenz von handfesten Strukturen vor allem innerhalb der nordkaukasischen und türkischen Migrations-Communitys beobachten, wo es gleich mehrere Beispiele dafür gibt. Natürlich existieren auch in den anderen von uns analysierten Communitys kulturelle und religiöse Konflikte, durch die bestimmte Personengruppen – häufig Frauen – unter Druck geraten, und speziell in der arabischen Community konnten wir ein besorgniserregendes „Verrauhen“ des Miteinanders feststellen, doch nirgendwo gab es bisher hinreichend Belege dafür, dass sich diese Aktivitäten in systematischer

und strukturierter Weise auf die Konstruktion einer antipluralistischen Alternative zum österreichischen Rechtsstaat richten.

Bezüglich des **aktivistischen Extremismus** haben wir relevante Bestrebungen in den Migrations-Communitys Türkei und arabischer Raum identifiziert, wo verschiedene, in aller Regel islamistische Akteure versuchen, durch aktive Teilnahme an der österreichischen Politik und Gesellschaft eigene, antipluralistische und anti-demokratische Vorstellungen zu fördern. In den Migrations-Communitys Westbalkan und Nordkaukasus sind solche Aktivitäten weniger stark ausgeprägt, wenn nicht sogar unbekannt, doch der Einfluss aktivistischer Extremisten hängt oftmals von (politischen) Entwicklungen in der Herkunftsregion ab und kann sich aufgrund dieser relativ schnell ändern.

Gewaltsamer Extremismus konnte in unterschiedlichen Maßen und Ausprägungen in jeder der vier Communitys beobachtet werden. Was den Dschihadismus angeht, so entstammt zweifellos die größte Zahl der Anhänger und Mitstreiter des sogenannten Islamischen Staates der nordkaukasischen Community, gefolgt von der Migrations-Community Westbalkan (aus der außerdem eine Reihe von einflussreichen Rekrutierern stammen). Besorgniserregend sind außerdem antisemitische Angriffe, für die einzelne Mitglieder der arabischen Community verantwortlich waren, sowie gewaltsame Ausschreitungen, die von türkeistämmigen Jugendlichen initiiert wurden.

Das von uns attestierte Radikalisierungspotential unterscheidet sich je nach Community. Das geringste Risiko besteht für die Migrations-Community **Westbalkan**, die nach unserer Einschätzung sehr gut integriert ist, vergleichsweise wenig Ausgrenzungserfahrungen macht und über verschiedene „Schutzfaktoren“ verfügt, die es Extremisten schwer machen, ihre Botschaften zu verbreiten.

Für die Migrations-Community **Türkei** ist das Radikalisierungspotential moderat, denn obwohl der allergrößte Teil der Community gut integriert ist, kommt es nach wie vor zu Ausgrenzungserfahrungen, und es existiert eine Reihe von extremistischen Akteuren, die – teils mit Unterstützung aus der Türkei – versuchen, Konflikte innerhalb der Community anzuzünden.

Was die Community **arabischer Raum** angeht, hängt viel davon ab, ob die Integration der „Neuankömmlinge“ aus Syrien und dem Irak gelingt: Mit einer relativ großen Zahl junger, oftmals traumatisierter und sozio-ökonomisch relativ schlecht integrierter Männer, der Präsenz islamistischer Akteure sowie dem nach wie vor starken Einfluss ausländischer Konflikte ist das Radikalisierungspotential erheblich.

Ein relativ hohes Radikalisierungspotential hat unserer Einschätzung nach noch immer die Community **Nordkaukasus**, in der sich ein hohes Maß an Insularität mit Ausgrenzungserfahrungen und einer – in Teilen – gewaltaffinen Ehrkultur paaren. Obwohl es nach dem Schock der hohen Zahl von Ausreisen in den Syrienkrieg verschiedene, positive Bemühungen gab, Extremismus innerhalb der Community zu bekämpfen, ist die Herausforderung nach wie vor groß.

Wie am Anfang betont, geht es in diesem Lagebild nicht darum, Migrations-Communitys zu stigmatisieren. Die meisten Personen mit Migrationshintergrund in Österreich akzeptieren die pluralistische Gesellschaft und tragen aktiv zur Vielfalt und Demokratie im Land bei. Extremisten sind oftmals kleine, aber sehr laute Minderheiten. Sie schaden nicht nur der Gesellschaft insgesamt, sondern auch – und vor allem – den Communitys, mit denen sie in Verbindung gebracht werden. Der Sinn dieser Studie ist deshalb nicht, die Ausgrenzung bestimmter Communitys zu verstärken, sondern – ganz im Gegenteil – Risiken aufzuzeigen, für die Politik und Gesellschaft Lösungen finden müssen. Wir hoffen, dass unsere Studie hierzu einen konstruktiven Beitrag leistet.

Bibliographie

- „ADL Global 100“, *Anti-Defamation League*, 2020; <https://global100.adl.org/map>.
- Jasper von Altenbockum, „Sie kamen an – aber nicht dort, wohin sie wollten“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. März 2018.
- „Antisemitische Vorfälle 2020“, *Antisemitismus-Meldestelle der IKG*, 2020; <https://www.antisemitismus-meldestelle.at/berichte>.
- Kai Arzheimer und Jürgen Falter, „Die Pathologie des Normalen: Eine Anwendung des Scheuch-Klingemann-Modells zur Erklärung rechtsextremen Denkens und Verhaltens“ in Dieter Fuchs, Edeltraud Roller und Bernhard Weißels (Hg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West* (Heidelberg: Springer, 2002), S. 85–107.
- Omar Ashour, „Post-Jihadism: Libya and the Global Transformations of Armed Islamist Movements“, *Terrorism and Political Violence*, 23 [2011], S. 377–397.
- Ednan Aslan, „Religiöse und ethische Orientierungen von muslimischen Flüchtlingen in Graz“, *Universität Wien*, 2017.
- Till Baaken und Linda Schlegel, „Fishermen or Swarm Dynamics? Should We Understand Jihadist Online Radicalization as a Top-Down or Bottom-Up Process?“, *The Journal of De-Radicalization*, 13 [2017], S. 178–212.
- Uwe Backes und Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1993).
- Rainer Bauböck, „„Nach Rasse und Sprach verschieden‘: Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute“, *IHS Reihe Politikwissenschaft*, März 1996.
- Muhamed Beganovic, „Treffen der Sandschaken“, *Wiener Zeitung*, 26. Februar 2016.
- Robert D. Benford und David A. Snow, „Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment“, *Annual Review of Sociology*, 26 [2000], S. 611–39.
- Wolfgang Benz (Hg.), *Handbuch des Antisemitismus: Organisationen, Institutionen, Bewegungen* (Berlin: De Gruyter, 2012).
- „Bevölkerung am 1.1.2021 nach detaillierter Staatsangehörigkeit und Bundesland“, *Statistik Austria*; https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html.
- Randy Borum, „Radicalization into Violent Extremism I: A Review of Social Science Theories“, *The Journal of Strategic Security*, 4[4] [2011], S. 7–36.
- Randy Borum, „Radicalization into Violent Extremism II: A Review of Conceptual Models and Empirical Research“, *The Journal of Strategic Security*, 4[4] [2011], S. 37–62.
- „Bosnien wird wieder zum Sorgenkind“, *ORF*, 3. November 2021.
- „Begriff ‚Migrationshintergrund‘ soll weg“, *Tagesschau*, 20. Januar 2021; <https://www.tagesschau.de/inland/fachkommission-fordert-abschaffung-des-begriffs-migrationshintergrund-101.html>.
- Petra Bendel, „Extremismus“ in Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): *Lexikon der Politik*, Band 7 (München: C. H. Beck, 1998).

- J. M. Berger, *Extremism* [Cambridge, MA: MIT Press, 2018].
- Janusz Biene, Christopher Daase, Julian Junk, Harald Müller (Hg.), *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland. Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen* (Frankfurt: Campus, 2016).
- Astrid Bötticher, „Towards Academic Consensus Definitions of Radicalism and Extremism“, *Perspectives on Terrorism*, 11(4) [2017], S. 73–77.
- Astrid Bötticher und Miroslav Mareš, *Extremismus: Theorien, Konzepte, Formen* (München: Oldenbourg, 2012).
- Naomi Bouhana und P.O. Wikstrom, „Al Qa’ida-Influenced Radicalisation: A Rapid Evidence Assessment Guided by Situational Action Theory“, *UK Home Office*, November 2011.
- Kemal Bozay und Dierk Borstel, *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft* (Wiesbaden: Springer, 2017).
- Katrin Brettfeld und Peter Wetzels, *Muslimen in Deutschland: Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und religiös motivierter Gewalt* (Berlin: Bundesministerium des Innern, 2007).
- Kate Brown, „Vulnerability: Handle with Care“, *Ethics and Social Welfare*, 5(3) [2011], pp. 313–321.
- Elias Canetti, *Masse und Macht* (Hamburg: Claassen, 1960).
- Hüseyin Cicek, „Die Religionsbehörde Diyanet im Kontext türkischer Identitäts- und Religionspolitiken: Zum Zusammenspiel religiöser und politischer Akteure in der Türkei seit 1923“, *Südosteuropa Mitteilungen*, 60(5) [2020], S. 39–55.
- Joana Cook und Gina Vale, *From Daesh to Diaspora: Tracing the Women and Minors of the Islamic State* (London: ICSR, 2018).
- Robert D. Crews, *For Prophet and Tsar: Islam and Empire in Russia and Central Asia* (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2009).
- Anja Dalgaard-Nielsen, „Studying Violent Radicalisation in Europe II: The Potential Contribution of Socio-Psychological and Psychological Approaches“, *DIIS Working Paper*, 3/2008; <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/84593/1/DIIS2008-03.pdf>.
- „Database 2012-2020 on Anti-Muslim Hatred“, *European Union Agency for Fundamental Rights*, <https://fra.europa.eu/en/databases/anti-muslim-hatred/home>.
- Lorne L. Dawson, „A Comparative Analysis of the Data on Western Foreign Fighters in Syria: Who Went and Why?“, *ICCT Research Paper*, February 2021; <https://icct.nl/app/uploads/2021/02/Dawson-Comparative-Analysis-FINAL-1.pdf>.
- Barbara Dunkel, Christoph Gollasch und Kai Padberg (Hg.), *Nicht zu fassen: Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen* (Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin, 2017).
- Aladin el-Mafaalani, *Das Integrationsparadox* (Köln: KiWi, 2018).
- Robert Elsie (Hg.), *Der Kanun: Das albanische Gewohnheitsrecht nach dem sogenannten Kanun des Leke Dukagjinit* (Berlin: Osteuropa-Zentrum Verlag, 2014).
- Michael O. Emerson und David Hartman, „The Rise of Religious Fundamentalism“, *Annual Review of Sociology*, 32 [2006], S. 127-44.

- Florian Endel, Günter Kernbeiß und Michael Wagner-Pinter, „Erwerbsverläufe von Migrant/innen 2: Personen mit Fluchthintergrund, aus Drittstaaten und der Europäischen Union im Vergleich: Analyse der Zuwanderungsjahrgänge 2000, 2007, 2015 und 2016“, *Österreichischer Integrationsfonds*; 2020; https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_FoBE_ErwerbsverlaeufeMigrantenII.pdf.
- „ESRC Framework for Research Ethics [FRE] 2010 – Updated September 2012“, *Economic and Social Research Council*, September 2012; <https://esrc.ukri.org/files/funding/guidance-for-applicants/esrc-framework-for-research-ethics-2010/>.
- „Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Ineffective, and Discriminatory“, *Open Society Justice Initiative*, 2009; https://www.justiceinitiative.org/uploads/8cef0d30-2833-40fd-b80b-9efb17c6de41/profiling_20090526.pdf.
- „European Union Terrorism Situation and Trend Report 2021“, *Europol*, <https://www.europol.europa.eu/activities-services/main-reports/european-union-terrorism-situation-and-trend-report-2021-tesat>.
- Natalie Failla-Grahn, *Die verhinderte Integration qualifizierter muslimischer Flüchtlinge. Lebensweisen, Geschlechterrollen und subjektive Perspektiven tschetschenischer Asylberechtigter*. Univ.-Diss. Wien 2016.
- Heinz Fassmann, „Historische Entwicklung der Migration nach Österreich“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17. November 2015.
- Peter Filzmaier, Perlot Flooh, „Muslimische Gruppen in Österreich. Einstellungen von Flüchtlingen, ZuwanderInnen und in Österreich geborenen MuslimInnen im Vergleich“, *ÖIF-Forschungsbericht*, 2017.
- Wolfgang Frindte, Klaus Boehnke et al., *Lebenswelten junger Muslime in Deutschland* [Berlin: Bundesministerium des Innern, 2012].
- Angelica Gendron, „The Call to Jihad: Charismatic Preachers and the Internet“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 40(1) [2017], S. 44–61.
- René Girard, *Figuren des Begehrens: Das Selbst und der Andere in der fiktionalen Realität* [Berlin: LIT, 1999].
- Kenan Güngör und Caroline Nik Nafs, „Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen & abwertende Einstellungen“, *Stadt Wien*, April 2016.
- Michael Hammerl, „Arbeitsmarkt-Studie: Tschetschenen am schlechtesten integriert“, *Kurier*, 24. Oktober 2020.
- Nina Hansen, „Die Verarbeitung von Diskriminierung“ in Andreas Beelmann, Wolfgang Beywl und Carlo Fabian (Hg.), *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven* [Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2009].
- Thomas Hegghammer, „Should I Stay or Should I Go? Explaining Variation in Western Jihadists’ Choice between Domestic and Foreign Fighting“, *American Political Science Review*, 107(1) [2013], pp. 1–15.
- Heiko Heinisch und Lorenzo Vidino, *Organisationen des politischen Islam und ihr Einfluss in Europa und Österreich. Zwei Berichte* [Dokustelle: Wien 2021].

- Armin Hetzer, „Die Funktion des Skanderbeg-Mythos für die nationale Identität der Albaner: Vom Athleta Christi zum Garanten des laizistischen Staates“ in Reinhard Lauer (Hg.), *Erinnerungskultur in Südosteuropa* (Berlin: De Gruyter, 2011).
- Leonie Herwartz-Emden und Josef Strasser, „Interkulturalität und Sozialisation“ in Petia Genkova et al. (Hg.), *Handbuch Stress und Kultur* (Wiesbaden: Springer, 2013), S. 361–80.
- Helmut Hofer, Germinde Titelbach, Doris Weichselbaumer und Rudolf Winter-Ebmer, „Diskriminierung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt“, *IHS*, Dezember 2013.
- Bruce Hoffman et al., *The Radicalization of Diaspora Communities* (Santa Monica, CA: RAND, 2007).
- „IGGÖ steht vor Wechsel an der Spitze“, *ORF*, 7. Dezember 2018; <https://religion.orf.at/v3/stories/2951852/>.
- „Introduction to NVivo for Qualitative Data Analysis“, *University of Ghent*, 2020; <https://www.ugent.be/we/en/services/ICES/courses/dataanalysis2020-2021/m7.htm>.
- Michael Jäger, „Aus den Fehlern der Vergangenheit lernen“, *Kurier*, 28. November 2016.
- Michael Jäger, „Tschetschenen in Österreich: Die missglückte Integration“, *Kurier*, 28. November 2016.
- Alexander Janda, Norbert Leitner und Mathias Vogl (Hg.), *Chechens in the European Union* (Wien: ÖIF, 2008).
- Hans-Christian Jasch, „State-Dialogue with Muslim Communities in Italy and Germany – The Political Context and the Legal Frameworks for Dialogue with Islamic Faith Communities in Both Countries“, *German Law Journal*, 8(4) [2007], S. 341–80.
- David A. Jones and Lorne L. Dawson, „Re-examining the Explanation of Convert Radicalization in Salafi-Jihadist Terrorism with Evidence from Canada“, *Behavioral Sciences of Terrorism and Political Aggression*, Mai 2021.
- Christoph Kopke und Lars Rensmann, „Die Extremismus-Formel: Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Dezember 2000; <https://www.blaetter.de/ausgabe/2000/dezember/die-extremismus-formel>.
- „Krawalle in Wien-Favoriten: Wer sind die Akteure?“, *Kurier*, 30. Juni 2020; Michael Möseneder, „Ausschreitungen in Favoriten: Frustrierte Wölfe“, *Standard*, 26. Juni 2020.
- Lukas Kreimer und Bernardo Vortisch, „Tschetscheninnen klagen an: ‚Ehrenmorde sind keine Seltenheit‘“, *Kurier*, 31. Juli 2017.
- Gudrun Krämer, „Aus Erfahrung lernen? Die islamische Bewegung in Ägypten“ in Clemens Six, Martin Riesebrodt und Siegfried Haas (Hg.), *Religiöser Fundamentalismus. Vom Kolonialismus zur Globalisierung* (Innsbruck: Studienverlag, 2005).
- Arie Kruglanski et al., *The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives and Network* (Oxford: Oxford University Press, 2019).
- Ahmet T. Kuru, *Islam, Authoritarianism, and Underdevelopment* (Cambridge: Cambridge University Press, 2019).

- Herbert Langthaler, „Tschetschenische Fluchtmigration nach Österreich. Ein Überblick“ in Herwig Schinnerl und Thomas Schmidinger (Hg.), *Dem Krieg entkommen? Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich* [Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag 2012].
- Daniel Lav, *Radical Islam and the Revival of Medieval Theology* [Cambridge: CUP 2012].
- Seymour Martin Lipset und Earl Raab, *The Politics of Unreason: Right-Wing Extremism in America, 1790-1970* [New York: Harper & Row, 1970].
- Rüdiger Lohker, *Dschihadismus* [Wien: Facultas WUV, 2009].
- Douglas Long, *Fundamentalists and Extremists* [New York: Facts on File, 2002].
- Martin Malek, „Understanding Chechen Culture“ in Alexander Janda, Norbert Leitner und Mathias Vogl (Hg.), *Chechens in the European Union* [Wien: ÖIF, 2008].
- David Malet, *Foreign Fighters: Transnational Identity in Civic Conflict* [Oxford: Oxford University Press, 2013].
- Stefan Malthaner und Peter Waldmann, „The Radical Milieu: Conceptualizing the Supportive Social Environment of Terrorist Groups“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 37[12] (2014), S. 979–98.
- Andrew F. March, *The Caliphate of Man* [Cambridge, MA: Harvard University Press, 2019].
- Michael Martens, „Der Konflikt begann mit Nummernschildern“, *Frankfurter Allgemeine*, 29. September 2021.
- Horst Meier und Claus Leggewie, „Verfassungsschutz: Über das Ende eines deutschen Sonderwegs“, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Oktober 2012; <https://www.blaetter.de/ausgabe/2012/oktober/verfassungsschutz>.
- Roel Meijer (Hg.), *Global Salafism: Islam's New Religious Movement* [London: Hurst, 2013].
- Edith Meinhart, „Wiener Islamisten-Szene: ‚Schwach halt, ein Mitläufer‘“, *Profil*, 11. November 2020.
- Edgar Metzler, *Let's Talk About Extremism* [Scottsdale, PA: Focal, 1968]; <https://anabap-tisthistorians.org/2021/01/07/edgar-metzlers-lets-talk-about-extremism-1968/>.
- Alexander Meleagrou-Hitchens, *Incitement: Anwar Al-Awlaki's Western Jihad* [Cambridge; MA: Harvard University Press, 2020].
- „Migration“, *European Migration Network*, https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary_search/migration_en.
- „Migration und Stadtwachstum“, *Stadt Wien*, undatiert, <https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Migration>.
- Tilman Nagel, *Die erdrückende Last des ewig Gültigen* [Berlin: Duncker-Humboldt, 2018].
- Wolf-Dieter Narr, „Vom Extremismus der Mitte“, *Politische Vierteljahresschrift*, 34[1] [1993], S. 106–13.
- Gero Neugebauer, „Extremismus: Begriffsdefinitionen und Probleme“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 9. April 2008; <https://www.bpb.de/politik/extremismus/links-extremismus/33591/definitionen-und-probleme?p=all>.
- Clemens Neuhold, „Die Wahrheit über die Tschetschenen“, *Profil*, 9. Februar 2019.

- Peter R. Neumann, *Der Terror ist unter uns: Dschihadismus und Radikalisierung in Europa* [Berlin: Ullstein, 2016].
- Peter R. Neumann, „Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29-31 [2013], S. 3–10. <https://www.bpb.de/apuz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus>
- Peter R. Neumann, „The Trouble with Radicalization“, *International Affairs*, 89(4) [2013], S. 873–93.
- Peter R. Neumann, „Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht“ in Jana Kärgel (Hg.), *„Sie haben keinen Plan B“: Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention* [Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2017].
- Petter Nesser, „Jihadism in Western Europe After the Invasion of Iraq: Tracing Motivational Influences from the Iraq War on Jihadist Terrorism in Western Europe“, *Studies in Conflict & Terrorism*, 29(4) [2006], S. 323–42.
- Magdalena Nowicka und Katarzyna Wojnicka, „Wie blicken Jugendliche mit Migrationsgeschichte auf Homosexualität?“, *DeZIM Research Notes*, September 2021; https://de-zim-institut.de/fileadmin/Publikationen/Research_Notes/DeZIM_Research_Notes_07_210908_web.pdf.
- Christian Ochsner und Felix Roesel, „Migrating Extremists“, *The Economic Journal*, 130(628) [2020], S. 1135–72.
- Bernard Perchinig, „Migration Studies in Austria: Research at the Margins?“, *KMI Working Paper Nr. 4*, *Österreichische Akademie der Wissenschaften*, 2002; https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/kommissionen/KMI/Dokumente/Working_Papers/kmi_WP4.pdf.
- Daniela PISOIU et al., „Factors of Individual Radicalization into Extremism, Violence and Terror: the German Contribution in a Context“, *International Journal of Conflict and Violence*, 14(2) [2020].
- Monika Potkanski, „Türkische Migrant/-innen in Österreich: Zahlen. Fakten. Einstellungen“, *ÖIF-Dossier*, September 2010.
- Daniela PISOIU, „Jihadistische Netzwerke und die Diaspora“, *Arbeitspapier 102*, *Österreichisches Institut für Internationale Politik*, September 2018.
- „Prozess gegen fünf tschetschenische ‚Sittenwächter‘“, *Wiener Zeitung*, 10. März 2021.
- „Report into Allegations Concerning Birmingham Schools arising from the ‚Trojan Horse‘ Letter“, *Department of Education*, July 2014.
- Sabine Riedel, „Der vielstimmige Islam in Europa“, *SWP-Studie*, Juni 2010.
- Mathias Rohe, *Der Islam in Deutschland: Eine Bestandsaufnahme* [München: C. H. Beck, 2018].
- Olivier Roy, *Globalised Islam: The Search for a New Ummah* [London: Hurst, 2002]
- „Rund 35.000 Tschetschenen in Österreich“, *ORF*, 7. Juli 2020; <https://orf.at/stories/3172594/>.
- Marc Sageman, *Leaderless Jihad: Terror Networks in the Twenty-First Century* [Philadelphia: Pennsylvania University Press, 2008].

- Werner Schiffauer, *Parallelgesellschaften: Wie viel Wertkonsens braucht unsere Gesellschaft?* (Bielefeld: Transcript Verlag, 2008).
- Thomas Schmidinger (Hg.), *Dem Krieg entkommen? Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich* (Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag 2012).
- Thomas Schmidinger, „Legalistischer Extremismus als Herausforderung für die Prävention“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, 17. Dezember 2020.
- Thomas Schmidinger und Herwig Schinnerl, „Tschetschenien: Gesellschaft und Geschichte“ in Herwig Schinnerl und Thomas Schmidinger (Hg.), *Dem Krieg entkommen? Tschetschenien und TschetschenInnen in Österreich* (Wiener Neustadt: Verein Alltag Verlag 2012).
- Alex P. Schmid, „The Systemic Dimension of Jihadist Violence – A Root Cause Analysis of Jihadist Terrorism“ in *EICTP Vienna Research Papers on Transnational Terrorism and Counter Terrorism: Current Developments* (EICTP: Vienna, 2020).
- Thomas Schmidinger, „Politischer Islam in Österreich“ in Floris Biskamp und Stefan E. Hößl, *Islam und Islamismus: Perspektiven für die politische Bildung* (Gießen: Netzwerk, 2013), S. 85-102.
- Thomas Schmidinger, „Und jetzt integrierts Euch!“ Tschetschenische Flüchtlinge in Österreich und die Frage der Integration“, *Raison*, Dezember 2009.
- Colette M. Schmidt, „Nehammer sieht nach Anschlag auf Grazer Synagoge ‚islamistisches Motiv‘“, *Der Standard*, 24. August 2020.
- Nina Scholz, „Einleitung“, in Nina Scholz (Hg.), *Gewalt im Namen der Ehre* (Wien: Passagen-Verlag, 2014), S. 11–18.
- Nina Scholz und Heiko Heinisch, *Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert* (Wien: Molden, 2019)
- Nina Scholz, „Flüchtlingsbetreuung durch Islamisten“, *Kurier*, 17. Mai 2017.
- Nina Scholz, „Überblicksdossier über ausgewählte Studien, die antisemitische Einstellungen und Vorurteile in Deutschland und Österreich zum Thema hatten“, *ÖIF*, Wien 2021; <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/oeif-vergleichsanalyse-ueberblicksdossier-antisemitismus-11030/>.
- Amartya Sen, *Identity and Violence: The Illusion of Destiny* (London: Penguin, 2006).
- „Statistisches Jahrbuch: Migration und Integration – Zahlen, Daten, Indikatoren 2020“, *Statistik Austria*, 2020.
- Quentin Skinner, „Meaning and Understanding in the History of Ideas“, *History and Theory*, 8(1) (1969), S. 3-53.
- David A. Snow und Robert D. Benford, „Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization“, *International Social Movement Research*, 1 (1988), S. 197–218.
- Jutta Sommerbauer, „Tschetschenen in Österreich: Schwierige Suche nach Normalität“, *Die Presse*, 6. Juli 2020.
- Basia Spalek, „Disconnection and Exclusion: Pathways to Radicalisation?“ in Tahir Abbas (Hg.), *Islamic Political Radicalism: A European Perspective* (Edinburgh: Edinburgh University Press, 2007), S. 192–206.

- Guido Steinberg, *Islamistischer Terrorismus in Europa: Dschihadismus in Österreich* (Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2021).
- William Stephenson, Stijn Sieckelinc und Hans Boutellier, "Preventing Violent Extremism: A Review of the Literature", *Studies in Conflict and Terrorism*, 44(4) [2021], S. 346–61
- Nicolas Stockhammer: „Al-Qaida – 20 Jahre danach: Zwischen Abdriften in die Bedeutungslosigkeit, systemischer Konsolidierung und strategischer Resilienz“ in *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies* [JIPSS], 15(2) [2021], S.112–22.
- Nicolas Stockhammer, „Key Trends in Transnational Terrorism. A Software-Based Key Factor Foresight Analysis“ in *EICTP Vienna Research Papers on Transnational Terrorism and Counter Terrorism: Key Determinants of Transnational Terrorism in The Era of Covid-19 and beyond. Trajectory, Disruption and the Way Forward. Volume II* (EICTP: Vienna, 2021).
- John Suler, „The Online Disinhibition Effect“, *Cyber Psychology and Behavior*, 7(3) [2004].
- Thijl Sunnier and Nico Landmann, *Transnational Turkish Islam* (Basingstoke: Palgrave, 2014).
- Cass Sunstein, *Going to Extremes: How Like Minds Unite and Divide* (Oxford: Oxford University Press, 2009).
- „Terror und Psychose“, *Die Zeit*, 10. November 2021.
- „The World Factbook“, *CIA.gov*, 28. Dezember 2021; <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/turkey/#people-and-society>.
- Henry Tuck, Tanya Silverman, Candace Smalley, „Shooting in the Right Direction: Anti-ISIS Foreign Fighters in Syria and Iraq“, *Institute for Strategic Dialogue*, August 2016; <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2016/08/ISD-Report-Shooting-in-the-right-direction-Anti-ISIS-Fighters.pdf>.
- Peter Ulram, *Integration: Einstellungen, Orientierungen, Erfahrungen* (Wien: Bundesministerium für Inneres, 2007).
- Edith Vaislyev, „Chechen Youth in the Diaspora – the Austrian Case“ in Alexander Janda, Norbert Leitner und Mathias Vogl (Hg.), *Chechens in the European Union* (Wien: ÖIF, 2008).
- „Verfassungsschutzbericht 2019“, *Bundesministerium für Inneres*, 2020; https://www.bvt.gv.at/401/files/VSB_2019_Webversion_20201120.pdf.
- Lorenzo Vidino, *The Closed Circle: Joining and Leaving the Muslim Brotherhood in the West* (New York: Columbia University Press, 2020).
- „Who Counts as a Migrant? Definitions and Their Consequences“, *The Migrant Observatory at the University of Oxford*, 10. Juli 2019; <https://migrationobservatory.ox.ac.uk/resources/briefings/who-counts-as-a-migrant-definitions-and-their-consequences/>.
- „Who Is a Migrant?“, *International Organisation for Migration*, <https://www.iom.int/who-is-a-migrant>.
- Quintan Wiktorowicz, „Anatomy of the Salafi Movement“, *Studies in Conflict and Terrorism*, 29(3) [2006], S. 207-39.

Quintan Wiktorowicz, *Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West* [London: Rowman and Littlefield, 2005].

Alan Yang, „Trends: Attitudes Towards Homosexuality“, *Public Opinion Quarterly*, 61[3] [1997], S. 477–507.

Hüseyin Yilmaz, *Caliphate Redefined* [Princeton: Princeton University Press, 2018].

Eva Zeglovits, Paul Unterhuber und Franz Sommer, „Antisemitismus-Studie 2018. Ergebnisanalyse im Überblick“, *IFES/demox*, 2018.

